

TAGESSCHAU

POLITIK

Schlechter Start: Das Wirtschaftsexperiment in der Sowjetunion, das einigen Industriebereichen mehr Selbständigkeit einräumt, begann unter ungünstigen Vorzeichen: Moskau ist verzögert darüber, daß die Betriebe und unteren Parteioptionen zu wenig getan haben, um die Belegschaften für das Experiment zu gewinnen und Initiativen zu entwickeln. (S. 1)

Genscher verunglückt: Einen Brustbeinbruch und Blutergüsse erlitt Außenminister Genscher bei einem Autounfall im Saarland. Sein Dienstwagen hatte sich bei Schneeglätte auf der Autobahn überschlagen. (S. 4)

Neue Angriffe: In zwei Angriffswellen haben israelische Kampfjets gestern Stellungen in Libanon-Gebirge bombardiert. In Beirut wurde der Chauffeur des französischen Konsuls durch Schüsse lebensgefährlich verletzt. (S. 8)

Drohung aus Nahost: Die radikale Palästina-Gruppe PLFP macht die deutschen Behörden für den Tod der sechs Abschiebepalästinenser in Berlin - darunter ein Palästinenser und ein Libanese - verantwortlich und kündigt Vergeltung an. - In Zusammenhang mit der Brandkatastrophe sind gegen zwei Mitarbeiter der Dienststelle Ermittlungen wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung eingeleitet worden. (S. 8)

Tunesien: Nach schweren Unruhen im Zusammenhang mit Brotpreiserhöhungen ist gestern Abend in Tunesien der Ausnahmezustand ausgerufen worden. Außerdem wurde eine Ausgangssperre verhängt. (S. 8)

Heute: Parteitag der Südwest-FOP in Stuttgart zum Auftakt des Dreikönigstreffens. - Minister Lambrecht zu Gesprächen über Wirtschaftsbeziehungen in Neu Delhi. - Der US-Sonderbeauftragte Donald Rumsfeld unternimmt neue Nahost-Mission. (S. 8)

Andropows Wirtschaftsexperiment stößt auf Passivität in Betrieben

Sowjetische Bevölkerung beunruhigt über Forderungen aus dem Krenl

DW, Moskau
Die sowjetische Propaganda kann die in der Bevölkerung spürbare Unruhe über die Forderung der Krenl-Führung nach verbesserter Arbeitsproduktivität offensichtlich nicht länger verschweigen. Die Gewerkschaftszeitung „Trud“ veröffentlichte jetzt Leserbriefe, in denen die Regierung verdächtigt wurde, angesichts des sich abzeichnenden gravierenden Arbeitskräftemangels die Sechse-Tage-Woche wieder einführen zu wollen. Diese Zeichen tiefer Besorgnis gehen einher mit der immer wieder gestellten Frage, ob das zum Jahreswechsel eingeleitete „Experiment“ in einigen Bereichen der Wirtschaft, das den beteiligten Unternehmen mehr Selbständigkeit einräumt, aber auch ihre Verantwortung für die Qualität ihrer Produktion erhöht, die dringenden Resultate bringt. (S. 8)

FRIED H. NEUMANN, Moskau
Höchst unzufrieden mit dem Stand der Vorbereitungen, hatte das Politbüro der KPdSU im vergangenen Dezember die Unionsministerien für Schwer- und Transportmaschinenbau sowie für elektrotechnische In-

dustrie gerügt. Wenig konkrete Hilfe für die unterstellten Unternehmen, keine merklichen Veränderungen im Arbeitsstil, so lauteten die Vorwürfe. Auch die Betriebe selbst und sogar die unteren Parteioptionen wurden kritisiert, weil sie zu wenig getan hätten, um die Belegschaften für das Experiment zu interessieren und ihre „Initiative zu entwickeln“. Die Führung sah sich vor allem in der Vorstellung entschult, daß die Unternehmen begeistert höhere Kennziffern ihrer Arbeitsproduktivität auf sich nehmen würden. Winkt ihnen doch ein ganzes Bündel materieller Anreize, wenn sie mit geringem Aufwand an Material, Energie und Arbeitskräften ihre Planaufgaben besser erfüllen. Davon sollen auch die Belegschaften profitieren: durch Prämien, leistungsgerecht differenzierte Löhne, durch mehr Geld für soziale Leistungen des Betriebes. Dazu gehören der eigene Wohnungsbau, Erholungsheimlichkeiten, Kindergärten und Ähnliches. Die Betriebsleiter hatten aber rasch die Risiken erkannt, die wegen der Unvollständigkeit des Experiments auf sie zukamen. Da sie mit wirt-

schäftlichen Einbußen bestraft werden sollen, wenn sie ihre Planvorgaben nicht erfüllen, hüteten sie sich davor, auch noch freiwillig höhere Leistungen anzubieten. Die Unternehmen werden zum Beispiel für jedes Prozent, mit dem ihre Produktion unter dem Plan bleibt, mit einer Verminderung ihres Prämienfonds um drei Prozent bestraft. Wie sie mit ihrer Arbeit zurechtkommen, hängt aber ganz wesentlich von Tausenden von Zulieferbetrieben ab, die am „Experiment“ mit seinem System von Zuschlägen und Einbußen nicht beteiligt sind. Sie würden sich mit ihren Lieferverpflichtungen weiterhin ziemlich gleichgültig verhalten, fürchten die betroffenen Unternehmen, und wiesen auch öffentlich mit Nachdruck darauf hin. Damit hatten sie sogar einen gewissen Erfolg. In den letzten Wochen des Jahres rafften sich die zentralen Planungsinstanzen Gosplan und Gosstat, einen für die Versorgung der Betriebe mit Material und Brennstoffen zuständigen Regierungsbehörde, zu einer Feuerwehrraktion auf. Sie beschlossen, die Verträge der Zulie-

Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Polen

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Das Jaruzelski-Regime in Polen tritt selbst den Beweis an, daß sich ihm die Jugend verweigert. Demnach glauben drei Viertel der polnischen Abiturienten und Studenten weder an Marx noch Lenin, sondern an Gott und seine Welterschöpfung. Da ebenso viele Jugendliche davon überzeugt sind, daß ihr Leben in Gottes Hand liegt und Gott ihnen in schweren Lebenslagen eine große Hilfe ist, haben die kommunistischen Agitatoren in Polen keine Chance, den ideologischen Kampf um die Seele der Nation zu gewinnen. Das hat Auswirkungen auf die Einstellung der Jugend zu dem Staat des bonapartistisch entarteten Sowjetkommunismus. Weit mehr als die Hälfte der Befragten sahen sich ganz und gar außerstande, ihren Patriotismus mit dem kommunistischen System zu identifizieren. (S. 1)

Gottessmann bei zwei Reisen durch seine Heimat die Lande zu Millionen mobilisieren und zugleich disziplinieren konnte, so daß Ruhe und Ordnung nie in Gefahr gerieten, obwohl Johannes Paul II. mit Kritik an der Staatsführung nicht hinterm Berg hielt. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die sowjetische Vorherrschaft und die Macht des kommunistischen Staatsapparats dem polnischen Volk zwar einen grauen Käfig überstülpten, aber niemals die Herzen und Hirne erobern konnten, so ist er jetzt geführt. In linken wie rechten Diktaturen ist keine Parole beliebter als diese: „Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft“. In Polen schlägt das Schlagwort auf das Regime zurück. Die gegenwärtige politische, die wirtschaftliche, ja die Lebensnot des Volkes Karol Wojtyla ist groß. Aber dieses Volk weiß auch aus seiner leidvollen Geschichte: Die Jaruzelskis kommen und gehen, doch die polnische Nation besteht. Sein Patriotismus ist unendlich viel älter als der Sowjetkommunismus. Er gründet in der tausendjährigen Tradition der katholischen Kirche Polens. (S. 1)

Bollwerk des polnischen Patriotismus ist nicht das Warschauer Regime, sondern die katholische Kirche. Die zitierten Umfragen belegen: Niemand ist unter der Jugend beliebter als der polnische Papst. Jetzt ist besser zu verstehen, wie das Außerordentliche möglich war, daß dieser

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“

DW, Paris
Frankreich lebt seit einigen Tagen wieder einmal im „Carlos“-Fieber. Die Öffentlichkeit glaubt, daß der seit Jahren international gesuchte Terrorist hinter den beiden Bombenattentaten steckt, die gegen die französische Eisenbahn in Südfrankreich am Silvesterabend sowie gegen das französische Kulturzentrum in Tripoli (Nordlibanon) verübt wurden. Dabei kamen fünf Menschen ums Leben, rund 50 wurden verletzt. Der Schatten von „Carlos“ ist aufgetaucht, weil sich eine „Arabische Organisation für den bewaffneten Kampf“ zu den Anschlägen bekannt hatte. Unbekannte Anrufer hatten sich am Montag in Paris und Beirut gemeldet und erklärt, daß im Namen der „Organisation“ die Attentate verübt worden seien. Momentan gibt es dafür noch keine Beweise, doch werden die Bekenneranrufe von der französischen Polizei ernst genommen. Die „Arabische Organisation für den bewaffneten Kampf“ machte im Juli 1975 von sich reden, als der gesuchte Terrorist und eindeutig identifizierte „Carlos“ in Paris zwei Beamte der französischen Spionageabwehr und den libanesischen Gründer dieser Organisation, Michel Munkarab, erschoss. Munkarab hat sich vom Terrorismus distanziert und arbeitete für die französische Polizei. Nach seinen Angaben hatte er, Hirsch „Carlos“ Ramirez-Sanchez, wie er wirklich heißen soll, für seine Organisation angeworben, um „zionistische und imperialistische Ziele in allen Teilen der Welt anzugreifen“. (S. 1)

JGG/DW, Bonn
Die geradezu beschwörende Aufforderung General Jaruzelskis an die polnische Jugend, sich an der Entwicklung des Landes zu beteiligen, ist offensichtlich durch für das Warschauer Regime negative Ergebnisse von Meinungsumfragen ausgelöst worden. So zeigten sich, wie die polnische Zeitschrift „Kultur und Gesellschaft“ meldete, nur 20 Prozent der Jugendlichen bereit, den Patriotismusbegriff mit dem kommunistischen System zu identifizieren. 60 Prozent hätten dies entschieden abgelehnt. Die atheistische Zeitschrift „Argumenty“ beklagte, daß die Zahl der Abiturienten, die die göttliche Weltanschauung bejahen, allein von 1977 bis 1980 von 62,3 auf 74,8 Prozent gestiegen sei. Und die Zahl derer, die an die marxistische Weltanschauung glauben, ging analog von 15 auf 10,2 Prozent zurück. Überhaupt stehe Polens Jugend unter dem „großen Einfluß der Kirchendoktrin“, wobei hier zu vermuten ist, daß die Prozentsätze von „Argumenty“ eher heruntergespielt wurden. Die meisten polnischen Abiturienten sind, so diese Zeitschrift, zudem der Meinung, daß das Leben in Gottes Hand liegt, Gott eine große Hilfe in komplizierten Situationen ist; hier stieg der Prozentsatz von 63,1 auf 78,4. Überhaupt besitze die Religion für die Jugend einen Wert. Anstieg des Prozentsatzes von 82 auf 88,4 Prozent. Und: 70,8 Prozent der Jugendlichen könnten durchaus Wissenschaft und Religion miteinander in Einklang bringen. (S. 1)

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

Slowakischer Bischof wirft Prag „Hirngespinnste“ vor

Er protestiert gegen die Bezeichnung „geheime Kirche“

DW/KNA, Preßburg
Der ohne staatliche Genehmigung gewählte slowakische Bischof Jan Korec hat öffentlich der These der Prager Führung widersprochen, daß in der Tschechoslowakei eine „geheime Kirche“ gegen das Regime arbeite. Der Jesuit sieht in den permanenten Hinweisen des Staates auf eine solche Untergrund-Kirche nichts anderes, als den Versuch der Einschüchterung besonders junger Menschen. Bischof Korec qualifiziert den Ausdruck „geheime Kirche“ als „Hirngespinnst und zwar ein schlechtes“. In einem Brief an die Redaktion der Preßburger Zeitschrift „Smena“, die von einem Mißbrauch der Gläubigen zu „antisozialistischen Zwecken“ geschrieben hatte, setzt sich Korec ausdrücklich für diejenigen Priester ein, denen die amtliche Genehmigung zur Ausübung ihrer Tätigkeit entzogen wurde. Korec: Wenn ein Priester schon seit 30 Jahren die Messe nicht öffentlich zelebrieren dürfte, so liest er sie privat in seiner Wohnung oder in einer

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

Flüchtlinge aus Afghanistan
3,2 Millionen Flüchtlinge aus Afghanistan haben in mehr als 300 Lagern entlang der Grenze auf pakistanischem Boden Unterschlupf gefunden. Vor kurzem hat Pakistan mit der Umsiedlung von 500 000 Afghanen ins Landesinnere begonnen. Ihre Integration in die pakistanische Gesellschaft aber wird sowohl von Afghanen als auch von Pakistanis abgelehnt. Seite 6

WIRTSCHAFT

Umsatzeinbruch: Der Gesamtumsatz an der Frankfurter Wertpapierbörse stieg 1983 gegenüber dem Vorjahr um 40,1 Prozent auf 93,6 Milliarden DM. - Der Aktienindex des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich um 35,8 Prozent, eine Steigerung, die nur 1958 (70 Prozent) und 1967 (37) übertrafen wurde. (S. 1)

Benzin teurer: Araf und Esso wollen die Preise für alle Kraftstoffsorten um drei Pfennig anheben. In den vergangenen Wochen waren sie um fast fünf Pfennig gefallen. (S. 1)

Horten AG: Umsatz 1983 (ohne Lebensmittel, Reisen und das Spezialmodehaus Peter Hahn) 2,944 Milliarden DM (1982: 2,841). (S. 1)

ZITAT DES TAGES

„Wir sind gegen die Einführung einer Autobahnbenutzungsgebühr. Sie verstößt nicht nur gegen geltendes EG-Recht, sondern würde auch zu erheblichem bürokratischem Aufwand führen.“
Wolfgang Mischreck, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion
FOTO: EVEN SIMON

KULTUR

Mehmet tot: Der Publizist Klaus Mehmet - einer der bekanntesten deutschen Experten ist im Alter von 77 Jahren am Montagabend nach längerer Krankheit in Freudenstadt im Schwarzwald gestorben. (S. 4)

SPORT

Radsport: Mit einem Sieg von René Pijnen/Josef Kristin (Holland/Deutschland) endete das Kölner Sechstagesieg. Kristin gelang in seiner Heimatstadt der erste Sechstagesieg. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Smog-Alarm: Mit Fahrverboten, Drosselung der Industrieproduktion und kalten Heizkörpern begann für die Athener gestern der erste volle Arbeitstag im neuen Jahr. Wegen hoher Luftverschmutzung war der große Smogalarm gegeben worden. (S. 16)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Weder Königgrätz noch Waterloo - Über die Verantwortungsgemeinschaft S. 2
- Veha: Volksaktive soll Kräfte mobilisieren: weiterer Bundesanteil wird privatisiert S. 3
- Bundesgerichtshof: Der Arzt muß zahlen, weil er eine Schwangerschaftsdiagnose verweigert S. 4
- Sidamerika: Die Sowjets liefern Peru Waffen und schüren zugleich den Volkskrieg S. 5
- Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT Wort des Tages S. 6
- Tunesien: Die Erhöhung der Brotpreise löst gewalttätige Auseinandersetzungen aus S. 8
- Tennis: Der Fall Guillermo Vilas oder Wie die Profi-Szene ins Gerede gekommen ist S. 14
- Fernsehen: Ein Gespräch mit Klaus Bednarek, dem neuen Leiter des Magazins „Monitor“ S. 14
- Neva Revija: In Slowenien geht der Geist von Edvard Kocbek um: Kritik an einer Zeitschrift S. 15
- USA: Vietnam-Veteranen helfen ihren alten Kameraden zurück ins Leben S. 16

Paris will seine Industrie modernisieren

„Bis 1986 Rückstand überwinden“ / Minister Fabius zeigt Härte im Talbot-Konflikt

J. SCHAUFUSS, Paris
Die französische Regierung will während ihrer am 1. Januar begonnene EG-Präsidentenwahl in Europa neue Impulse geben. Dies verkündete Industrieminister Laurent Fabius in einer viel beachteten Fernsehdebatte. Als Beispiel nannte er die Elektronik, die Informatik und die Biotechnik. Hier seien insbesondere französisch-deutsche Gemeinschaftsprojekte möglich. Vor allem aber wünschte er sich, daß das heutige Europa der Probleme ein Europa der Hoffnungen werde. In Frankreich selbst will Fabius deshalb eine sehr weitgehende „industrielle Mutation“ durchsetzen. Der Rückstand, in den die französische Industrie gegenüber der amerikanischen, japanischen und deutschen geraten ist, müsse bis 1986 überwunden werden. Die Voraussetzungen dafür seien durch die Nationalisierung der größten Industriekonzerne geschaffen worden. Jetzt käme es

darauf an, den wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt voranzutreiben. Eine „wilde“ Mutation lehnt Fabius zwar grundsätzlich ab. Denn dem „humanen Aspekt“, der notwendigen Reduzierung von Arbeitsplätzen, müsse von einer sozialistischen Regierung voll Rechnung getragen werden. (S. 1)

SEITE 2: Der Sozialismus im Lernprozeß

Jedenfalls schließt der Minister im Unterschied zu der bisher verfolgten französischen Politik Großtätigkeiten ab, die gegen die Talbot-Fabrik, wie jetzt bei Talbot, nicht mehr aus. In dem schweren Sozialkonflikt der Automobilgesellschaft will Fabius hart bleiben. Dieser Konflikt ist allerdings noch nicht ausgetrieben. In dem gestrigen von der Verwaltung wiedereröffneten Automobilwerk von Poissy bei Paris war die Beleg-

schaft zwar vollständig zur Morgenschicht gekommen. Die Wiederaufnahme der Produktion wurde aber durch gezielte Aktionen von etwa 250 Personen, hauptsächlich Gastarbeitern, zunächst einmal verhindert. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Streik- und Arbeitwilligen, bei denen es auf beiden Seiten Verletzte gegeben hat. Das Talbot-Werk beschäftigt 17 000 Personen. Während sich die in Poissy dominierende kommunistische CGT-Gewerkschaft für die Wiederaufnahme der Arbeit in dem seit Wochen bestreikten Werk ausgesprochen hatte, wollte die linkssozialistische CFDT ihr weiteres Vorgehen im Betrieb abstimmen lassen. Sie wurde aber von ihrer Basis überrollt. Die zu Mäßigung mahnenden Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem der CGT, wurden von den Gastarbeitern ausgepöbeln. Die große Mehrheit der Arbeiter scheint aber gegen neue Streiks zu sein. (S. 1)

Syrien läßt US-Piloten Goodman frei

AFP, Damaskus/New York
Die syrische Entscheidung, das gegenwärtige amerikanische Marinepiloten Robert O. Goodman freizulassen, ist nach den Worten Jesse Jacksons, des amerikanischen Baptistenpastors und Anführers auf der Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten, „eine bedeutende Geste“ gegenüber den USA. Die Freilassung Goodmans war gestern bekanntgegeben worden. In einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehen CBS erklärte der US-Politiker, die „wunderbare“ Freilassung Goodmans sei ein „gewaltiger Schritt in Richtung auf neue Möglichkeiten im Nahen Osten“. Der syrische Präsident habe nicht nur gegenüber der amerikanischen Regierung, sondern auch vor der Öffentlichkeit seinen „ernsthaften Wunsch nach einem neuen Weg der Beziehungen zwischen beiden Ländern unter Beweis stellen wollen“. Wie ein offizieller syrischer Sprecher erklärte, knüpfte die syrische Regierung an die Freilassung des amerikanischen Piloten die Hoffnung, so zur „Schaffung von Bedingungen beizutragen, die den Abzug der US-Truppen aus dem Libanon begünstigen“. Seite 2: Ein Geiselnach von Assad Seite 3: Washington irritiert

Neue Initiative Husseins

Jordanians König sucht Einigung mit geschwächtem PLO-Chef

RSDW, Bonn
Der jordanische König Hussein ist offenbar entschlossen, das gegenwärtige Machtvakuum in der PLO zu nutzen, um mit der Hilfe des inneren seiner Organisation umstrittenen Yassir Arafat eine Lösung des palästinensischen Problems nach seinen Vorstellungen durchzusetzen. Die Absichten des jordanischen Monarchen bewegen sich nach Ansicht von Beobachtern im Rahmen des Regan-Planes von September 1982. Der

gen Arafats mit dem jordanischen König waren der Anlaß für den Ausbruch der Rebellion innerhalb der ebenfalls von Arafat geführten größten PLO-Gruppe, Al Fatah. Seine Gegner warfen Arafat vor, durch Verhandlungen mit Jordanien von dem Ziel eines selbständigen palästinensischen Staates in ganz Palästina, das heißt, auch auf dem Gebiet des heutigen Israel, abgewichen zu sein. Wie Washington auf die Initiative Husseins reagieren wird, steht bislang noch nicht fest. Beobachter halten es jedoch durchaus für möglich, daß der amerikanische Nahost-Sonderbotschafter Donald Rumsfeld auf seiner heute beginnenden neuen Mission in der Region sich auch über die Vorstellungen Ammans unterrichten wird. Auch die Haltung Arafats zu den jüngsten Vorstellungen Husseins steht noch nicht fest. Es ist jedoch durchaus denkbar, daß der PLO-Chef durch eine taktische Annäherung an die Position Jordaniens seine Position innerhalb seiner Organisation zu verbessern suchen wird. Das jüngste Treffen Arafats mit dem ägyptischen Staatschef Mubarak beweist, daß der PLO-Chef gegenwärtig auf die moderaten arabischen Staaten setzt. (S. 1)

SEITE 8: Arafat will Gegner isolieren

Israel sieht für die gegenwärtig von Arafat besetzten arabischen Gebiete eine Autonomie vor, verlangt aber ihre Unterstellung unter die Oberherrschaft Jordaniens. Im jordanischen Fernsehen sprach sich Hussein jetzt für die baldige Entwicklung eines jordanisch-palästinensischen Rechtsverhältnisses aus. Gleichzeitig wiederholte der König seine Einladung an den PLO-Vorsitzenden Arafat, nach Amman zu kommen und die im April vergangenen Jahres abgebrochenen Gespräche über eine gemeinsame Politik wieder aufzunehmen. Die Verhandlung-

Zahlenspiele um die 35-Stunden-Woche

DW, Bonn
Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall widerspricht der gewerkschaftlichen Darstellung, daß die Kosten für die geforderte 35-Stunden-Woche von den Arbeitnehmern durch Lohnverzicht in den Jahren 1981 bis 1983 „vorfinanziert“ worden seien. Gesamtmetall sieht in dieser Rechnung ein Täuschungsmanöver, das von reinen Kosten in Höhe von mindestens 18 Prozent ablenken solle. Die IG Metall hatte argumentiert: In den drei genannten Jahren wären Tariflohn erhöhungen um insgesamt 25 Prozent aufgrund der Formel „Produktivität und Preise“ verteilt worden. Die IG Metall plädiert für eine ehrliche Verteilungsrechnung, in der ebenso der Kosteneffekt überproportional steigender Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die auch aus dem Produktivitätszuwachs finanziert werden müssen, erhöhte

oder verringerte Ansprüche des Auslandes an unser Sozialprodukt (Terms-of-trade-Effekt) und der nicht verteilbare Preisanstiegseffekt von Mehrwert- und sonstigen Verbrauchssteuerveränderungen berücksichtigt werden. Richtig gerechnet wäre in den vergangenen drei Jahren eine Lohnkostensteigerung um 18 Prozent „verteilungsneutral“ gewesen und nicht um 25 Prozent. Außerdem gehe die IG Metall von falschen Zahlen aus. Auf der „Lohnseite“ ihrer „Umverteilungsbilanz“ erwähne sie nur die „nackten“ Tariflohn erhöhungen. Alle übrigen Lohnkostensteigerungen, wie zum Beispiel die Urlaubsverlängerung im Jahre 1981, würden von ihr unterlassen. Richtig gerechnet seien die Lohnkosten um insgesamt 15,5 Prozent je Stunde gestiegen. (S. 1)

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos“
Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Pertinis Vergleiche

Von Enno v. Loewenstern

Man möchte die Betroffenen um Entschuldigung bitten, auch wenn es kein deutscher, sondern ein italienischer Politiker war – es war wieder einmal eine europäische Geschmack- und Verantwortungslosigkeit. Der italienische Staatspräsident Pertini hat Amerikaner mit Sowjets, Juden mit Palästinensern gleichgesetzt. Dabei sind es die Europäer, die sich dem Rest der Welt gegenüber mit ihrem angeblichen historischen Bewußtsein und ihrer daraus folgenden politischen Erfahrung aufspielen.

Systeme der Verteidigung ließen sich nicht mit Systemen gleichsetzen, in denen der Keim der Gewalt sprießt, fuhr der Christdemokrat Piccoli dem Präsidenten über den Mund. Das kann man noch direkter sagen: Wenn er lebt unter dem Vorherrschaft des sowjetischen Kolosses lebte, würde Pertini wohl selber den Unterschied merken. Aber er lebt unter dem amerikanischen Schutz. Das macht so angenehm leichtfertig. Und der Vergleich mit der Vertreibung der Juden: Niemand hat die Palästinenser vertrieben. Die arabischen Nachbarstaaten sind unmittelbar nach der Gründung des Staates über Israel hergefallen. Damals sind manche Palästinenser aus eigenem Antrieb aus dem Kampfgebiet geflohen, viele andere verließen es auf arabische Weisung. Seither leben die meisten arabischen Nachbarn im Kriegszustand mit Israel, das seine Grenzen vor ihnen schützen muß.

Die Palästinenser selber würden wahrscheinlich gern mit Israel zu einem friedlichen Miteinander kommen. Aber eine Organisation, die sich die Vernichtung Israels und die Vertreibung der allenfalls überlebenden Juden zum Ziel gesetzt hat, droht jedem Araber mit Ermordung, der den Juden die Hand reichen würde.

Selbst die Frage, ob die Palästinenser einen eigenen Staat wollen, kann erst geklärt werden, wenn die Palästinenser sich frei äußern können, ohne Furcht vor der PLO. Und dann hätten sie das Recht auf einen eigenen Staat nur, wenn dieser Staat in Frieden mit seinen Nachbarn leben wollte – wie der Staat der Juden eben. Zu allen diesen Problemen haben die Italiener bislang sehr wenig beigetragen. Vielleicht konnten sie nicht mehr tun. Aber dann sollte ihr Staatsoberhaupt wenigstens nachdenken, bevor es Zensuren austellt.

Ein Geschenk von Assad

Von Peter M. Ranke

Das syrische Baath-Regime der Assad-Brüder, das mit Menschenleben nicht gerade zimperlich umgeht, hat dem farbigen Bürgerrechtler Jesse Jackson ein politisches Geschenk gemacht. Weil der abgeschossene US-Fliegerleutnant Goodman auch ein Schwarzer ist, durfte Jackson ihn nach langem Warten mit nach Amerika nehmen.

Man freut sich über jeden Menschen, der die Freiheit erlangt, aber man versteht auch die Botschaft: Die Dritte Welt reicht den Farbigen Amerikas die Hand. Oder, noch einfacher: Jesse Jackson ist den Syrern und ihren sowjetischen Förderern als Präsidentschaftskandidat einiges wert. Wieviel ihm das in den USA nützt, selbst bei den farbigen Wählern, bleibt abzuwarten.

Im syrisch besetzten Gebiet Libanons oder in Damaskus leben noch drei oder vier israelische Kriegsgefangene der Syrer und der Terror-Gruppe Jebril in vergitterten Zellen, seit Sommer 1982. Trotz Bitten des Roten Kreuzes und der Verwandten erhielten sie monatelang keine Nachricht von zu Hause und dürfen auch nicht schreiben. Man weiß nicht genau, wo sie sind, wie es ihnen geht.

Jesse Jackson hat nicht nach ihnen gefragt. Weder als Politiker, noch als Menschenrechtler. Für die rund 30 000 politischen Gefangenen in Syrien lohnt sich keine Bitte. Denn die Freilassung, auch nur von wenigen, würde dem Regime keinen Nutzen einbringen. Bei Goodman mag es anders sein.

Jesse Jackson ist als Freund der PLO bekannt. Ende September 1979 begrüßte der christliche Bürgerrechtler den PLO-Chef Yassir Arafat in dessen Beirut Hauptquartier mit Küssen und pries ihn als „gemäßigten“. Dann besichtigte er die Ruinenstadt Damour, die von Palästinensern und Drusen 1976 zerstört worden war. Ihre christlichen Bewohner wurden ermordet oder vertrieben. Aber Jackson ließ sich einreden, dies sei ein Werk der Israelis.

„Jesse Jackson, Sie wissen absolut nichts von Libanon und der Region“, schrieb damals eine Beirut Zeitung dem christlichen Menschenrechtler. Jackson hat in der Zwischenzeit anscheinend nichts dazu gelernt.

Verfassung im Wind

Von Joachim Neander

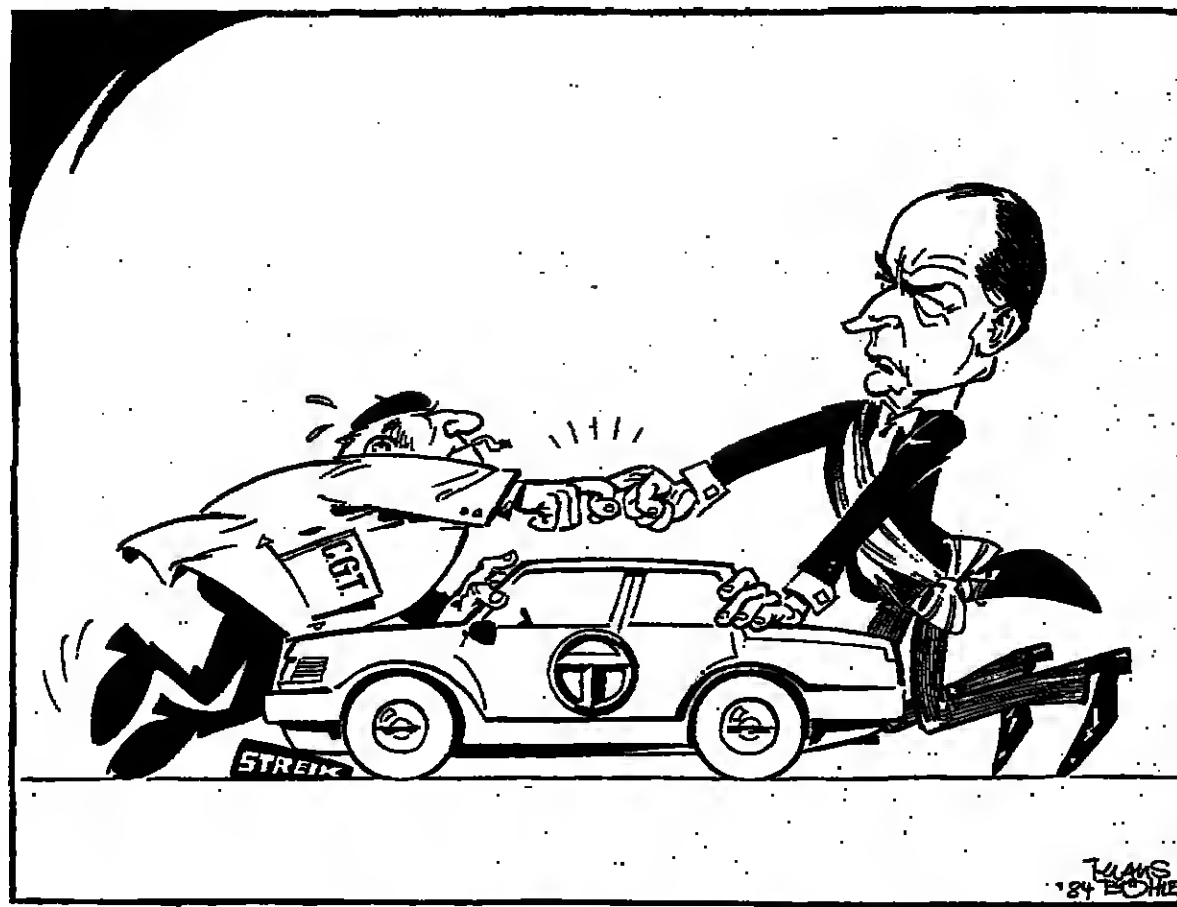
Die Schaffung von Arbeit, der Schutz der Umwelt und die Verantwortung für die Kultur sollen also, das empfiehlt eine Expertenkommission, als sogenannte Staatsziele ins Grundgesetz hineingeschrieben werden. Verfassungsrechtlich wird sicher einiges dazu zu sagen sein, zum Beispiel darüber, ob eine Verfassung – die ja schließlich ein verbindliches Gesetz ist – überhaupt dazu da ist, unverbindliche Ziele festzusetzen. Hier ist zunächst nur festzustellen, wie sklavisch sich solche Formeln am Zeitgeist, wenn nicht gar an der aktuellen Tagessituation, festhalten.

Da ist zunächst die Arbeit. Mit ihr hatten es vor 35 Jahren schon die Väter der Länderverfassungen. Damals wurde in einigen Fällen ein Recht auf Arbeit zusammen mit der dazugehörigen „sittlichen Pflicht zur Arbeit“ formuliert. So steht es, ohne jede rechtliche Folgen, heute noch da. Daß Arbeit ein „Existenzmerkmal personaler Selbstbestimmung“ sei, ist heute sicher unumstritten. Die Theoretiker der Arbeiterbewegung hätten sich freilich beim Vorschlag, der Staat solle die Arbeit vermehren, an die Stirn getippt.

Auch bei Natur und Kultur sollte man sich klarmachen, welch ein schwankendes Rohr der Mensch in seinem Verhältnis zu ihnen immer gewesen ist. Wilhelm Liebknecht (auch er für den Vorsitzenden der Expertenkommission, den Frankfurter Professor Erhard Denninger, bestimmt kein verachtenswerter Konservativer) hat die Kultur einmal als „Errungenschaft des hunderttausendjährigen Kampfes der Menschen zur Überwindung der Natur“ definiert. Da sieht man wieder einmal, wo man mit Begriffen hinkommt.

Es ist gut, sorgsam mit der Arbeitskraft der Menschen, mit der Natur und mit der Kultur umzugehen. Das ergibt sich schon aus der ethischen Verpflichtung, die das Grundgesetz auf Schritt und Tritt erkennen läßt.

Ebenso sorgsam aber müßte man mit dem Grundgesetz selber umgehen, mit seinem Text, also mit Wörtern, Begriffen und Sprache. Als Stück Papier im täglichen Winde zu flattern, dazu ist eine Verfassung zu schade.



Fingerhocken à la française

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Weder Königgrätz noch Waterloo

Von Günter Zehm

Die Sicherheitspartnerschaft ist tot, es lebe die Verantwortungsgemeinschaft! Bundeskanzler Kohl selbst hat den neuen Begriff eingeführt, um damit unser Verhältnis zum kommunistischen Osten und speziell zur „DDR“ zu kennzeichnen. Bonn und Ost-Berlin, so erklärte er zum Jahreswechsel, bildeten zur Zeit eine „Verantwortungsgemeinschaft“ im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens. Das beiderseitige Wissen um diese Gemeinschaft habe eine weitere Vereinsung des Verhältnisses nach der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses verhindert, und das sei ein erfreuliches Faktum, wenngleich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten noch lange nicht als „normal“ bezeichnet werden könnten.

Hinter der schönen Rhetorik verborgen sich harte Tatsachen. Ost-Berlin kann sich nach übereinstimmender Meinung der Wirtschaftsforscher eine Abkühlung des Verhältnisses zu Bonn gar nicht leisten; es braucht die Bundesrepublik dringend als Nothelfer bei der Schuldentilgung. An die vierhundert Milliarden Dollar muß es bis März aufrufen, höchstens drei Milliarden sind aber liquid zu machen. Wenn Bonn nicht mit den fehlenden anderthalb Milliarden einspringt, muß die SED umschulden, d. h. sie muß den politischen Weg, Polens oder Rumaniens gehen, muß es dulden, daß ausländische Bankiers in ihren Büchern herumzuschütteln und unbecommene Forderungen stellen.

In Bonn gibt es deshalb – Verantwortungsgemeinschaft hin oder her – bei der Deutschlandpolitik zur Zeit nur noch eine Frage: Wann machen wir die nächste Milliarde locker, und wie begründen wir sie gegenüber der Öffentlichkeit? Bekanntlich hat schon die erste Milliarde innerhalb der CDU/CSU zu großer Unruhe geführt. Allen ist klar, daß man eine neue, vergleichbare Aktion nicht mehr wie Zieten aus dem Busch durchziehen kann.

Der der CSU nahestehende Ostkonjunktur-Beobachter Werner Obst, ehemals Planungschef im Büro des „DDR“-Ministerrats und heute vorsichtiger Befürworter einer weiteren baldigen Kreditvergabe an Ost-Berlin, hat die Lage mit

der Situation Bismarcks nach dem Sieg über die Österreicher bei Königgrätz verglichen. Bismarck hätte damals in Wien einmarschieren können, um seinen Triumph auszukosten. Aber er hätte damit die Österreicher überflüssig gemacht und sie in die Arme Napoleons III. getrieben. Obst: „Warum sollte die aus dem Weststreit der Systeme als wirtschaftlicher Sieger hervorgegangene Bundesrepublik den unterliegenden anderen Teil Deutschlands noch unnötig demütigen, dessen Parteilührung ebenso wie einen Großteil der Bevölkerung, die ihre Hoffnungen ohnehin nur auf Westdeutschland setzt?“

Der Vergleich klingt bestechend. Ob er stimmt, ist eine andere Frage. Zunächst: In wessen Arme könnte Ost-Berlin getrieben werden, da es doch schon unentwundbar in den Armen des östlichen großen Bruders zappelt? Und inwiefern könnte es durch Kreditverweigerung „gedemütigt“ werden? Weder die Herren in Warschau noch die in Bukarest fühlen sich, indem sie ihre Schulden nicht zurückzahlen, im geringsten gedemütigt; im Gegenteil, unter ihnen macht sich, ähnlich wie in Mexiko oder in Brasilien, eine Art Übermut breit nach dem Motto: „Sind die Schulden prolongiert, lebt es sich ganz ungeniert“. Es zeichnet sich



Mißglückter Vergleich mit dem Verzicht auf einen Triumph: Bismarck

im internationalen Geldverkehr immer deutlicher ab, daß nicht die Gläubiger, sondern die Schuldner die eigentlichen „Sieger“ sind, weil sie die Gläubiger zwingen können, dem schlechten Geld immer neues gutes hinterherzuwerfen.

Nein, die Regierung Kohl muß sich in jedem Fall hüten, den Fehler der alten Koalition zu wiederholen und den Kommunismus um irgendwelcher vager Theorien und Gleichnisse willen à fonds perdu zu subventionieren. Die Milliarde vom Frühsommer letzten Jahres mochte noch hingehen, sie war gewissermaßen Kohls deutschlandpolitisches Entreehütchen und markierte guten Willen, nicht Willfährigkeit. Jetzt aber geht es ums Prinzip. Jetzt erwartet die Öffentlichkeit klare Abmachungen im Sinne jenes „du oder du“, mit dem die CDU/CSU seinerzeit in den Wahlkampf zog.

Die deutschlandpolitische Diskussion hat sich im vergangenen Jahr merkbar belebt. Die Deutschen spüren, daß sie so wie bisher nicht weiterleben können; daß die Zustände an der Demarkationslinie nicht nur würdevoll und menschenförmlich sind, sondern den endgültigen Verlust der Identität in sich bergen. Sie wollen konkrete Veränderung. Und wenn es denn sein sollte, daß Ost-Berlin wirklich, wie Werner Obst glaubt, wirtschaftlich auf dem letzten Loch pfeift, dann soll es für das Geld, das wir ihm geben, auch etwas leisten, dann soll es aufhören, die kritischen Landsleute drüben wie Hasen zu jagen und abzuschießen, dann soll es sich in seiner Sprache mäulern und die widernatürlichen, landesverräterischen Abgrenzungsschranken verlassen.

„Die Völkerschlacht von Leipzig haben sie schon verloren, ein Waterloo sollten wir ihnen ersparen“, sagt Werner Obst, ein weiteres historisches Gleichnis bemühend. Doch es geht gar nicht um Waterloo. Es geht darum, daß sich die SED-Leute endlich wie deutsche Landsleute und zivilisierte Mitteleuropäer aufführen. Und es geht darum, daß sich die Bonner Politiker nicht wie überschläue Spekulanten, sondern wie ehrbare Kaufleute benehmen, die sich weder übers Ohr hauen lassen noch andere übers Ohr hauen.

IM GESPRÄCH Raúl Prebisch

Im Dienst mit 82

Von Manfred Neuber

Im Alter von 82 Jahren hat sich der international angesehene argentinische Wirtschaftswissenschaftler Raúl Prebisch der neuen Zivilregierung in Buenos Aires noch einmal als Berater zur Verfügung gestellt. Er soll seinem Lande beim wirtschaftlichen Neuaufbau helfen.

Argentinien ist mit Auslandsschulden von vierzig Milliarden Dollar belastet. Wie Präsident Raúl Alfonsín erklärte, werde kein Zahlungsmoratorium, sondern eine Umschuldung angestrebt. Die Zinsen seien zu hoch und die Laufzeiten zu kurz. Damit Argentinien seiner Verpflichtung nachkommen könne, sollten die Gläubiger mehr argentinische Waren kaufen.

Prebisch verfiel schoo seit den sechziger Jahren die Forderung „Handel statt Hilfe“. Er machte sich auch den Ruf nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ zu eigen. Aus der Schuldenkrise vieler Länder der Dritten Welt sieht er nur einen Ausweg, wenn die Zinsen pünktlich gezahlt, aber die Rückzahlungen der Kredite gestreckt werden.

Abwertungen und Preiskontrollen hält Prebisch für ungünstige Mittel zur Bekämpfung der Inflation. Die neue Regierung hat sich vorgenommen, im nächsten Jahr die Inflationsrate von vierhundert Prozent auf eine zweistellige Ziffer zu senken und das hohe Defizit im Staatshaushalt vor allem durch Kürzungen an den Ausgaben für das Militär, das bis vor kurzem regierte, zu verringern.

Mit dem „Egoismus der Industrienationen“ und der „aufgeblähten Bürokratie des Staates und der Verschwendungssucht der Eliten in den Entwicklungsländern“ geht er seit langem ins Gericht. Prebisch rät der Dritten Welt zur Selbsthilfe bei marktwirtschaftlicher Orientierung sowie zu einer vernünftigen Dosierung von Export-Subventionen.

Die internationale Karriere des Hochschullehrers aus Tucumán be-



Theoretiker einer Weltwirtschaftsordnung: Prebisch

FOTO: CAMERA PRESS

gann in den fünfziger Jahren, nachdem er vom Diktator Perón als Generaldirektor der Zentralbank in Buenos Aires abgesetzt worden war. Im Exil arbeitete er an Wirtschaftsstudien für mehrere Regierungen in Lateinamerika, und er gab wichtige Anstöße für die regionale Kooperation. Bedeutende Posten des Argentiniers, dessen Vater ein deutscher Ingenieur war, reichten sich in Diensten der Vereinten Nationen aneinander: 1950 Leiter der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (Cepal), Vorsitzender der ersten Weltkonferenz (Unctad) 1964, deren erster Generalsekretär er wurde. Nach seinem Rücktritt 1969 aus Gesundheitsgründen übernahm Prebisch noch einige UN-Missionen.

Von den wirtschaftspolitischen Ideen, die in der „Denkfabrik“ der Cepal unter seiner Führung in den fünfziger Jahren in Santiago (Chile) entwickelt wurden, sind Scharen von Technokraten in Lateinamerika geprägt worden. Darüber hinaus beeinflussen die ordnungspolitischen Vorstellungen des greisen Argentiniers die Nord-Süd-Debatte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Die Erhöhung der Telefongebühren wird hier kommentiert:

Seltens, gerade der Fernmeldebereich wurde bisher von der Post als Goldgrube gespielt. Hier, bei den Telefonkunden, verbucht das staatliche Monopolunternehmen stets die größten Gewinne. Doch offenbar ist es nicht genug, daß die Telefonkunden an den von ihnen finanzierten Überschüssen nicht teilhaben dürfen; jetzt sollen die Benutzer von Münzfernsprechern auch noch gleich 50 Prozent mehr für jede Gebühren-einheit bezahlen. Merkwürdig vor allem die Begründung, die aus dem Hause von Minister Schwarz-Schilling für den Gebührenschub geboten wird: Bei den öffentlichen Telefonzellen werde ein Defizit von 250 Millionen Mark erwirtschaftet, deshalb müsse man künftig zehn Pfennig mehr verlangen. Kein Wort darüber, wo die satten Gewinne erwirtschaftet werden.

THE GUARDIAN

Mit den jüngsten Terroranschlägen in Spanien befaßt sich die Kommentar in dem Londoner Blatt:

Die zu keinem Kompromiß bereiteten ETA-Terroristen, die nichts weniger als einen eigenen Staat akzeptieren werden, sind – noch nicht – isoliert worden, obgleich das Ausmaß an Autonomie, das der Region zugestanden wurde, wahrscheinlich ausreicht, um die meisten Basken zufriedenzustellen. ... Frankreich, das eine eigene baskische Volksgruppe hat, verhält sich noch immer weitgehend blind gegenüber den Aktivitäten in Spanien, die ungestraft über die Grenze kommen. Frankreich ... sollte jetzt seine früheren, bisher nicht erfüllten Zusagen einhalten und sei-

nem Nachbarn im eigenen Interesse und in dem Spaniens dadurch helfen, daß es der ETA die Hintertür verriegelt.

Reutlinger General-Anzeiger

Zu Castro's Jubiläum heißt es hier:

Eine „demokratische Revolution“ sollte stattfinden. Die „Massen“, die am Anfang aus echter Überzeugung jubelten, waren von Erwartungen erfüllt, die nichts mit dem Aufbau eines Sozialismus oder Kommunismus zu tun hatten. Castro gab später (1968) selbst zu, das Volk sei für die Revolution gewesen, weil es sich höhere Löhne und mehr Wohlstand erhofft habe. Im Rückblick kann heute festgestellt werden: Die Kubaner sind getäuscht und betrogen worden.

Le Quotidien de Paris

Zum französischen Teilhabes an Beirut schreibt die Zeitung unter dem Titel „Der Anfang vom Ende“:

Der Plan einer „Abspeckung“ des französischen Aufgebots lag seit einiger Zeit in der Luft. Trotzdem konnte die Ankündigung vom Truppenabzug nicht ungünstiger fallen, um die Behauptung zu bekräftigen, Frankreich sei dabei, sich der terroristischen Erpressung zu beugen. Die Kiler und ihre Auftraggeber können darin nur eine Ermütigung sehen, ihre mörderischen Unternehmungen fortzusetzen. ... Frankreich will aus der libanesischen Falle heraus, wie übrigens auch seine italienischen und amerikanischen Verbündeten, und handelt dabei nach dem jammervollen Motto „Rette sich, wer kann“. ... Und was die 82 in Beirut gefallenen französischen Soldaten betrifft, so kann man sie auf die lange Liste derer setzen, die umsonst gestorben sind.

Von Poitiers bis Talbot – der Sozialismus im Lernprozeß

Minister Fabius kündigt industrielle Mutationen an / Von Joachim Schaufuß

General de Gaulle hat die institutionelle Mutation Frankreichs bewerkstelligt – die industrielle Mutation durchzuführen, ist die Rolle der sozialistischen Regierung. Dies erklärte Laurent Fabius zum Jahresbeginn einem Millionenpublikum in der viel gebürten Fernsehshow „Stunde der Wahrheit“ vor dem spektakulären Hintergrund des Talbot-Konflikts. Die Regenschafter Pompidou und Giscard d'Estaing ließ der 37-jährige Minister unerwähnt – als ob in dieser Zeit in Frankreich an industrieller Restrukturierung nichts geschehen wäre.

Das war natürlich ein politischer Kunstgriff. Steht der aus gutem Hause stammende und wie Giscard mit den Weihen der Eliteschule ENA versehene Minister doch bei gewissen Parteigenossen nicht gerade in dem Ruf, einer der ihren zu sein. Aber das erträgt er mit Fassung. Denn seine Position bei Staatspräsident Mitterrand gilt als stark. So konnte es sich Fabius sogar leisten, in einem Nebensatz KPF-Leist Marchais für den Fall,

daß er die Regierung (wie bei Talbot) weiterhin „systematisch kritisiere“, die Aufkündigung der sozialistisch-kommunistischen Koalition anzudrohen.

Als Termin für die Bewältigung seiner Mutationsaufgabe setzt sich Fabius das Jahr 1986, in welchem die nächsten Legislativwahlen stattfinden. Aber er schloß vor dem Fernseher nicht aus, daß er vorher zu Höherem berufen werden könnte. Manche sehen in ihm bereits den Nachfolger von Premierminister Mauroy. Auf jeden Fall könnte er ein sozialistischer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen von 1988 sein. Seine Devise, den Franzosen die Wahrheit zu sagen, hält er innenpolitisch für die beste Taktik.

An griffigen Vergleichen mangelt es ihm dabei nicht. Bei Talbot sei es letztlich um die Frage gegangen, 1905 Personen zu entlassen oder ein Werk mit 17 000 Beschäftigten einer tief in den roten Zahlen steckenden Automobilgesellschaft stillzulegen. Nach dem verworrenen Debakel der letzten Wochen –

geboren aus dem Wettstreit der Gewerkschaften um die Gastarbeiter – sollte diese ernüchternde Formel erlösend wirken. Schließlich sind die Franzosen Pragmatiker.

Natürlich ist sich Fabius der Grenzen seiner Aktion bewußt. In den Verfall eines Kapitalismus darf er nicht kommen. Deshalb versichert er, daß es in Frankreich keine „wildes Mutationen“ wie in anderen Ländern (gemeint sind vor allem die USA und Großbritannien) geben werde. Vielmehr würde die Umstrukturierung durch Sozialpläne erträglich gemacht, deren nähere Bedingungen in Dreierverhandlungen zwischen der Regierung, den Unternehmern und den Gewerkschaften ausgehandelt werden sollen. Denn die „Rekonversion“ dürfe nicht zu stark auf den betroffenen Arbeitern lasten.

Auf endlose Debatten mit den Gewerkschaften will sich Fabius allerdings nicht einlassen. Wenn keine Einigung zustande käme, müßte eben die Regierung entscheiden – vor allem bei den ver-

staatlichten Unternehmen. Um diese geht es aber in erster Linie. Der schwerste Brocken ist dabei die Stahlindustrie, die immer noch 25 000 bis 30 000 Arbeitskräfte zu viel beschäftigt. Bisher hatte man dort fast nur vorzeitig pensioniert. Jetzt aber stehen erstmals nackte Entlassungen in Gebieten bevor, die ohnehin unter überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit leiden.

Auch Arbeitszeitverkürzungen können jetzt nicht mehr weiterhelfen. Fabius wagte sogar, die Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden als Mißerfolg der sozialistischen Regierungspolitik zu bezeichnen. Andererseits verteidigte er die Rationalisierungsaktion als notwendige Voraussetzung der industriellen Mutation. Ein Entlassungsschutz sei das aber nicht. Das trifft gewerkschaftliche Hoffnungen mitten ins Herz.

Um sich verständlich zu machen, verwies Fabius darauf, daß die USA, Japan und die Bundesrepublik ihre industrielle Mutation be-

reits zwischen 1975 und 1980 bewältigt haben. Wenn Frankreich weiterhin zu den großen Industrienationen der Welt gehören wolle, müsse es diesem Beispiel folgen. Dabei bekennet sich der Minister im Unterschied zu seinem Vorgänger Chevènement ausdrücklich zu einer weitoffenen Wirtschaft. Welch ein Wandel, wenn man an den unter Außenhandelsminister Jobert in Poitiers praktizierten Protektionismus denkt!

Man mag dem französischen Sozialismus auch heute noch sehr skeptisch gegenüberstehen. Aber jetzt mögen sich viele mit der Hoffnung trösten, daß es eine (vernünftig gewordenen) linken eher als einer bürgerlichen Regierung gelingen kann, die mit großen sozialen Opfern verbundene industrielle Restrukturierung ohne Massenstreiks zu bewältigen. Jedenfalls ist bemerkenswert, wie schnell die französischen Sozialisten sich bereit erklärt haben, aus den eigenen Fehlern zu lernen. Die Rose welkt, oder sie wechselt die Farbe.

Ausländerzahl stieg trotz Stopp der Anwerbung

Von EBERHARD NITSCHKE

Zehn Jahre nach dem Anwerbestopp ist die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik auf 1,7 Millionen gestiegen. Vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit scheint dies eine positive Entwicklung zu sein. Doch die Zahl trägt

Der Anwerbestopp brachte nicht die deutliche Reduzierung, die die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg: Zwischen Juni 1980 und Dezember 1982 ist die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer zwar um 362 000 zurückgegangen, die Zahl der arbeitslosen Ausländer erhöhte sich in diesem Zeitraum aber um 196 000 auf 293 000 und lag auch Ende 1983 bei dieser Marke.

Schon im August vorigen Jahres wies der Präsident der Bundesanstalt, Josef Stügel, darauf hin, daß es ein Irrtum war, mit Hilfe des Anwerbestopps das Ausländerproblem über den Arbeitsmarkt steuern zu wollen. Zu Beginn des Stopps habe es vier Millionen ausländische Wohnbevölkerung und 2,6 Millionen ausländische Arbeitnehmer gegeben. Seitdem sei die Wohnbevölkerung auf 4,67 Millionen gestiegen, die Zahl der Arbeitnehmer aber nur aufgrund der extrem hohen Arbeitslosenquote von jetzt 14,1 Prozent auf den jetzigen Stand gesunken.

Eindrucksvolle Rückkehrerzahlen ändern daran nichts. Seit dem Anwerbestopp sind 4,15 Millionen Ausländer aus der Bundesrepublik Deutschland fortgezogen. In keinem Jahr seit dem Anwerbestopp lag die Rückkehrerzahl unter 365 000. Der Familiennachzug vor allem sorgte dafür, daß die absolute Ausländerzahl ständig weiter stieg. Und die Liberalisierung des Arbeitsrechts, die von der früheren Bundesregierung verfolgt wurde, sorgte dafür, daß trotz schon stark verschlechterter Arbeitsmarktlage zwischen April 1979 und November 1983 an Familienangehörigen von Ausländern 179 000 neue Arbeitsgenehmigungen erteilt wurden.

Schließlich spielen beim Zustandekommen solcher Zahlen auch kleine Summen eine Rolle. Wie in den Jahren zuvor fördert die Bundesanstalt für Arbeit auch 1984, jetzt mit 160 Millionen Mark, davon 25 Prozent von Bund und Ländern, das Programm zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer, dessen Absolventen, 1984 wohl 12 000, sofort eine Arbeitslaubnis erhalten.

Angesichts dieser Lage freut sich Bundes-Arbeitsminister Morbert Blum darüber, daß entgegen allen Unkenrufen bei Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern am 1. Dezember 1983 die hier angebotene finanzielle Rückkehrhilfe, einer Blitz-Umfrage seines Hauses bei Arbeitsämtern zufolge, „sehr gefragt“ ist. Das Ministerium spricht von 50 000 ausländischen Arbeitnehmern, die mit ihren Familien von dem Angebot Gebrauch machen werden, in der Bundesanstalt für Arbeit hält man auch die Zahl 60 000 für realistisch.

Die Volksaktie soll neue Kräfte mobilisieren

Vom 16. Januar an wird der Bund einen weiteren Teil seiner Veba-Aktien unter Volkstreuen. Die Privatisierung von Bundesunternehmen ist nicht neu: Preussag und VW sind bekannte Vorläufer. Als politisches Instrument hat sich mit der sogenannten Volksaktie jedoch ein Wandel vollzogen.

Von CLAUD DERTINGER

Fast 25 Jahre nach seiner ersten Privatisierungsaktion trennt sich der Bund jetzt erstmals seit langer Pause wieder von Aktien aus seinem Besitz und bietet diese Papieren dem breiten Publikum an, bevorzugt Arbeitnehmern mit Jahreslohn bis zu 24 000 Mark (Ledige) oder 48 000 Mark (Verheiratete), die Anspruch auf die staatliche Arbeitnehmerparzelle haben. Diese weitere Teilprivatisierung der Veba hat freilich mit früheren Volksaktien-Emissionen nur wenig zu tun, obwohl die Veba-Aktie zur Kategorie der sogenannten Volksaktien gezählt wird.

Aber was heißt schon Volksaktie? Das ist eine in Österreich Mitte der fünfziger Jahre geprägte Bezeichnung, die im Laufe der Jahre immer schwächer geworden ist, nicht ein Begriff wie Volksempfänger seinen Angedenken oder Volkswagen Aktien sind schließlich für alle da. Jedermann kann jederzeit jede Aktie kaufen. Volksaktien, zu denen neben Veba auch VW und Preussag zählen, sind auch immer ganz normale Aktien gewesen, die sich wirtschaftlich oder rechtlich nicht von anderen unterscheiden.

Der einzige Unterschied, den es einmal gab: Sie wurden aus Bundesbesitz vorwiegend an Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen verkauft, die der Preussag und von VW sogar noch mit einem Sozialrabatt.

Als sie dann an die Börse kamen, wurden die Aktien für jedermann, also wirklich Aktien für das Volk, nicht nur für das finanziell minderbemittelte, an das mit Sozialrabatten und günstigen Emissionskursen seinerzeit Wahlgewinne verteilt wurden.

Hinter dem Begriff Volksaktie stand freilich eine gesellschaftspolitische Idee, die von der neuen Bundesregierung wiederbelebt und mit der jetzt bevorstehenden weiteren Teilprivatisierung von Veba-Aktien realisiert wird. Damals ging es darum, den privaten Sparprozeß umzustrukturieren. Die Deutschen sollten zwar nicht unbedingt zu einem Volk von Aktionären gemacht werden. Aber mit gutem Grund versuchte die Bundesregierung 1959 bei der Privatisierung der Preussag und 1961 bei der Teilprivatisierung des Volkswagenwerks die ans reine Geldsparen gewohnten Bundesbürger an die Aktie und damit an den Mitbesitz von Produktionsmitteln heranzuführen.

Wenn weite Kreise der Bevölkerung über Aktienbesitz an Unternehmen beteiligt sind, werden sie auch ein wenig mehr unternehmerisch denken und fühlen lernen, so hofften die Volksaktien-Initiatoren vor mehr als 20 Jahren. Und der Hintergrundgedanke, daß Aktionäre nicht so leicht zu Feinden des „Großkapitals“ werden und bei Tarifverhandlungen umgänglicher und verständnisvoller Partner sind, war nicht illegitim. Vor allem aber wollten die Vermögenspolitiker in jenen wachstumssträchtigen Jahren den deutschen Arbeitnehmern zur Teilhabe am Wirtschaftswachstum verhelfen, das sie nicht nur in einer von Jahr zu Jahr praller gefüllten Lohnkiste spüren sollten. Die Volksaktie sollte ein Vehikel werden, das Otto Normalparter mit der Sparform der „Reichen“ vertraut macht. Das war ein Stück gute gemeinliche Sozialpolitik.



Ein Angebot zur Vermögensbildung: Der Bund gibt für 252 Millionen Mark Veba-Aktien aus

So groß der Run auf die Aktien der Preussag, des Volkswagenwerks und später auch die der Veba - allerdings schon ohne Sozialrabatt - gewesen ist: Der zündende Funke sprang nicht über. Die Zahl der Aktionäre in der Bundesrepublik hat sich zwar durch die Privatisierungsaktionen von 800 000 auf rund fünf Millionen vervielfacht. Doch die neuen Volksaktionäre, ganz überwiegend blutige Anfänger im Aktienparcours, fühlen sich nicht anmirt, darüber hinaus im Laufe der Zeit aus freien Stücken Geld auch in anderen, ganz normalen Aktien anzulegen. Im Gegenteil: Zahlreiche Volksaktionäre trennten sich im Laufe der Jahre wieder von ihren Papieren und kehrten nie wieder an die Börse zurück.

Das sozialpolitische Experiment ist mißlungen. Vielleicht mußte es aus verschiedenen Gründen auch mißlingen, aber sicherlich nicht in erster Linie wegen mangelnder Sparfähigkeit weiter Teile der Bevölkerung. Zum Scheitern hat gewiß die unzureichende Aufklärung über das Wesen der Aktie beigetragen, zum Beispiel über Kursrisiken, denen auch

Aktien erstklassiger Unternehmen an der Börse ausgesetzt sind. Den Neulingen wurde wohl etwas zuviel von der Wertbeständigkeit von Aktienanlagen erzählt und von Wachstumschancen. Damit waren Enttäuschungen in Bauscheitungen geradezu programmiert. Enttäuscht waren viele Volksaktionäre allein schon, wenn die Papiere ihre Höchstpreise nicht halten konnten, ohne daß die Kurse auf oder unter die Einstandspreise fielen. Als Beispiel sei hier nur die VW-Aktie genannt, deren Wert sich von 350 Mark Ausgabekurs 1961 in kurzer Zeit spektakulär und spekulativ auf 1093 Mark mehr als verdreifachte, sich dann aber in den folgenden vier Jahren mehr als halbierte. Der Ärger über den entgangenen Gewinn wog vielfach sichtlich schwerer als die Freude über den noch verbliebenen Gewinn.

Auch war das Kreditgewerbe nicht darauf eingestellt, eine große Zahl von Kleinsparern aktiv in der Aktienanlage zu beraten, was notwendig gewesen wäre, um aus Zufalls-Volksaktionären langsam Normal-Aktionäre mit kontinuierlichem Interesse für die Börse zu machen.

Die mit der Veba-Teilprivatisierung '84 verknüpften sozial- und vermögenspolitischen Ziele gehen in eine etwas andere Richtung als vor 25 Jahren. Neben der Absicht, die nicht notwendigen wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates zu beschneiden und die privatwirtschaftlichen Kräfte zu stärken, spielt beim bevorstehenden Angebot von Veba-Aktien an Arbeitnehmern das politische Interesse an der Mobilisierung von Risikokapital für die Wirtschaft eine wichtige Rolle. Die Veba-Aktie kann im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes nur ein Anstoß dazu sein.

Grundsätzlich stellt sich jedoch die Frage, ob die jahrelange Festlegung von Aktien, wie sie das 936-Mark-Gesetz vorsieht, dem Wesen der Aktie als flexibles Anlage-Instrument entspricht. Der in die Festlegungsfrist gepreßte Anleger mag sich damit trösten, daß die „vermögenswirksame Anlage“ ein Geschenk seines Arbeitgebers ist. Aber der Weisheit letzter Schluß ist diese Konstruktion gewiß nicht, solange es innerhalb der Festlegungsfristen keine „unschädlichen“ Tauschmöglichkeiten zumindest in andere Aktien gibt.

Wo auf der Straße zur Kasse gebeten wird

In Österreich, dem Urlaubsziel Nr. 1 der Deutschen, machte Bonn gestern Schlagzeilen: Viele Zeitungen kommentierten die Forderung nach Abschaffung der Autobahngebühren positiv. Wieder einmal ist in Bonn gedroht worden, notfalls auch Gebühren zu erheben. Woran entzündet sich der Ärger?

Von HEINZ HECK

So „geräuschlos“, wie in der Bundesrepublik der Straßenbau finanziert wird, geht es in anderen Ländern nicht immer zu. Aus den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden müssen bei uns die erforderlichen Mittel für den Straßenbau abgezweigt werden. Andererseits kassiert der Bund jährlich über 20 Milliarden Mark Mineralölsteuer an der Zapfsäule. Hinzu kommt die Kfz-Steuer, die den Ländern zufließt.

Anders in unserer Nachbarschaft: Alle Jahre wieder „freuen“ sich deutsche Autofahrer, wenn ihre Urlaubsfahrt an den Autobahnschaltern unterbrochen wird. Schlangenteiler in der Hitze und fehlendes Kleingeld in Devisen schaffen die rechte Urlaubsstimmung. Ausgerechnet die beliebtesten Reiseziele der Deutschen gehören zu den großen Kasserern. In der Europäischen Gemeinschaft sind es Frankreich, Griechenland und Italien, in Europa darüber hinaus Jugoslawien, Österreich, Portugal, die Schweiz und Spanien (wobei Österreich und die Schweiz nur auf bestimmten Strecken wie Alpenpässen Maut-Gebühren kassieren, dagegen keine Autobahngebühr wie die übrigen Länder).

Diese Länder folgen damit einem anderen Finanzierungsprinzip, indem sie jeden Benutzer belasten - Inländer wie Ausländer. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist auch wegen des herrschenden Diskriminierungsverbots keine andere Regelung möglich. Damit stünde auch die Bundesregierung, wenn sie der alle Jahre - in diesen Tagen vom CSU-Politiker Jobst - erhobenen Forderung nach Einführung einer Autobahngebühr folgen wollte, vor der Schwierigkeit, auch den deutschen Autofahrer zu belasten. Nach dem Motto: alle oder keinen.

Nun ist nicht zu übersehen, daß die unterschiedliche Handhabung erhebliche Verzerrungen der Verkehrsströme auslöst. Das führt gerade in der Hauptreisezeit, zum Beispiel in der Bundesrepublik, zu einer Belastung der Autobahnen, die sicher weit geringer ausfielen, wenn die Fahrt in den Süden nicht so konkurrenzlos billig wäre.

Schon aus diesem Grunde wird immer wieder die Frage dreht und gewendet, ob man nicht die Belastung des deutschen Autofahrers mit Steuern (knifflige Frage: bei der Bundes- oder Ländersteuer?) verringern und statt dessen Autobahngebühren für alle erheben sollte. Zu den Gegenargumenten gehört der mutmaßlich hohe Verwaltungsaufwand. Die beste Lösung wird in der Abschaffung aller Autobahngebühren gesehen. Doch ist sie, wie beste Lösungen das so an sich haben, politisch sehr schwer durchsetzbar.

Jackson irritiert Washington

Dem demokratischen Präsidentschaftsbewerber Jesse Jackson ist es gelungen, die Freilassung des US-Leutnants Goodman aus syrischer Gefangenschaft zu erreichen. In den USA war Jacksons Initiative allerdings mit großen Vorbehalten betrachtet worden.

Von DIETRICH SCHULZ

Die Mission zur Befreiung des farbigen amerikanischen Marinefliegers Robert Goodman aus syrischer Gefangenschaft, die sich der Präsidentschaftsbewerber und Baptistenprediger Jesse Jackson selbst auferlegte, hat in Washington manches ungute Gefühl hervorgerufen. Je länger Jackson die durch den Blüthen nach Damaskus gewonnene Publizität auszunutzen versuchte, um so deutlicher wurde die bisher nur verhalten geäußerte Kritik an den Bemühungen des farbigen Bürgerrechtlers, der im vergangenen Jahr plötzlich den Ruf verspürte, Präsident zu werden.

In einem Artikel des angesehenen

konservativen Kolumnisten George Will hieß es unter anderem, Jackson beweise mit seinem Auftreten in Syrien, daß er für die wahren Interessen des eigenen Landes nur Verachtung übrig habe. Die schwarzen Amerikaner, die sich nach Führung sehnten, müßten statt dessen erleben, daß ihnen ein „politischer Harlekin“ angeboten werde. Der frühere Vorsitzende der Demokratischen Partei, Robert Strauss, erklärte in einem Fernsehinterview, was Jackson betriebe, sei nicht „die Art von Diplomatie, an die wir gemeinsam in Amerika gewohnt sind“.

Während seines Aufenthalts in Syrien wurde Jackson zwar von der amerikanischen Botschaft in Damaskus mit gebührendem Respekt behandelt, die Regierung in Washington hatte jedoch in den Tagen vor der von manchem Rummel begleiteten Abreise alles getan, um soviel Distanz wie möglich zu zeigen. Das Weiße Haus versicherte wiederholt, daß der schwarze Politiker für seine Mission nicht amtlich autorisiert sei. Seit Jackson in Syrien war, schweig sie die Regierung aus, weil sie dem publizitätstüchtigen Oppositionspoli-

ker nicht noch weiteren propagandistischen Auftrieb geben wollte. Es ist bezeichnend, daß anfänglich sogar die Eltern des Marineleutnants Goodman die Mission Jacksons nicht unterstützen wollten. Sie hatten, wie viele andere Amerikaner, das Gefühl, daß hier aus vornehmlich politischen Gründen ein humanitäres Problem gegen die US-Regierung ausgespielt werden sollte, der es durch ihre eigenen Bemühungen auf diversen diplomatischen Kanälen nicht gelungen war, den am 4. Dezember bei einem Einsatz über Libanon abgeschossenen Marineoffizier aus der Gefangenschaft zu befreien.

Die Anteilnahme am Schicksal Goodmans (er war Kampfbombenpilot der Maschine, der Pilot kam ums Leben) unter der amerikanischen Bevölkerung war groß. Mehr als 40 000 Weihnachtsgrüße trafen aus allen Teilen Amerikas bei Goodman in Damaskus ein. Dennoch kann nicht die Rede davon sein, daß die Reagan-Regierung einem besonders starken Druck ausgesetzt war. Erst das Eingreifen Jacksons machte aus dem Fall Goodman eine „Staatsaffäre“.

(SAD)



Mission gelungen: Jesse Jackson (links) und Robert Goodman in Damaskus

INVESTA: Denn es lohnt sich, ausgewählte deutsche Aktien zu kaufen.

Deutsche Aktien stehen wieder höher im Kurs. Die Experten sind ziemlich einhellig der Meinung: Es steckt noch mehr drin! Darum sind ausgewählte deutsche Aktien nach wie vor eine empfehlenswerte Vermögensanlage. Die Frage ist jedoch: Was sind denn „ausgewählte“ deutsche Aktien?

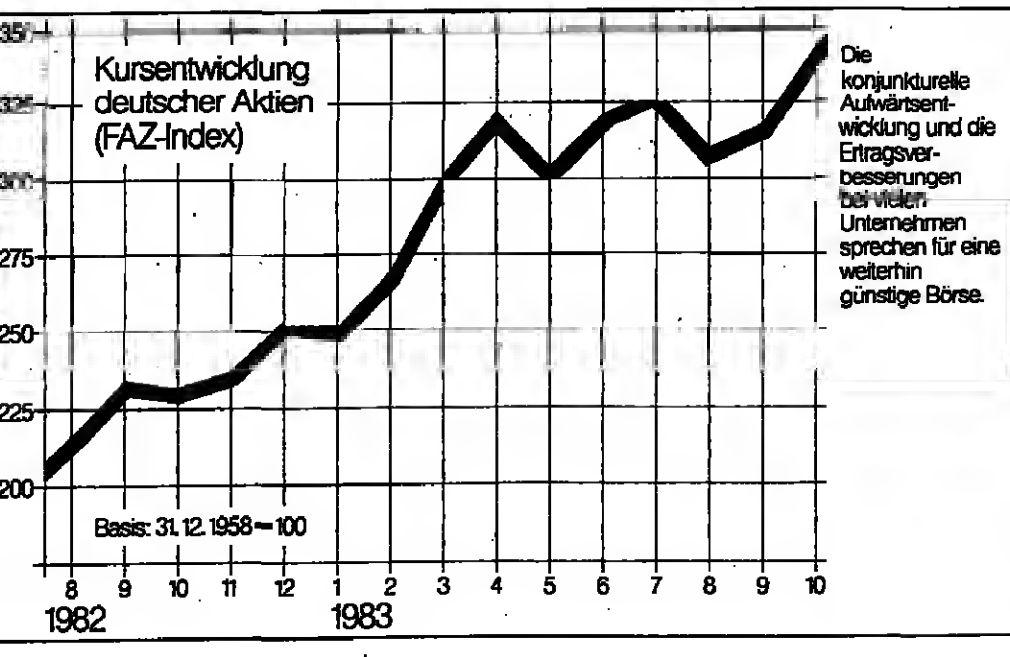
Die besten deutschen Aktien in einem Wertpapier

INVESTA gibt die Antwort. INVESTA ist ein Aktienfonds, dessen Portfeuille sich aus den Aktien führender deutscher Aktiengesellschaften zusammensetzt. Es sind Unternehmen, deren Marktgeltung, Know-how, Innovationskraft, Kapitalausstattung und Management eine gute

Entwicklung erwarten lassen. Mit dem Kauf eines einzigen INVESTA-Anteils sind Sie also an einer sorgsam ausgewählten und zusammengestellten Gruppe leistungsstarker deutscher Aktiengesellschaften beteiligt!

Das Prinzip der gesunden Ertrags- und Risikomischung

INVESTA bündelt die gegenwärtigen und zukünftigen Ertrags- und Wachstumschancen vieler Unternehmen. Umgekehrt heißt das aber auch: Verteilung möglicher Risiken auf mehrere Gesellschaften. Diese Kombination aus Gewinnoptimierung und Risikominimierung ist ein wesentliches Merkmal der INVESTA-Anlagestrategie. Um die Verwirklichung



dieser Strategie brauchen Sie als Anleger sich keine Gedanken zu machen: Das erledigen Management der DWS und erfahrene Börsenexperten für Sie.

Die Chancen am deutschen Aktienmarkt nutzen, jetzt einsteigen

INVESTA-Anteile bekommen Sie in sämtlichen Geschäftsstellen unserer Gesellschafterbanken. Es sind die Deutsche Bank und weitere renommierte deutsche Banken und Bankiers. Hier oder bei uns erhalten Sie auch nähere Informationen.

DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen
Postfach 26 34 · 6000 Frankfurt 1

Von Rußland kam er nicht los:

Klaus Mehnert

CARL G. STROHM, Bonn
Im Alter von 77 Jahren ist in Freudenstadt/Schwarzwald Klaus Mehnert, emeritierter Professor der Politik, einer der bekanntesten deutschen Osteuropisten, nach längerer schwerer Krankheit gestorben. Mehnert hat besonders in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland als Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“ und als Autor zahlreicher Bücher – am bekanntesten wurde sein 1958 erschienenes Werk „Der Sowjetmensch“ – großen Einfluss auf das Rußlandbild der Deutschen westlich der Elbe ausgeübt.

Er entstammte einer in Moskau ansässigen deutschen Familie württembergischer Herkunft. Auch als Weltbummler, der bereits vor dem Zweiten Weltkrieg die USA kennenlernte und die Kriegsjahre in China verlebte, blieb Mehnert eine russisch-schwäbische Mischung: ein Mann, der mit Fleiß und Ausdauer, das Rätsel Rußland zu ergründen suchte – und der von Rußland in seiner sowjetischen Ausprägung nicht loskam, mochte er sich auch zwischendurch mit China, Asien, der Dritten Welt oder der unruhigen deutschen Jugend nach der Studentenrevolte von 1968 als Publizist und Autor beschäftigen.

Mehnert war in seiner Jugend vom sowjetischen Experiment fasziniert. In den frühen dreißiger Jahren galt er, wenn auch nicht ganz zu Recht – für viele als eine Art „Nationalbolschewik“. Nach 1945 war er, wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck des Stalinismus und im Banne der Adenauer-Ära, ein eifriger Vorkämpfer der Westintegration der Bundesrepublik. In seinen letzten Lebensjahren freilich schien er immer mehr zu den Anfängen seiner Laufbahn zurückzukehren: Fast mochte man meinen, er wolle jetzt irgendwie seinen Frieden mit der Sowjetmacht machen.

Seine Geburtsstadt Moskau sah er im Sommer 1983 zum letzten Mal. Unter den Bonner Journalisten, die Bundeskanzler Kohl begleiteten, tauchte sein hageres Gesicht auf. Aber da wirkte er bereits wie ein Zeuge vergangener Zeiten. Der einsame Experte wurde nicht mehr gefragt.

Genscher bei Autounfall verletzt

hey, Bonn
Der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, ist gestern mittag auf der Autobahn in der Nähe der saarländischen Gemeinde Nonnweiler verunglückt. Er erlitt einen Brustbeinbruch und Blutergüsse. Sein Fahrer und die Sicherheitsbeamten kamen mit Prellungen davon. Genscher wurde nach einer Behandlung im Krankenhaus von Hermeskeil mit einem Helikopter in sein Haus in Pesch bei Bonn geflogen.

Der FDP-Chef hatte am Morgen in Saarbrücken mit der Landesregierung und der dortigen Parteiführung politische Gespräche geführt. Dabei ging es offensichtlich um die Nachfolge des kürzlich zurückgetretenen Wirtschaftsministers Walter Henn. Auf der Rückfahrt nach Bonn kam sein Wagen auf schneebedeckter Fahrbahn ins Schleudern, überschlug sich dreimal und blieb auf dem Dach liegen. Wenn der Dienstwagen nicht gepanzert und Genscher nicht wie üblich angeschnallt gewesen wäre, so hieß es gestern abend im Thomas-Dehler-Haus, hätte es einen viel schlimmeren Ausgang des Unfalls gegeben.

Offen ist jetzt, ob der FDP-Chef am Freitag zum Dreikönigstreffen seiner Partei nach Stuttgart und zum Wahlauftritt der baden-württembergischen FDP fahren kann. Auf jeden Fall will er versuchen, an der Eröffnung der Stockholmer KVAE-Konferenz teilzunehmen.

Offiziere mahnen evangelische Kirche

DW, Bonn
Gegen die „Ausgrenzung Andersdenkender“ in der kirchlichen Friedensdiskussion haben sich drei höhere Bundeswehroffiziere während eines Gesprächs mit dem Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Gerhard Brandt, gewandt.

Der Brigadegeneral Adalbert von der Becke, der Oberst im Generalstab Walther von Losow und der Oberstleutnant Reinhard von Plessen waren zu einem Gespräch mit der rheinischen Kirchenleitung eingeladen worden, nachdem sie in einem offenen Brief gegen den einstimmigen „Friedensgottesdienst“ im Oktober 1983 in Jülich protestiert hatten.

Zu diesem Gottesdienst hatten 33 rheinische Superintendents eingeladen und zu einem „unrühmlichen“ Nein gegen die NATO-Nachrüstung aufgefordert. Die kirchlichen Amtsträger hatten ferner jegliche Diskussion mit Andersdenkenden ausgeschlossen. Das habe viele Soldaten „persönlich verletzt“, wie von Plessen erklärte. In einem gemeinsamen Kommuniqué der Gesprächspartner heißt es jetzt, daß vor allem die „Ausgeschlossenheit der im Gottesdienst in Jülich vertretenen Positionen“ Anstoß erregt habe. Wenn sie (die Soldaten, d. Red.) von der Diskussion über den Weg zum Frieden ausgeschlossen würden – so die Offiziere –, sei auch deren Kirchenmitgliedschaft in Frage gestellt.

Arzt muß zahlen, weil er Schwangere falsch beriet

Bundesgerichtshof fällt aufsehenerregendes Urteil

BRUNO WALTERT, Karlsruhe
In einem aufsehenerregenden Urteil hat jetzt der Bundesgerichtshof neue Regeln über die Haftung von Ärzten bei Falschberatung von Schwangeren aufgestellt (WELT v. 30. 12. 83). Dabei geht es um den Umfang der Schadenersatzpflicht von Ärzten für den Fall, daß Eltern, die während der Schwangerschaft der Mutter Rat wegen möglicher vorgeburtlicher Schäden suchen, unzutreffend beraten werden.

Der Entscheidung des Bundesgerichtshofs lag folgender Fall zugrunde: Eine fast 39jährige Schwangere hatte ihren behandelnden Frauenarzt danach gefragt, ob im Hinblick auf ihr Alter die Gefahr bestehe, daß sie ein mongoloides Kind bekomme. Die Frau wollte wissen, ob nach Meinung des Arztes deswegen eine Untersuchung zur Früherkennung einer solchen Schädigung angezeigt sei. Der Arzt hatte geantwortet, er halte das nicht für erforderlich. Bei der Geburt stellte sich dann aber heraus, daß das Kind doch mongoloid war. Daraufhin verlangten die Eltern vom Arzt die Erstattung der ihnen für das kranke Kind entstehenden Unterhaltskosten.

Der Bundesgerichtshof verweist in einer jetzt bekanntgegebenen Ent-

scheidung auf ein im Januar 1983 gefälltes Urteil, in dem er einen Arzt für schadenersatzpflichtig erklärt hatte, weil dieser eine von einer Schwangeren befürchtete Röteln-Infektion schuldhaft nicht erkannt hatte. Ebenso wie in diesem Fall sei, so betont der Bundesgerichtshof nun in seinem neuen Urteil, eine Haftung des Arztes auch dann gegeben, wenn er die Eltern über mögliche genetische Schäden eines werdenden Kindes, die gegebenenfalls einen Schwangerschaftsabbruch gerechtfertigt hätten, schuldhaft unzutreffend berate.

Ein Schadenersatzanspruch bestehe allerdings dann nicht, wenn ein Kind lediglich mit leichten Behinderungen zur Welt komme, die aus nachträglicher Sicht einen Schwangerschaftsabbruch nicht erlaubt hätten. Wenn aber wegen schwerer Schädigung ein Schadenersatzanspruch aus Falschberatung bestehe, könnten die Eltern die gesamten Unterhaltsaufwendungen für ihr behindertes Kind und nicht etwa nur die durch die Behinderung verursachten Mehrkosten von dem Arzt verlangen. Anspruch auf Schadenersatz haben in derartigen Fällen aber nur die Eltern, nicht das Kind selbst. (AZ: VI 28 83/82)

Warum Soldaten nicht mit Mechttersheimer sprechen

General Windisch begründet Absage in Loccum

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Die Soldaten der Bundeswehr werden auch in Zukunft bereit sein, mit einzelnen oder gesellschaftlichen Gruppen über ihren Verteidigungsauftrag zu diskutieren, selbst sogar in solchen Fällen, in denen sie auf unterschiedliche Gegnerschaft stoßen. Darauf hat der stellvertretende Generalinspekteur, Generalleutnant Windisch, gegenüber der WELT hingewiesen. Es sei aber auf der anderen Seite „menschlich verständlich“, daß die Soldaten nicht mehr mit einem Mann wie Alfred Mechttersheimer reden wollten, dessen Behauptungen eine „starke Zermürbung“ und einer „Unterstellung“ gleichkämen, „die mit dem Auftrag der Streitkräfte nicht das mindeste zu tun“ habe.

Windisch spielte damit auf die sogenannte „Heilbronner Erklärung“ an, die Mechttersheimer ebenso wie der Schriftsteller Günter Grass und der Pfarrer Albertz befürwortet hatte. Dazu war der Bundeswehr im Zusammenhang mit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen der NATO auch in der Bundesrepublik vorgeworfen worden, sie werde „zum Bestandteil eines Offensiv-Konzepts, das den Verteidigungsauftrag unserer Verfassung pervertiert“. Diese, wie der General mehrmals unterstrich, durch nichts gerechtfertigte Kritik sei der Anlaß gewesen, allen Soldaten, die vom 9. bis 11. Januar an einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum über Fragen der Friedenssicherung teilzunehmen, zu empfehlen, ihre Zusage zu überdenken. Grund für diese Empfehlung war die Weigerung der Akademie, Mechttersheimers Teilnahme als Disputant „auf dem Podium“ in eine solche „im Publikum“ umzuwandeln. Dieses hatten der Landesbischof von Hannover, Eduard Lohse, und der Verteidigungsminister Manfred Wörner den Loccumer Organisatoren als Kompromiß empfohlen.

Wie Windisch weiter sagte, sei in der von Mechttersheimer unterstützten „Heilbronner Erklärung“ erstmals die Bundeswehr „außerhalb des Grundgesetzes gestellt worden“ und dies, obwohl sie der parlamentarischen Kontrolle unterliege, die gerade dieses Grundgesetz vorsehe. Es sei für Soldaten nicht mehr hinnehmbar, mit „Leuten zu streiten, die uns Verfassungsfreundlichkeit vorwerfen“. Nicht aus dem Waffens einer Armee lasse sich ihr Auftrag ablesen, sondern nur aus ihrem Geist. Die Soldaten der Bundeswehr hätten einzig das Berufswort, zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Nicht nur für die Bundeswehr, für alle NATO-Streitkräfte hätten die Regierungen der Allianz immer wieder die „feierliche Erklärung“ abgegeben, niemals als erste Waffen anzuwenden zu wollen, und wenn, dann nur zur Verteidigung. Windisch schloß, er sei sich sicher, so dächten alle Soldaten der Bundeswehr, vor allem ihre Offiziere.

Erklärungen aus dem Lager der „Friedensbewegung“ legen jedoch den Schluß nahe, daß diese Diskussionsbereitschaft in der Bundeswehr für deren Kritiker nicht ausreichend erscheint. Mechttersheimer schrieb dazu in der Dezember-Ausgabe des Informationsdienstes „Medias“, die „Friedensbewegung“ könne sich nicht auf das Werben für ihre Ziele beschränken. Sie müsse „noch mehr gesellschaftliche Macht gegen die Fortsetzung der Konfrontationspolitik mobilisieren“. Illegale Mittel des zivilen Ungehorsams gegen den „Rückstufungswahn“ würden von einem wachsenden Teil der Bevölkerung als legitim gebilligt. Darüber hinaus müsse die „Friedensbewegung“ ihre Überzeugungsarbeit „an der Basis“ verstärken, denn es gehe nicht nur um die „neuen Raketen“, sondern auch um „das falsche Denken hinter dieser Rüstung“.

Mit „Spacelab“ macht Koschnick den Bremern Mut

Von W. WESSENDORF

Drei Ereignisse des Jahres 1983 prägen auch die Zukunft der Freien Hansestadt Bremen: Die Schließung der „AG Weser“ bedeutet den Abschied von 140 Jahren Schiffbautradition, der Start des Weltraumlabor „Spacelab“ weist dagegen den Weg in weltweit anerkannte Spitzen-technologie. Und der überraschende Stimmenzuwachs für die Sozialdemokraten bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft sichert Koschnicks Hochburg.

Diese Ereignisse aus Wirtschaft, Technik und Landespolitik sind eng miteinander verknüpft. Obwohl sich die Werftarbeiter auf dem Höhepunkt der Krise um den Fortbestand ihrer Arbeitsplätze vom Landesvater verateten fühlten, gaben sie dem Bürgermeister und seiner allein regierenden Partei Ende September mit unerwarteter klarer Mehrheit das Vertrauen, weiter zu regieren. Sogar die Sozialdemokraten selbst zeigten sich von den erreichten 51,3 Prozent der abgegebenen Stimmen überrascht. Im Stadtteil der Tage vor der Wahl gegen Koschnick demonstrierend zu Felde ziehenden Arbeiter der „AG Weser“, Gropelingen, votierten über 60 Prozent für Koschnick.

Die Analytiker der Wahl taten sich schwer. Niemand konnte sich dieses

Wahlergebnis so recht erklären. Es läßt sich auch nicht nur auf rationale Gründe zurückführen. Diese liegen wohl eher im psychologischen Bereich – und in der Tradition. Die SPD hat eine über achtzigjährige Wurzel in Bremen. Der bremische Wähler wollte in Zeiten größter wirtschaftlicher Krise keine Wende riskieren. Er warf die noch vor vier Jahren so starken Liberalen aus der Bürgerschaft, stärkte die Christdemokraten und ließ die Bundesgrünen mit ans Ruder der Legislative.

Die Quittung bekam der Wähler mit der Regierungserklärung des alten und neuen Präsidenten, des Senatsbürgermeisters Hans Koschnick, der seit nunmehr zwanzig Jahren das kleinste Bundesland führt. Der Bürgermeister zeigte keinerlei Perspektiven auf, um Bremen aus der Wirtschaftskrise herauszuführen. Wetterte der Präses der Handelskammer Bremen, Horst Willner: „Es geht zu den Mindestvoraussetzungen regierungsmäßiger Globalverhandlungen, daß die Öffentlichkeit über die wesentlichen Ziele und Aufgaben künftigen Regierungshandels sowie über die Mittel und Methoden zu deren Bewältigung mehr als nur andeutungsweise informiert wird.“

Das Gebot der Stunde lautet: „Konsequente Umstrukturierung der bremischen Haushalte auf wirtschaftsnahen Investitionen“. Die für die nahe

Die Neue Heimat und der Filz

Bialas als Zeuge: Es hat enge Beziehungen zwischen Politikern und der NH gegeben

UWE BAHNSEN, Hamburg
Hamburgs Staatsdiener haben einen neuen Kollegen – den Computer „Albert“. 42.000 Mark hat das Landesparlament aus der eigentlich leeren Kasse des Stadtstaats noch zusammengepflegt, damit diese Anschaffung getätigt werden konnte, denn sie war wirklich „unabweislich“. „Albert“ – das ist eine Anspielung auf Albert Vietor, den zu Fall gekommenen Baulöwen an der Spitze der Neuen Heimat. Die hanseatischen Ratsherrn haben die Maschine erstanden müssen, weil anders die Wagenladungen von Material nicht mehr aufzubereiten und durchzuarbeiten sind, die dem bürgerschaftlichen Untersuchungsausschuß zum Thema Neue Heimat mittlerweile vorliegen. Der Vorsitzende Ulrich Hartmann ist unerbittlich und verzichtet nicht auf die kleinste Unterlage; Akten, die dem Ausschuß verweigert wurden, ließ er beschlagnahmen.

„Hemdsärmelige Methoden“

Untersuchungsthema des Ausschusses ist die Frage, ob die zuständigen Hamburgs Behörden ihrer Aufsichtspflicht über den Bestimmung des Gemeindefinanzierungsrechtes nachgekommen sind. Im politischen Klartext: War die Verzierung zwischen der langjährigen hanseatischen Regierungspartei SPD und dem gewerkschaftlichen Bauesen so dicht, daß die Bosse der Neuen Heimat faktisch tun und lassen konnten, was sie wollten – mit dem bekannten Ergebnis, das vor einem Jahr den Konzern ins Wanken brachte?

Sie war es – dieser Schluß ergibt sich aus Zeugenaussagen und aus einem Gutachten, das der Rechnungshof dem Parlament dazu erstattet hat. Eine geradezu klassische Bestätigung lieferte dem Ausschuß einer der angesehensten unter den hohen Beamten der Hansestadt: Die Neue Heimat hat gehandelt, und hinterher haben wir sanktioniert“, er-

klärte der Staatsrat Diether Haas, der von 1972 bis 1981 in der Leitung der Baubehörde tätig war, in seiner Aussage. Warum das so war, erläuterte Haas den Parlamentariern so: „Das war ein mächtiger Koloss, den wir mit Misttrauen beobachteten. Ich hatte aber keinen festen Punkt, bei dem ich mit Aussicht auf Erfolg hätte nachhaken können.“ Die Umgestaltungs- und Methoden der NH-Chefs erlebte Zeuge Haas als „frühkapitalistisch und hemdsärmelig“, das „Beziehungsgeflecht“ zwischen dem NH-Apparat und den politischen Entscheidungsinstanzen in der Stadt sei eng gewesen. Die vielfältige Präsenz des Unternehmens in der Politik, so meinte Haas weiter, habe wahrscheinlich dazu beigetragen, daß dem gemeinnützigen Teil des Konzerns vorweggenommene Ausnahmen vom Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz nachträglich erteilt wurden. Zuständig war dafür insbesondere die Baubehörde.

Was der Zeuge Haas dem Ausschuß vortrug, war erkennbar auch von dem Umstand geprägt, daß ihm beruflich nichts mehr widerfahren kann – der jetzt als Staatsrat in der Senatskanzlei für Bürgermeister Klaus von Dohnanyi tätige Spitzenbeamte scheidet in diesem Jahr aus. Seine Aussagen fanden eine eindrucksvolle Bestätigung in dem Gutachten des Rechnungshofes. In diesem 212 Seiten umfassenden Papier wird der Bau- und der Wirtschaftsbehörde ausdrücklich attestiert, sie seien ihrer Aufsichtspflicht „nicht mit der erforderlichen Sorgfalt nachgekommen“.

Zu den Zeugen, die ebenfalls keine großen Rücksichten mehr zu nehmen brauchen, gehörte der frühere Bauesenator und Haas-Vorgesetzte Rolf Bialas, rechter Flügelmann der FDP. Er schilderte dem Ausschuß sehr plastisch, wie er in seiner eigenen Behörde „gegen Gummifäden lief“, wenn er Einzelheiten über die Methoden der Neuen Heimat wissen wollte: „Ich hatte den Eindruck, daß mir

nicht alles erzählt wird. Einer hat mich gefragt, ob ich denn lebensmüde sei.“ Auf die direkte Frage des Ausschußvorsitzenden Hartmann, ob der Konzern sich denn alles habe erlauben können, antwortete Bialas: „Es hat da sehr enge Beziehungen zwischen Politikern der Stadt und der NH gegeben.“

Der Nachfolger von Bialas als Bauesenator, der heutige Wirtschaftssenator Volker Lange (SPD), ließ in seiner Zeugenaussage erkennen, daß die Prüfungsberichte des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) in der Baubehörde nach Kenntnisnahme kurzhand abgehakt wurden. Das war ein erstaunliches Verfahren, wenn man sich vor Augen hält, was der Rechnungshof feststellte: Diese Berichte hätten „genügend Anhaltspunkte für Verstöße“ enthalten, denen die Baubehörde hätte nachgehen müssen“. Überdies sei der Baubehörde seit 1977 bekannt gewesen, daß der Verband mit der NH „ein Geschäft getätigt hatte, das ihm insoweit als unabhängiges Prüfungsorgan ausschloß“.

Lückenhafte Erinnerung

So lückenhaft wie das Erinnerungsvermögen des Senatsrats Volker Lange war das frühere Finanzsenators und heutigen Europa-Abgeordneten Hans-Joachim Seeler (SPD). Er berief sich im Zeugenaussage auf eine eingeschränkte Prüfungsmöglichkeit der Finanzbehörde und einen vierjährigen Rechtsstreit darüber vor dem Bundesfinanzhof, der dem Finanzamt dann endlich ein unmittelbares Prüfrecht gegenüber dem gemeinnützigen Teil des Baukonzerns zuerkannte. Doch der Senator blieb konstant kooperativ – ein Verfahren, das den Ausschußvorsitzenden Ulrich Hartmann zu der Bemerkung veranlaßte: „Da haben Sie vier Jahre auf ein Geißel gewartet, und dann fällen Sie die scharfen Zähne wieder stumpf.“

Vor Koalitionsaussage für die CDU

Traditionelles Dreikönigstreffen der Südwest-FDP / Parteitag beschließt Wahlauftritt

XING-HU KUO, Stuttgart
Das Dreikönigstreffen der baden-württembergischen FDP bricht diesmal mit einer seit Jahren praktizierten „Tradition“. Sie verzichtet in diesem Jahr auf die „Enthaltsamkeit“. In Sachen Koalitionsaussage, mit der Parteichef Jürgen Morlok bisher erfolgreich seine Landespartei geführt hat. Schon heute nachmittag, dem ersten Tag des 120. Dreikönigstreffens der Südwest-Liberalen, das bis einschließlich Freitag in der Stuttgarter Liederhalle stattfindet, werden die Delegierten den Punkt „Beschlüßfassung über den Wahlauftritt“ zu entscheiden haben...

Hinter dieser unscheinbaren Formulierung verbirgt sich die einstimmige – bei nur einer Stimmenthaltung – Beschlußfassung des Landesvorstandes, eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU dem Parteitag zur Annahme zu empfehlen. Mit diesem Vorschlag kurz vor Weihnachten hatte Morlok für einen heftigen Disput vor allem mit der CDU gesorgt. Lothar Späth, nicht nur Ministerpräsident, sondern auch Landesvorsitzender der Union und Fraktionschef Erwin Teufel beifolgt sich zu erklären, zu einer „Ehe“ gehörten bekanntlich zwei, und die CDU wolle und brauche die FDP nicht.

Aber auch in der Südwest-FDP

regt sich, wenn auch in Grenzen, Widerstand gegen diese Koalitionsaussage, deren Annahme durch den Parteitag allerdings nicht angezweifelt wird. Denn sogar der Exponent des bereits dezidierten linken Flügels der Partei, Morloks Vize Hinrich Enderlein, forderte die Mitglieder auf, „ohne Wackeln“ die Koalitionsaussage mit der Union zu unterstützen, auch wenn Enderlein dabei gleichzeitig heftige Kritik an Parteichef Hans-Dietrich Genscher übte. Auf dem Bezirksparteitag Bodensee-Oberschwaben in Biberach am 18. Dezember 1983, wo Enderlein die Hauptrede hielt, erklärte er, es sei ihm „kalt den Rücken hinuntergelaufen“, als er von Genschers Vorschlägen zur Einschränkung der Lehrmittelfreiheit und zur Einrichtung von privaten Elite-Universitäten gehört habe. Dies sei, so Enderlein, „keine liberale Politik“.

Bisher erkennbar haben nur die „Jungen Liberalen“ und der Bezirksverband Nordschwarzwald Bedenken gegen die geplante Koalitionsaussage geäußert. Sie wollen auf dem Dreikönigstreffen deshalb gegen den Antrag des Landesvorstandes stimmen.

Ansonsten jedoch macht sich in der Südwest-FDP zunehmend die Erkenntnis breit, daß nach 19 Jahren

Opposition in Stuttgart jetzt eine Chance besteht, mit Lothar Späth (CDU) eine Regierung zu bilden, zum letzteren in den Augen vieler FDP-Politiker „liberal“ genug sei, um erfolgreich eine Koalition machen zu können. Dagegen wendet sich die FDP eher gegen den „konservativen“ Teil der Südwest-CDU, vor allem verkörpert durch den Fraktionschef der Union im Landtag, Erwin Teufel.

Voraussetzung für eine solche „Ehe“ mit der CDU ist allerdings, daß diese Regierungspartei ihre absolute Mehrheit (1980: mehr als 53 Prozent der Wählerstimmen) verliert. Deshalb peilt die FDP im Lande, die bei der letzten Landtagswahl 8,3 Prozent der Stimmen verbuchte, ein „zweistelliges Ergebnis“ an. Vor allem aus den Reihen der CDU will die von den Linken „gereinigte“ FDP jetzt erneut zusätzliche Stimmen bekommen. Sollte es SPD und Grünen gelingen, ihrerseits der CDU Stimmen abzugeben, dann könnte das Ziel erreicht werden, Späth zu einer Koalition mit der FDP zu „zwingen“.

Für die Bundes-FDP wäre eine solche Koalition in Stuttgart von besonderer Bedeutung, denn eine gut funktionierende Koalition mit der CDU könnte das Ansehen und die Anziehungskraft der FDP bundesweit erheblich stärken.

aus Bremen, das europäische Weltraumlabor, 2-Milliarden-Geschenk an die NASA, sorgte weltweit für positive Schlagzeilen. Am 28. November gestartet, am 8. Dezember zur Erde zurückgekehrt, ließ die 7 Meter lange zylindrische Röhre den Glanz des Bremer Schlüssels wieder hell strahlen.

Die Politiker, nicht zuletzt Hans Koschnick, damals noch „Hans im Glück“, hatten nicht unerheblich Anteil an dieser Meisterleistung. Der „große Manitou“ hielt als Mitglied im Aufsichtsrat der Spacelab-Firma ERNO-Raumfahrttechnik die Hände über die rund 1200 Mitarbeiter, als der Münchner Konkurrent Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB) die angeschlagene ERNO-Mutter Vereinigte Flugtechnische Werke (VFW) und damit die profitträchtige Tochter kaufte.

Am 13. Januar soll dem ersten Westdeutschen im All und Spacelab-Wissenschaftler Ulf Merbold in der Hansestadt ein triumphaler Empfang bereitet werden. Eine sich Landesvater Koschnick in einen längst fälligen Kurzaufenthalt begibt, wird er Merbold ehren und Spacelab made in Bremen rühmen. Denn Koschnick setzt auf die Raumfahrt und die Technik, die zu seinen besten Steuerelementen gehören.

Landesbericht Bremen

Ausdruck: „Die schlechte Finanz- und Wirtschaftslage gibt Anlaß zur Besorgnis, daß Bremen auch künftig in der Lage sein wird, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in seinem Hoheitsgebiet zu den übrigen Bundesländern zu wahren“, begründet Bremen die Klage um die Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder. Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig-Holstein erhalten mehr als 1,5 Milliarden DM, Bremen als kleinstes und einkommensschwächstes Bundesland keinen Pfennig.

Da wird plötzlich herausgehoben,

Bericht über Ölsuch-Affäre veröffentlicht

JOCHEN LEIBEL, Paris

Der französische Premierminister Pierre Mauroy hat ein „Weißbuch“ über die Affäre der „Schneifflingzeuge“ vorgelegt. Die Veröffentlichung dieses ursprünglich geheimen Untersuchungsberichts des französischen Rechnungshofs hat in Wirtschaftskreisen und bei Juristen heftige Diskussionen hervorgerufen. Aus rein „parteilichen Gründen“, so heißt es, hat die Regierung das Ansehen von staatlichen Industrieunternehmen und von Verfassungsinstitutionen aufs Spiel gesetzt.

Die Veröffentlichung des „Weißbuches“ ist der vorläufige Höhepunkt einer Kontroverse um die Fortschrittsfähigkeit des staatlichen Erdölkonzern Elf-Erap. Die Firma hatte zwischen 1976 und 1979, unter der Zustimmung der damaligen Regierung Giscard d'Estaing, mehr als eine Milliarde Franc in ein Objekt gesteckt, bei dem von Spezial-Flugzeugen aus Erdöl aus der Luft gesucht werden sollte. Das Unternehmen erwies sich jedoch als Mißerfolg; etwa 500 Millionen Franc mußten als Totalverlust abgeschrieben werden. Ein später von der Regierung angeforderten Untersuchungsbericht des Rechnungshofes zeigte zahlreiche „Unvorsichtigkeiten“ auf, hieß jedoch geheim.

Diese Geheimhaltung wurde nun am Montagabend gebrochen. Premierminister Mauroy, nach Rücksprache mit dem sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand, rief in und ausländische Pressevertreter in seinen Amtssitz und zeigte triumphierend den Bericht. Sozialisten und Kommunisten sahen – endlich – die Gelegenheit gekommen, die Kompetenz ihrer bürgerlichen Regierungsvorgänger in Wirtschaftssachen anzuzweifeln. Seit zwei Jahren wirft die bürgerliche Opposition der Regierung vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet Unfähigkeit und Inkompetenz vor. Durch die Veröffentlichung des Berichts des Rechnungshofes sollte aufgezeigt werden, daß auch Mitterrands Vorgänger Giscard d'Estaing und Mauroys Vorgänger Raymond Barre Fehler begangen hatten.

Wirkliche Vorwürfe allerdings werden der damaligen politischen Führung in dem Bericht nicht gemacht. Der Autor, ein unabhängiger hoher Richter, stellt nur fest, daß „mit erstaunlicher Unvorsichtigkeit“ große Summen für ein Projekt bereitgestellt wurde, dessen wissenschaftlicher Wert nie wirklich bewiesen wurde. Die „Schneifflingzeuge“ hatten kein einziges Mal Erdölvorkommen entdeckt. Daß die Milliarden in die Taschen ihrer Vorgänger flossen, läßt sich an keiner Stelle des Berichtes herauslesen.

Auch ein anderer Vorwurf des sozialistischen Regierungschefs gegen seine bürgerlichen Vorgänger erwies sich als Schlag ins Wasser. Mauroy bezeichnete es als „skandalös“, daß der Bericht des Rechnungshofs sich nicht bei den Unterlagen befand, die die Linke bei der Machtübernahme auffand. Giscard erklärte, traditionell entscheide der Staatschef allein, welche Dokumente er seinen Nachfolgern überlasse und welche er in sein persönliches Archiv übernehme, auch hier also kein Fehlverhalten.

Die Pressekonferenz wird deshalb in manchen Kreisen schon als „Rohrkrepierer“ apostrophiert. Die Veröffentlichung des Berichts bringt den Sozialisten kein großes politisches Kapital, schadet aber vielleicht dem internationalen Ansehen Frankreichs. Weder die Integrität Giscard's noch Barres ist angeschlagen. Dafür hat die sozialistische Regierung Rechnungshof und viele Industrie-Manager gegen sich aufgebracht.

(SAD)

ARD legt Streit um Flick-Sendung bei

Nach fast einwöchigen Auseinandersetzungen um den Beitrag des Westdeutschen Rundfunks (WDR) zur Flick-Affäre in der Sendung „Im Brennpunkt“ ist gestern ein Eklat bei den ARD-Fernsehanstalten verhindert worden. Die ARD-Programmdirektoren einigten sich mehrheitlich darauf, daß der WDR „Das Millionen-Ding – Politik und Kapital: Der Fall Flick“ – wie ursprünglich entschieden – heute um 21.45 Uhr „Im Brennpunkt“ bundesweit senden wird. Wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) vom WDR weiter erfuhr, hätte der WDR nach dem Willen seines Programmdirektors Heinz Werner Hübner die Sendung über die Steuerbefreiung für Flick notfalls allein gesendet. Informationen, wonach Hübner für die gemeinsame Sendung „Im Brennpunkt“ in diesem Falle mit Geldstrafe gedroht haben soll, wurden offiziell nicht bestätigt.

Wie vom WDR zu erfahren war, lagen für die Sendung zwei Vorschläge vor. Der SDR wollte sich mit (Ulf) Merbolds Raumfahrt durchsetzen, die nunmehr morgen um 23.00 Uhr zu sehen sein wird.

DIE WELT (ausg. 600-550) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is \$10.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Sowjets liefern Lima Waffen und schüren zugleich den Volkskrieg

Von WERNER THOMAS

Das Jahr 1984 hat mit einer Feier begonnen, die symbolische Signale setzte: Im Rathaus von Lima wurde der neue Bürgermeister Alfonso Barrantes in sein Amt eingeführt. Der konservative Präsident Fernando Belaunde Terry, der zu den Ehrengästen zählte, gratulierte dem ersten Maristen, der zu den Oberhaupt einer lateinamerikanischen Hauptstadt gewählt worden war. Die Farbe Rot dominierte die Fahnenkulisse.

Peru treibt nach links. Dies ist die Reaktion auf eine glücklose Regierung und eine schwere wirtschaftliche Krise mit tiefgreifenden sozialen Auswirkungen. Überall begegnet man unzufriedenen Menschen, die schimpfen und fluchen. Die Stimmung pendelt zwischen Skepsis, Pessimismus und Hoffungslosigkeit.

Lima zeigt die Misere am deutlichsten. Die Vier-Millionen-Metropole wirkt ärmer denn je. Klapprige Autos kreuzen durch die Straßen. Es wimmelt von Bettlern und Bauchladenhändlern. Selbst in Miraflores, dem schicken Stadtteil der oberen Mittelklasse, wird heute gebettelt. Der Slumgürtel um die Stadt, die „pueblos jóvenes“ (junge Siedlungen), verbreitert sich von Monat zu Monat.

Die Statistik erläutert die Situation. Im abgelaufenen Jahr verzeichnete die Wirtschaft ein Minuswachstum von mindestens zehn Prozent, ein lateinamerikanischer Rekord. Die Inflationsrate erreichte 121 Prozent, ein nationaler Rekord. Nur 40 Prozent der arbeitfähigen Bevölkerung gehen einer regelmäßigen Beschäftigung nach. Die meisten Peruaner verdienen ihren kargen Lebensunterhalt als fliegende Händler. Das monatliche Einkommen dieser Leute liegt zwischen 100 und 150 Mark.

Das Elend in diesem Land führte zu einer beispiellosen Verbrechenswelle. Lima, in der Vergangenheit eine der sicheren Hauptstädte des Subkontinentes, wurde ein gefährliches Pflaster. Täglich werden Banken, Wohnhäuser oder Passanten überfallen. Die kriminellen Delikte nahmen im vergangenen Jahr um 40 Prozent zu.

Die Bevölkerung gibt Belaunde die Schuld an der Krise. Er habe die Kontrolle verloren über das Ge-

schehen, heißt es, und verstehe die Probleme nicht mehr. Sein Wirtschaftsminister Carlos Rodríguez Pastor muß ständig als Zielscheibe der linken Presse herhalten, weil er die Sparauflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) manchmal so willig erfüllt. Ein deutscher Bankier bezeichnet „diese Kampagne“ gegen den Minister als „irrational“. Wie soll denn anders umgeschuldet werden? fragt er. Die Auslandsschulden der 18 Millionen Peruaner betragen 12 Milliarden Dollar.

Belaunde macht internationale Einflüsse und höhere Gewalt für die Schwierigkeiten verantwortlich. Peru ist ein Rohstoffland. Die Weltmarktpreise der Rohstoffe sanken auf den seit Jahren tiefsten Stand. Naturkatastrophen wie die schweren Überschwemmungen im Norden und eine extreme Trocken-

PERU

heit im Süden verursachten Schäden von mehr als einer Milliarde Dollar.

Ein diplomatischer Beobachter glaubt, daß Belaunde ein beschleunigtes Ziel verfolgt als die Lösung der Krise. „Er will diesmal über die Runden kommen.“ Der alte Herr konnte nie vergessen, daß ihm die Militärs 1968 im fünften Jahr seiner sechsjährigen Amtsperiode gestürzt haben. Die zweite Präsidentschaft möchte er planmäßig beenden. Sie endet in einem Jahr. Fernando Belaunde Terry (71), Architekt von Beruf, der die etwas rechts von der Mitte angesiedelte „Acción Popular“ (A.P.) führt, hatte bei den Kommunalwahlen Anfang November eine böse Niederlage einstecken müssen. Seine Partei verlor im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen 1980 fast 36 Prozent der Stimmen (von 48 Prozent auf 12 Prozent).

Die Sowjetunion spielt in Peru eine langfristig angelegte Hintergrundrolle, die noch auf die Zeiten des linken Militärpräsidenten Juan Velasco Alvarado (1968 bis 1975) zurückgeht. Damals erhielt Peru als erstes südamerikanisches Land sowjetische Panzer, Raketen und Flugzeuge. Diese Kontakte liebten bis heute erhalten. Im Herbst bestellten die peruanischen Streit-

kräfte moderne Kampffußschrauben des Typs Hind Mi-24. Die Sowjets werden mit den Hubschraubern auch Ausbildungs- und Wartungspersonal nach Peru schicken. Westliche Militärattachés schätzen das Kontingent auf ein paar Dutzend Leute. Diese Beobachter berichten, daß peruanische Offiziere immer noch zu Lehrgängen in die Sowjetunion reisen.

Die Sowjetunion unterhält neben den USA die größte Botschaft in Lima. 100 Diplomaten arbeiten hinter den hohen Mauern des gewaltigen Missionsgebäudes im vornehmen Stadtteil San Isidro. Sowjetische Fischkutter dürfen in der Hafenstadt Callao vor Anker gehen und ihre Besatzung austauschen. Die Besatzungen kommen und gehen mit der Aeroflot-Linie, die dreimal pro Woche zwischen Moskau und Lima pendelt. Ein Flug führt über Frankfurt. In Lima sind vier sowjetische Korrespondenten akkreditiert. Die Sowjetunion vergibt jährlich mehr Stipendien an junge Peruaner als alle westlichen Länder zusammen: einige hundert.

Seit einigen Monaten sendet der Radio Moskau Programme in der Indiansprache Quechua auf Ayacucho und anderen Andengebietern, wo die maoistische Guerrilla-Bewegung „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad) operiert. Die Sendungen werben für den „Volkskrieg“. Dante Guerra, der Sprecher der Belaunde-Regierung in Ayacucho, berichtet: „Wir haben bei den Sowjets mehrmals protestiert, bisher ohne Erfolg.“ Er beschuldigt die Sowjets einer „hinterhältigen Taktik“. Auf der einen Seite liefern sie den Streitkräften Waffen, die in einen blutigen Konflikt mit linksextremen Guerrilleros verwickelt sind. Auf der anderen Seite leisten sie den Guerrilleros propagandistische Schützenhilfe.

An der Kriegsfront konnte die Belaunde-Regierung in den letzten Monaten ihre einzigen Erfolge erzielen. Nach einem Jahr der Bombenanschläge, der Attentate und der offenen Gefechte (mehr als 1000 Todesopfer) gerieten die Rebellen scheinbar in Bedrängnis. Die Sicherheitskräfte entdeckten weiße Fahnen, in den Boden der kalten Berge gesteckt. Gerüchte kursieren, daß die „Senderistas“ einen Waffenstillstand wünschen. (SAD)

London 1953: Sorge über US-Atompolitik

HELMUT VOSS, London

Schon 1953 machte sich die damalige britische Regierung ernsthaft Gedanken darüber, ob die USA wohl Großbritannien bei einem Einsatz von Atomwaffen wie zugesagt konsultieren würden. Doch die gesuchte Rückversicherung wurde nur mit Vorbehalten gegeben. Das geht aus offiziellen britischen Dokumenten aus dem Jahre 1953 hervor, die jetzt nach Verstreichen der 30jährigen Geheimhaltungsfrist der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

Die Frage von Konsultationen vor dem Einsatz amerikanischer Atomwaffen wurde seinerzeit von dem damaligen britischen Außenminister Anthony Eden bei Gesprächen mit seinem amerikanischen Kollegen John Foster Dulles und mit dem Anfang des Jahres in sein neues Amt eingeführten ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber Eisenhower berührt. Zu der Zeit war gerade erst ein Jahr seit der Detonation der ersten britischen Atombombe auf den Monte Bello-Inseln vor der Küste Australiens vergangen – und ein Jahr, seit Eisenhower Vorgänger Truman Churchill persönlich versichert hatte, daß Washington London konsultieren würde, bevor US-Stützpunkte in Großbritannien in einem Ernstfall benutzt würden.

Eden gab dem neuen US-Außenminister Dulles seinerzeit zu verstehen: „Wenn die USA beispielsweise Atomwaffen von Stützpunkten in der Türkei einsetzen sollte, könnte es sehr gut sein, daß die Sowjetunion Großbritannien angreift. Aus diesem Grunde ist es lebenswichtig für uns, daß wir konsultiert werden, bevor der Einsatz dieser Waffe in Betracht gezogen wird.“

Offenbar aber konnte Eisenhower die von Truman gegebene Versicherung in einem Jahr, in dem der amerikanische Kongreß eine immer härtere Linie verfolgte, nicht vorbehaltlos bekräftigen. In einem Gespräch mit dem britischen Außenminister im März 1953, dessen Inhalt Eden in einem Telegramm an Churchill weitergab, hob der US-Präsident hervor, daß es „Verrat“ gleichkomme, wenn er sich verpflichte, Großbritannien unter allen Umständen zu konsultieren.

Edens Bemühungen in der Frage der Atomkonsultationen ist ein Thema, das in England durch die Debatte um die Stationierung von Mittelstreckenraketen Aktualität erhalten hat. (SAD)

Papst lobt Pertinis „schönste Rede“

Bekenntnis zum Pazifismus, Mahnung an die Großmächte / Parteien üben Kritik

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Enthusiastischen Beifall, aber auch deutliche Kritik hat der italienische Staatspräsident Sandro Pertini für seine politisch prononcierte Silvester-Ansprache geerntet, in der er sich vorbehaltlos zum Pazifismus der Jugend bekannte, die USA und die Sowjetunion in gleicher Weise des unverantwortlichen Wettrennens mit Vernichtungswaffen beschuldigte, den europäischen Politikern vorwarf, in Athen die Einheit Europas zu verhindern und damit dessen potentieller Mittlerrolle zwischen den beiden Supermächten geschadet zu haben. Die Rede, in der der Präsident auch ausführlich zum Libanon-Problem Stellung nahm und den Ausschluß aller Diktaturen aus der UNO forderte, beherrscht in Rom die politische Diskussion zu Beginn des neuen Jahres.

Den ersten zustimmenden Anruf erhielt Pertini unmittelbar nach Beendigung seiner Fernsehansprache von Johannes Paul II. Er beglückwünschte den 87jährigen zu dessen „schönster Rede“ als Staatspräsident. Der nächste ebenso begeisterte Anruf kam von KP-Außenminister Gian Carlo Pajetta. Im römischen Palazzo Chigi, dem Sitz von Ministerpräsident Ciriaco De Mita, beschränkte man sich auf die Veröffentlichung eines

vergleichsweise reservierten Kommuniqués, mit dem die Zustimmung der Regierung zu den „nahlen“ Präsidentenworten und den von Pertini aufgezeigten „Zielen des Friedens und der Freiheit“ zum Ausdruck gebracht wurde.

Der christdemokratische Parteipräsident Piccoli kritisierte dagegen ganz offen den Passus der Präsidentenrede, in dem es heißt: „Die zwei Kolosse (USA und UdSSR) sehen sich mit scheelenden Augen an und bringen es nicht fertig, sich zu einigen.“ Mit solchen Bemerkungen wird nach Ansicht Piccolis „Verwirrung“ gestiftet. Moskau trage für die internationale Spannung eine weit größere Verantwortung als Washington. „Man kann Systeme, die ausschließlich auf die Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit und der Unabhängigkeit anderer ausgerichtet sind, nicht mit Regimen vergleichen, in denen als Folge der inneren Unterdrückung und der Zerstörung jeder Freiheit der Keim der internationalen Gewalt sprießt und gedeiht.“

Noch schärfer gingen die Sozialdemokraten mit dem Präsidenten ins Gericht. Ihr stellvertretender Parteisekretär Puletti nahm sich in einem von der Parteizeitung „Umanità“ veröffentlichten Kommentar vor allem

den Passus über Pazifismus vor. „Ich bin mit jenen, die für den Frieden demonstrieren“, hatte der Präsident zu diesem Thema gesagt. „Es sind Jugendliche, die auf die Straße gehen. Sie wollen ihre Zukunft verteidigen...“

Puletti wertete diese Worte als Unterstützung eines „Einbahn-pazifismus“. Die Folgen werden nach seiner Überzeugung neue Agitationen und Demonstrationen sein. Der christdemokratische „Popolo“ schrie zum gleichen Thema: „Auch wenn wir keine Vorurteile gegen Friedensdemonstrationen haben... sind wir doch der Ansicht, daß diese Demonstrationen das Problem nicht lösen.“

Wesentlich breitere Zustimmung fand Pertini mit seiner Forderung, das italienische Friedenskontingent aus Libanon zurückzuziehen, falls es dort zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen anstatt zu einem Kompromiß zwischen den einander bekämpfenden libanesischen Fraktionen kommen sollte. Die Sozialdemokraten kritisierten hier nur die Bemerkung des Präsidenten als „unedel“, daß die Amerikaner und Franzosen lediglich deshalb so große Opfer zu beklagen hätten, weil sie ihre Mission in Libanon nicht friedlich ausübten. (SAD)

Denktasch sucht wieder den Dialog

Nordzypern fühlt sich isoliert / Vorschläge an die Insel-Griechen erinnern an UNO-Pläne

E. ANTONAROS, Athen
Zurückhaltend und skeptisch haben Zypern-Griechen auf die neuen Friedensvorschläge des Präsidenten der international nicht anerkannten „Türkischen Republik von Nordzypern“, Rauf Denktaş, reagiert. Doch anders als bei ähnlichen Fällen in den letzten Jahren, kam es diesmal nicht zu einer sofortigen Zurückweisung der türkisch-zyprischen Initiative, was nach Ansicht von Beobachtern in Nikosia den Weg zu einer Wiederaufnahme des seit Mai 1983 stillgelegten Dialogs zwischen den beiden Volksgruppen eröffnet.

Denktaschs Vorschläge konzentrierten sich vorwiegend auf zwei Punkte: Er bot die Rückgabe eines großen Teils der Hotelstadt von Famagusta an die griechischen Bewohner an. Seiner Ansicht nach soll die Stadt, die seit dem Krieg von 1974 nur noch von Ratten und Schlangen bewohnt wird, unter UNO-Verwaltung der Vereinten Nationen stehen. Er schlug außerdem die Wiederbe-

triebnahme des internationalen Flughafens von Nikosia vor, der seit den Kriegshandlungen geschlossen ist, weil er direkt auf der Demarkationslinie zwischen den beiden Inselsektoren liegt. Erstaunlicherweise verzichtete Denktaş jetzt zum ersten Mal auf die früher von ihm verlangte gemeinsame griechisch-türkische Verwaltung. Der Flughafen soll unter UNO-Aufsicht gestellt werden.

Die türkisch-zyprischen Vorschläge umfassen ebenfalls die Reaktivierung einer im Jahr 1981 gebildeten Kommission zur Aufklärung der Schicksale von vermissten Personen. Nicht eingegangen ist Denktaş hingegen auf die wichtigen Territorial- und Verfassungsfragen der Insel. Er regte allerdings eine „aktivierte Einschaltung“ des UNO-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar an. Die Vorschläge Denktaş beinhalten weitgehend die Elemente einer Diskussionsgrundlage, die Pérez beiden Inselgruppen vor einigen Monaten unterbreitet hatte. Die Türkei hat ge-

stern – offenbar als weitere „Geste des guten Willens“ – angekündigt, einen Teil ihrer auf Zypern stationierten Truppen abzuziehen.

Viele Diplomaten in Nikosia betrachten Denktaşs neuen Vorstoß als einen gezielten Versuch, aus der Isolation auszubrechen, in der er sich seit der Ausrufung seines Teilstaates am 15. November 1983 befindet. Dieser Staat ist bisher nur von der Türkei anerkannt worden.

Oh und unter welchen Voraussetzungen Pérez de Cuéllar, der selbst ein vorzüglicher Zypern-Kenner ist, bereit ist, aufs neue aktiv zu werden, will der zyprische Staatschef Spyros Kyprianou in einem Gespräch mit ihm festzustellen versuchen. Am 9. Januar wird Kyprianou wahrscheinlich auch mit US-Außenminister Shultz in Washington zusammenreffen. Inzwischen entfällt der griechische Regierungschef Papandreu eine rege politische Tätigkeit im Zusammenhang mit der Zypern-Frage. (SAD)

In fünf Stunden verdienen unsere Sparer

so viel, wie die Bundesregierung dieses Jahr für Polarforschung ausgibt.

Aktis und Antarktis bergen noch immer viele Geheimnisse. Unter den Eismassen des Südpols vermutet man zum Beispiel riesige Bodenschätze. Für die wirtschaftliche und wissenschaftliche Erforschung der Polargebiete stellt die Bundesregierung dieses Jahr rund 15 Millionen Mark bereit.

So viel verdienen unsere Kunden in 5 Stunden. Denn die erfolgreichsten Wertpapiere Deutschlands bringen Tag für Tag 75 Millionen Mark Zinserträge.

Geld sollte Geld verdienen, und zwar so viel wie möglich. Pfandbriefe und Kommunalobligationen sind dazu ideal. Denn: Sie bieten Ihnen hohe, in der Regel die jeweils höchsten Zinsen. Sie können die für Sie passende Lauf-

zeit aussuchen. Und Ihre Papiere von heute auf morgen zum Tageskurs verkaufen oder beleihen lassen. Ihre Bank oder Sparkasse übernimmt das für Sie.

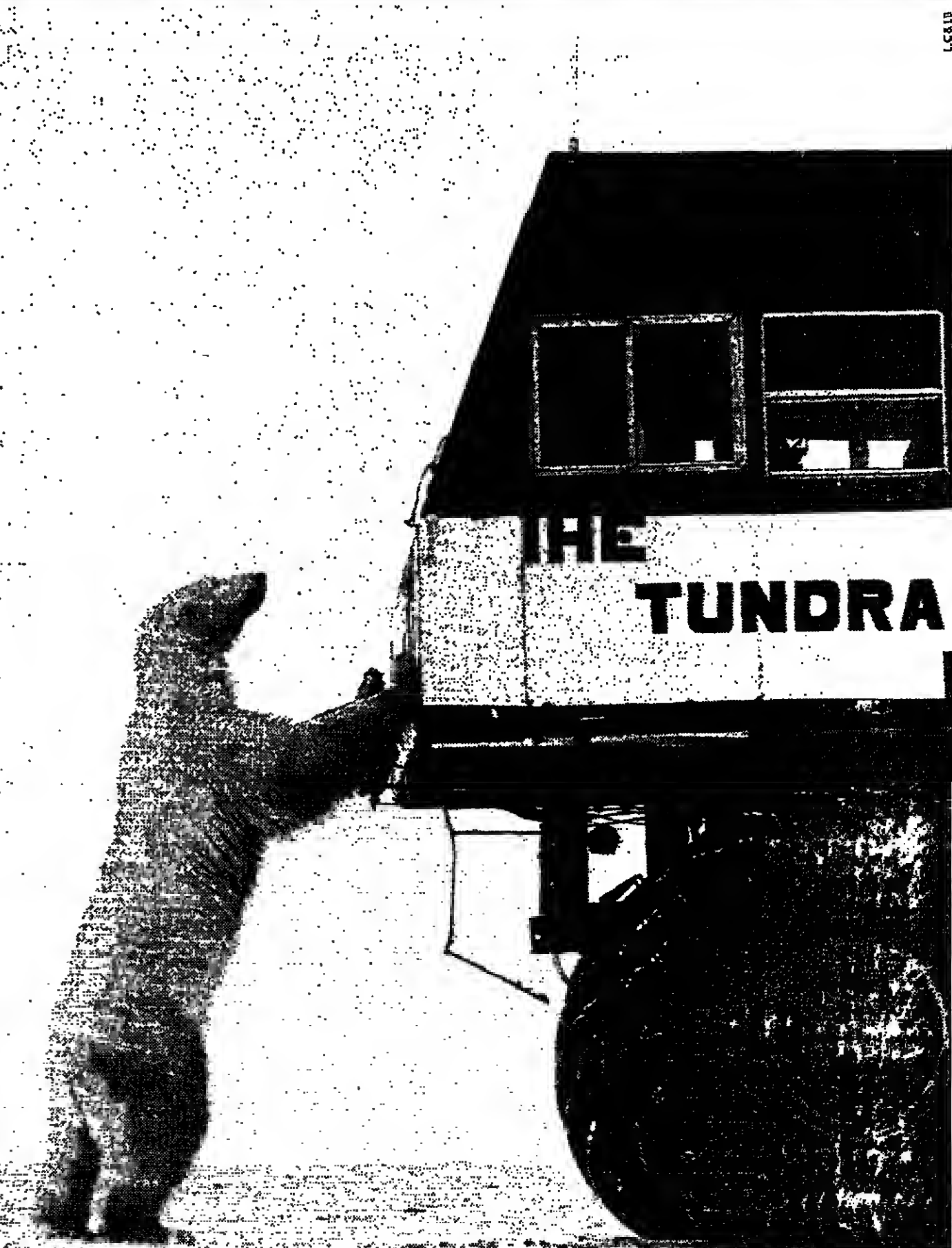
Pfandbriefe und Kommunalobligationen werden von Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken ausgegeben. Sie sind nach den speziellen Vorschriften des Hypothekengesetzes und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes durch Hypotheken und Darlehen an die öffentliche Hand gedeckt. Es gibt sie übrigens bereits seit 1769. Wir verdanken sie dem Alten Fritz.

Banken, Versicherungen und Industriefirmen wissen das natürlich. Sie kauften im letzten Jahr für mehr als 90 Milliarden Mark. Und was für die Profis richtig ist, ist auch gut für den Privatanleger.

Und noch eins: Legen Sie Ihre Pfandbriefzinsen wieder in Pfandbriefen an, damit Ihr Geld noch mehr Geld verdient.

Bei allen Banken und Sparkassen.

Verbriefte Sicherheit.
Pfandbriefe und Kommunalobligationen



Pakistan wird der afghanischen Flüchtlingsmassen kaum mehr Herr



Die Jugend Afghanistans tristet in primitiven Lagern fern der Heimat ein. Im pakistanischen Warsak haben 450 Waisen (Foto links) Unterschlupf gefunden. Ein paar Jahre ältere Landsleute lernen noch

schweren Verletzungen und Verblutungen in einem Rehabilitationszentrum in Peschawar wieder auf (Foto rechts). Die meisten sind entschlossen, so bald wie möglich wieder in den Kampf zu ziehen. FOTO: AP

Umsiedlung wird geduldet, die Integration abgelehnt

Von WALTER H. RUEB

Pakistan verlegt seit Monaten afghanische Flüchtlinge ins Landesinnere, denn in seiner Grenzregion im Nordwesten des Landes ist es im Laufe des vierjährigen Krieges zwischen sowjetischem Aggressor und afghanischem Widerstand zur größten Konzentration von Flüchtlingen in der Welt gekommen. Ihre Zahl beträgt mittlerweile 3,2 Millionen. Die Aufnahme-Kapazität ist erschöpft, da und dort kam es zu Zwischenfällen zwischen einheimischer Bevölkerung und Flüchtlingen.

Brigadegeneral Said Azhar schlug schließlich Alarm: es herrsche überall Mangel an Wasser, Brennholz und Weideland, Stromversorgung und Verkehrssysteme seien total überlastet, stellte der Chefkoordinator der pakistanischen Regierung für das Flüchtlingswesen fest. Politische Führer in Islamabad malten gar eine drohende Destabilisierung des pakistanischen Sozialgefüges an die Wand. Immerhin stellen die afghanischen Flüchtlinge in der Nordwest-Grenzregion bereits ein Fünftel der Bevölkerung. Viele von ihnen drängen auf den Arbeitsmarkt, und man geht es wirtschaftlich besser als Angehörigen der unteren sozialen Schichten Pakistans.

Nur schwache Proteste

Hefige Reaktionen der pakistanischen Bevölkerung blieben aus, weil die Neuankünfte im Mianwali-Gebiet im Islam sind und/oder als Paschunen dem gleichen Volk angehören wie die hier Sesshaften, vor allem aber aus Gründen einer Schicksalsgemeinschaft: die umgesiedelten Flüchtlinge treffen im Mianwali-Gebiet auf viele ehemalige Landsleute oder Abkömmlinge von solchen, die Afghanistan im Laufe früherer Wirren verlassen haben. Die Afghanen aber bleiben ruhig, weil die kaum Möglichkeiten zum Widerstand haben, andererseits von einem Erfolg ihres Kampfes gegen die Invasoren und damit von einem früheren oder späteren Ende ihrer Heimatlosigkeit überzeugt sind.

Islamabad hat jedoch nicht die Absicht, die afghanischen Flüchtlinge in die eigene Gesellschaft zu integrieren. Schließlich sind Pakistans Vertreter bei sämtlichen Verhandlungen über eine politische Lösung des Afghanistan-Problems mit der Forderung aufgetreten, vor allem müsse den Afghanen die Möglichkeit gegeben werden, in Ehren in die Heimat zurückzukehren. Politische Gegner der Machthaber in Islamabad aber versuchen, die

innenpolitisch gespannte Lage mit der afghanischen Karte anzubeten. Pakistan kommt allerdings nicht darum herum, sich auch auf den Fall einzurichten, daß militärische und politische Lage jenseits der Grenze eine Rückkehr der Flüchtlinge zumindest während geraumer Zeit unmöglich machen.

Die Alternativen „Eingliederung in die pakistanische Gesellschaft“ oder „Rückführung der Flüchtlinge in die Heimat“ wird von den Führern der afghanischen Exil-Organisationen in Peschawar gelassen diskutiert. Pir Sayed Gilani, der Führer der Nationalen Front für die Islamische Revolution, sagte: „Die Regierung unseres Gastlandes verdient Unterstützung. Die Umsiedlung von Landsleuten, aber darf nicht in der Integration enden. Kein Afghane gibt die Hoffnung auf, in die Heimat zurückkehren zu können. Für eine dauerhafte Ansiedlung im Punjab gibt es bisher keinerlei Anzeichen. Und die männlichen Afghanen kehren selbst aus dem Punjab so oft wie möglich zum Kampf in ihr Land zurück.“

Neue Überlegungen

Die Aufrechnung der afghanischen Flüchtlinge gegen die mehr als zwei Millionen pakistanischen Gastarbeiter in der Golf-Region wird allgemein abgelehnt. „Absurd“, grölle Junos Kales von der fundamentalistischen Hezbi Islami II. Kales wies darauf hin, daß die Umsiedlung auf freiwilliger Basis erfolge und gab zu, daß die starke Konzentration von Flüchtlingen entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze wirksame Maßnahmen umgänglicher gemacht habe. Für die Befürchtungen, das Millionenheer afghanischer Flüchtlinge könne das Sozialgefüge des Gastlandes durch einanderbringen, zeigte er Verständnis, aber auch für die Unlust vieler Afghanen, sich im Mianwali-Gebiet anzusiedeln. „Dort ist die Hitze fast unerträglich“, stellte Kales fest. „Zudem ist Mianwali von der Heimat zu weit entfernt.“

Hashmatullah Mujaiddi von der Front für die Nationale Befreiung äußerte die Überzeugung, daß kaum ein Afghane zur Integration in Pakistan bereit sei – auch nicht nach jahrelangem Aufenthalt als Flüchtling. Der Freiheitskämpfer-Führer sagte sogar, erst die Umsiedlungs-Maßnahmen der Pakistanis hätten zum Ausdruck gebracht, wie stark die Bindung der Afghanen an die Heimat sei. Dabei sei auch offenkundig geworden, daß sie weder eine von vielen Pakistanis befürchtete Integration anstrebten noch die Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat aufzugeben bereit seien. „Und Anhaltspunkte für eine dauerhafte Ansiedlung oder gar einen Verzicht der männlichen Afghanen, nach kurzem Aufenthalt bei Familienangehörigen in Lagern entlang der Grenze zum Kampf nach Afghanistan zurückzukehren, gibt es bis heute nicht“, meinte Mujaiddi. „Der Anteil der Freiheitskämpfer aus Flüchtlingslagern ist heute sogar höher als früher – weil es mehr Waffen, eine bessere Organisation des Kampfes und nach wie vor eine intakte Moral gibt.“

Die jüngsten innenpolitischen Spannungen in Pakistan mit Gewaltakten und zahlreichen Toten sind nach Meinung von Fachleuten geeignet, die regierungsamtlichen Bestrebungen, einen möglichst hohen Anteil der Flüchtlinge aus der Grenzregion ins Innere des Landes umzusiedeln, spürbar einzuschränken. Argumentiert wird so: Islamabad könne kein Interesse daran haben, Arbeitsmarkt, Versorgung und sozialen Frieden auch in weiteren Gebieten zu belasten und dadurch bereits bestehende Probleme zu multiplizieren.

Auf der anderen Seite haben Überlegungen Eingang in die Diskussion gefunden, die vor allem den Beifall der Guerilla finden. Nach vierjährigem Krieg sei es endlich an der Zeit, den Widerstand entschlossenen Afghanen außer humanitäre auch militärische Hilfe zu geben, fordern viele Beobachter. Militärische Hilfe versetze die Afghanen möglicherweise eher in die Lage, in die Heimat zurückzukehren. Schließlich gehe es darum, den sowjetischen Aggressor durch Gewalt zum Einlenken und zur Annahme einer politischen Lösung zu zwingen.

Daß es weder der pakistanischen Seite noch den Afghanen um Integration der Flüchtlinge in die pakistanische Gesellschaft geht, erhält eine Entwicklung, die sich in Warsak, etwa 30 Kilometer nördlich von Peschawar, angebahnt hat. Dort leben etwa 450 afghanische Waisen. Niemand ist auf die Idee gekommen, sie ins Mianwali-Gebiet umzusiedeln. Im Gegenteil: auch ein künftiges neues Lager der Waisenkinder wird bei Warsak erstellt.

Die Kinder verbringen ihre Tage auf einem Fußballfeldgroßen Platz, spielen Ball, hetzen hinter weißen Ziegen herum und erklettern Bäume, um Wäsche aufzuhängen oder einzusammeln. Die Waisen sind in Zelten untergebracht, in Zelten findet auch der Schulunterricht statt. Mit Essen versorgt werden die Waisen aus einer primitiven Küche unter freiem Himmel.

Die Heimat ist nah Während der Regenzeit verwandelt sich der Platz rund um die Zelte in ein einziges Morastfeld. Oft läuft das Wasser ins Innere der Zelte. Bei Sturm werden diese nicht selten umgerissen.

Ein Kilometer vom jetzigen Lager erheben sich inzwischen die Fundamente des künftigen neuen Lagers. Die Sammelaktion einer großen Zeitung im Ruhrgebiet sowie das Engagement der deutschen Hilfsorganisation HELP hat die Realisierung des neuen Zentrums für die afghanischen Waisenkinder nähergerückt.

Es fehlt an Ärzten und an Betten

Bedrückend ist für die afghanischen Flüchtlinge in Pakistan nicht nur die Umsiedlung ins Landesinnere, sondern vor allem auch die mangelhafte medizinische Betreuung und Versorgung. In den Flüchtlingslagern gibt es zu wenig Ärzte und in den wenigen Hospitälern von Rotem Kreuz und anderen humanitären Organisationen sind freie Betten rar. In den pakistanischen Spitälern werden zwar offiziell auch afghanische Patienten aufgenommen, doch gibt es diesbezüglich Probleme. Eschamullah Mayar von der Verwaltungskommission für die Bildung einer Einheitsfront in Peschawar umschrieb diese so: „In der pakistanischen Provinz Belutschistan ist der Einfluß der People Party groß. Sie ist von sowjetfreundlichen Kommunisten unterwandert und deshalb gibt es unter ihrem Einfluß starken Widerstand gegen die Aufnahme verwundeter oder kranker Afghanen in pakistanische Krankenhäuser. Der Widerstand wirkt sich in die Nordwest-Grenzregion mit Peschawar aus. Die Zahl afghanischer Patienten in pakistanischen Spitälern ist demnach unbedeutend.“

Auch Giftgas-Einsatz

Die Zahl von Afghanen, die mit schweren Verletzungen in Krankenhäuser von Pakistan eingeliefert werden, ist in jüngster Zeit gestiegen. „Weil die Sowjets brutaler vorgehen und vor allem die Zivilbevölkerung verfolgen“, sagte Pir Sayed Gilani von der Nationalen Front für die Islamische Revolution. Bomben und Raketen richten nach übereinstimmenden Feststellungen in Afghanistan am meisten Unheil an, jedoch ist neuerdings die Zahl von Afghanen gestiegen, die Verbrennungen und schreckliche Verätzungen der Haut erlitten haben. Auch die Zahl von Blinden und teilweise Gelähmten ist höher geworden. Der Einsatz chemischer Kampfstoffe hat in den meisten Fällen zu ihren Verletzungen und Krankheiten geführt.

Guerilla-Führer Gilani seinerseits sagte: „Zum größten Teil müssen Verletzungen der Gliedmaßen behandelt werden. Afghanen, die Bauch-, Herz- oder Lungenverletzungen erlitten haben, erreichen die rettende Grenze nicht. Überhaupt erreicht die Mehrzahl der Verletzten die Grenze nicht lebend. Von den Überlebenden verliert die Hälfte eines oder gar zwei ihrer Glieder.“

Eschamullah Mayar sprach gar davon, daß lediglich zehn Prozent der Verletzten die Grenze lebend erreichen. „Giftgas- und Raketen-Angriffe enden fast immer mit dem Tod. Etwa 100 000 Afghanen überlebten bisher ihre im Innern von Afghanistan erlittenen Verletzungen, rund 800 000 kamen ums Leben. Meist fehlt es auf afghanischem Boden außer an ärztlicher Hilfe und Versorgung auch an geeigneten Transportmitteln. Auf dem Rücken von Maultieren und Menschen ist der Transport langsam und beschwerlich. Wer aber die Grenze erreicht, hat hinterher gute Überlebenschancen. Drei von vier Verletzten überleben.“

WALTER H. RUEB

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schwierige deutsche Sprache

„Schon das Alphabet ist den Schülern ein Rätsel“, WELT vom 2. Dezember

„Rettet den Konjunktiv“, ist man versucht zu sagen, wenn man die Ausführungen von Joachim Neander gelesen hat. Sie werfen ein beachtendes Schlaglicht auf unsere schizophrene Bildungssituation.

Auf der einen Seite wird der Versuch gemacht, mit wissenschaftlicher Akribie die Erscheinungsformen des Konjunktivs gleichsam mit der Pinzette zu analysieren, bis sie nicht mehr dozierfähig sind. Solche Bemühungen, mögen sie wissenschaftlich gerechtfertigt sein, liefern keine jedoch pädagogischen Maßstäbe. Wer in die technischen Grundlagen von Verbrennungsmotoren einführen soll, verfehlt sein Thema, wenn er über spezielle Probleme der Thermodynamik im Zylinderkopf referiert. Was in dieser Beziehung im technischen Bereich selbstverständlich ist, gilt auch für den geisteswissenschaftlichen Bereich.

Auf der anderen Seite wird die katastrophale Bildungssituation geschildert. Dazwischen stehen die Lehrer, die dieses Problem bewältigen sollen. Sie sollten sich von defizitären Änderungen aus der Sicht einer überzogenen Wissenschaftlichkeit nicht beeindrucken lassen, insbesondere dann nicht, wenn diese mit der Befürwortung einer Bildungsprimativität in das gegenteilige Extrem umschlagen.

Der Verfasser erinnert sich noch genau daran, daß ihm im dritten Volksschuljahr die Unterschiede zwischen direkter und indirekter Rede in Ausdruck, Schrift und Zeichensetzung vermittelt wurden. Dies war der Einstieg in den Konjunktiv. In Rahmen der weiteren Schulbildung verfeinerten sich die Ausdrucksformen in der Begegnung mit der lateinischen, französischen, englischen und griechischen Sprache vom Potentialis über den Irrealis bis hin zum Optativ und den entsprechenden Ausdrucksformen der deutschen Sprache.

Eine differenzierte Denkweise setzt entsprechende sprachliche Fähigkeiten voraus. Form und Gehalt einer Äußerung sollten harmonisch aufeinander abgestimmt sein, ohne daß eines von beiden zum Selbstzweck wird. Dieses Ziel läßt sich nicht durch eine einseitige Ausbildung, sei es in sprachlicher oder mathematischer Hinsicht, erreichen.

Vor dem Hintergrund der heutigen Auswahlprobleme für die Zulassung zum akademischen Studium sei an ein einfaches aber wirksames Verfahren erinnert, dem sich der Verfasser unterziehen mußte, als er nach dem Krieg das Studium der Rechtswissenschaften aufnehmen wollte. Er wurde nach seinen Abiturnoten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Latein gefragt. Diese Bewertungsmaßstäbe wurden von gesunden Menschenverstand und von der Überzeugung getragen, daß allen drei Fächern ein gebührender Anteil bei der Schulung des Denkvermögens und der Ausdrucksfähigkeit zukommt. Die Bewertungsmaßstäbe setzten ein Bildungsniveau voraus, das heute nicht mehr selbstverständlich ist. Unser Bildungssystem hat nach traumatischen Höhenflügen weitgehend den Bezug zu den Realitäten verloren.

Ein Lehrer, der nicht nur studierter Pädagoge, sondern „Schulmeister“ ist, kann diese Situation dann meistern, wenn er sich bei seinen Bemühungen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auf das Notwendige beschränkt. Es war früher vielleicht leichter, als dies heute der Fall sein mag. Man hatte weniger mit dem Vorurteil zu kämpfen, man vernachlässige das wissenschaftliche Bildungsniveau, das einen angeblich zu seinem Amt qualifiziert. Akademischer Höflichkeit ist hier nicht der Nutzen. Das pragmatische Bemühen der Berufsschullehrer sollte darauf gerichtet sein, ihren Schülern Ausdrucksmöglichkeiten zu vermitteln, die den gesteigerten Anforderungen eines künftigen Berufslebens gerecht werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Friedrich Watermann,
Bonn 1

In Zuschriften wurde mehrmals auf die Möglichkeitsform (Konjunktiv) eingegangen, m. E. aber nicht ganz folgerichtig. Daher die folgenden Zeilen.

Die Möglichkeitsform unserer Zeitwörter (Verben) zu umgehen, indem man „würde“ vor ihre Nennform (Infinitiv) stellt (I should say: „Ich würde sagen“) greift auch um sich, ist aber genau genommen falsch. Richtig ist „würde“ dort, wo es echte Möglichkeitsform ist, also unmittelbar aus der Wirklichkeitsform (Indikativ) „wurde“, nämlich durch Umlautung (u zu ü) abgeleitet ist. Das trifft nur zu 1. beim Hilfszeitwort „werden“ in der Leideform (Passiv) der einfachen Vergangenheit (Er wurde betrogen: Man sagte er würde betrogen) und 2. beim Vollzeitwort „werden“ in der Tatform (Aktiv) dieser Vergangenheit (Er wurde Soldat: Es hieß, er würde Soldat).

„Würde“ steht dabei also nie vor einer Nennform und hat auch mit dem „würde“ der Zukunft (Futur) – ich werde kommen – nichts zu tun. Ebenso im Bedingungssatz ist „würde“ folglich nur in diesen beiden Fällen eigentlich zulässig. (Das Deutsche hat keine zeitwörtliche Bedingungsform – Konditional –, wohl aber die Möglichkeitsform, die in Ausnahmen freilich als altertümlich empfunden wird. Entscheidend sollte aber nicht sein, ob „neu“ oder alt, sondern ob falsch oder richtig.)

Also: 1. Wenn er offen die Wahrheit schriebe, würde er totgeschwiegen.
2. Wenn sie wissenschaftlich die Unwahrheit verbreitete, würde sie noch rot.

Indessen ist leider wohl schon folgendes denkbar: „Ich würde wollen, es würde Nacht sein oder die Preußen würden kommen“, statt: „Ich wollte, es wäre Nacht oder die Preußen kämen!“ W. Urban, Berlin 46

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Jahren ist eine sprachliche Wendung in Mode gekommen, der man bei allen Medien täglich begegnet. Es handelt sich um die Sprachwendung „davon ausgehen“, daß. Man kann doch nur von etwas ausgehen, das bereits vorhanden ist und nicht nur in der subjektiven Vorstellung existiert. Im letzten Fall müßte es richtiger heißen: annehmen, argwöhnen, der Auffassung sein, befürchten, bestrebt sein, erwarten, fürchten, glauben, hoffen, meinen, der Meinung sein, für möglich halten, als möglich hinstellen, vermuten, darauf vertrauen, voraussetzen, daß ...

Wenn aber die Sache existiert, kann man das differenzierter äußern als immer mit dem gleichen Ausdruck, unter anderem durch: erkannt haben, in Erfahrung gebracht haben, festgestellt haben, herausgefunden haben, zum Schluß kommen, sicher sein, überzeugt sein, der Überzeugung sein, sich darauf verlassen, wissen, daß ...

Es ist bedauerlich, daß die Feinheiten der deutschen Sprache in dieser Hinsicht verlorengehen, daß sie vernarrt. Jeder, der sich sprachlich äußert, sei es in der Unterhaltung, bei Vorträgen, in Büchern oder in einem der Medien, sollte um der Schönheit und Genauigkeit der Sprache willen sich bemühen, statt dieses Modeausdrucks die jeweils passenden Verben zu gebrauchen.

W. Kuhl,
Hamburg 67

Wort des Tages

„Sei freundlich zu allen, jedoch intim mit wenigen. Aber prüfe jene wenige gründlich, bevor du ihnen dein Vertrauen schenkst. Wahre Freundschaft ist eine Pflanze, die langsam heranwächst. Sie muß den Unbilden standhalten, ehe sie mit dem Namen der Bewährung ausgezeichnet wird.“

George Washington, amerikan. Staatsmann (1732-1799)

TODESFÄLLE

Karl Immer, der frühere Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland (1971 - 1981), ist am Dienstag in Düsseldorf gestorben. Der 67jährige hatte schon seit Jahren ein Herzleiden. Als Repräsentant der zweitgrößten evangelischen Landeskirche in der Bundesrepublik hatte sich Immer unter anderem auch stets um enge Zusammenarbeit mit Glaubensbrüdern in der „DDR“ ebenso wie in der Dritten Welt bemüht.

Als Sprecher von Theologiestudenten, welche der Bekennenden Kirche nahestanden, war er im Kirchenkampf während des Dritten Reichs engagiert. In der Gemeinde seines Vaters in Wuppertal fand 1934 die Synode der Bekennenden Kirche statt. Seit 1963 war er als Oberkirchenrat in der Leitung seiner Kirche.

Außen erregte Immer 1979 als Präses durch eine gemeinsame Suche mit dem katholischen „Bischof“ Franz Hengsbach (Essen),

Personalien

die sich für ein differenziertes Ja zur Kernenergie aussprach, ebenso wie durch seine Weigerung, im November 1980 an der Papstmesse im Kölner Dom teilzunehmen, weil mit dem Amtsantritt von Johannes Paul II. den Protestanten in Polen und in Italien „ein kalter Wind“ entgegenwehe.

Der Freiburger Wirtschafts- und Sozialhistoriker Prof. Clemens Raner ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Er war seit 1938 an der Universität Freiburg als Ordinarius tätig, zuerst als Professor für mittlere und neuere Geschichte, seit 1962 als Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bayers Hauptarbeitsgebiete lagen in der Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert sowie in der Wirtschaftsgeschichte des späten Mittelalters und des 16. Jahrhunderts. Er war der erste Träger des Ehrenrings der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft. In ihrem Auftrag leitete er den Redaktionsausschuß zur Herausgabe der sechsten Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft, das von 1957 bis 1970 bei Herder/Freiburg erschien. Bauer, der als junger Gelehrter dem „Hochland“-Kreis um Carl Mühl angehört hatte, war Komtur des päpstlichen Gregoriusordens und Träger des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland.

Elisabeth Kaiser-Nebgen, in der Weimarer Zeit engagierte christliche Gewerkschafterin und im Dritten Reich aktiv im „Goerdeler-Kreis“, der den Sturz Hitlers plante, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Die Ehefrau des früheren Bundesministers Jakob Kaiser und Gründerin der „Sozialen Ordnung“, des Organs der Sozialwissenschaft, deren Herausgeberin sie bis in die 60er Jahre war, nach 1945 gemeinsam mit ihrem Mann aus der späteren „DDR“ ausgewiesen worden.

Fragen an Albertz

„Ganz anders auf Wehrkraftzwecknahme“, WELT vom 19. Dezember

Nicht genug, daß ich, wie viele tausend andere auch, von Randgruppen permanent belästigt und behindert werde in der Ausübung meines Berufes und sogar in der Gestaltung meiner Freizeit, nein, jetzt werde ich von Herrn Pfarrer Albertz ganz pauschal auch noch für schuldig erklärt.

Welche Schuld meint der Herr Pfarrer? Gegenüber wem bin ich schuldig? Gehet hin und mehret euch. – Ich habe 2 Kinder gezeugt, davon zwei Jungen – bin ich schuldig?

Mein Vater wurde 1939 eingezogen, 1949 war er rechtzeitig zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland wieder in der Heimat, ich war nie Soldat, mein ältester Sohn leistet seinen Wehrdienst ab, der zweite Sohn will den Wehrdienst verweigern – in unserer Familie herrscht Harmonie, jeder vertraut dem anderen und jeder kann sich auf den anderen verlassen.

Und plötzlich, wie ein Gottesurteil – schuldig!

Ist der Herr Pfarrer vielleicht der liebe Gott? Wenn ja, bin ich bereit meine Schuld zu tragen bis ans Lebensende. Sollte aber der Herr Pfarrer nicht der liebe Gott sein, dann bitte ich den Herrn Pfarrer auf diesem Wege mir doch auch die Strafe für meine Schuld zu nennen, damit ich, wie jeder Verbrecher, meine Strafe ableiten kann und dann wieder als unschuldiger Vater unter anderen unschuldigen Vätern leben kann.

Mit freundlichen Grüßen

Wilfried Bilges,
Nienhagen/Celle

Interessenkonflikt

„Im AA wächst Kritik an Genschers Personalpolitik“, WELT vom 28. Dezember

Der aufschlußreiche Bericht von Herrn Schell bedarf einer Ergänzung. Die Entsendung problematischer Diplomaten als Botschafter und die schnellen Beförderungen im Ministerbüro verdienen Kritik, ebenso auch die fragwürdige Verquickung von Lobbyismus und Ministeramt, wie sie in der Person von Außenminister Genschers (FDP) zum Ausdruck kommt. Außenminister Genschers (FDP) hat diese Verquickung leider ausdrücklich gebilligt.

Möller ist nicht nur Staatsminister, sondern zugleich Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, einer arabischen Lobby-Gruppe in Bonn. Diese Gesellschaft wird von Einzelmitgliedern und Firmen finanziert, sie erhält aber auch finanzielle Hilfe von der Arabischen Liga und von arabischen Botschaften (FAZ vom 11. August). Weiter in der FAZ: „Die Araber schätzen diese Organisation als getreue und verlässliche Partner“. Und im Magazin „Middle East“, London, heißt es im Oktoberheft: „This group of influential German and Arab politicians and industrialists exercises a discreet influence over policy-makers in Bonn“.

Als Staatsminister hat Herr Möller Bundeskanzler Kohl nach Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien begleitet und an Verhandlungen und geheimen Gesprächen teilgenommen. Als Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, teilweise finanziert von Botschaften dieser Länder in Bonn, konnte er die Mitglieder vor und nachher über die Kohl-Reise informieren und beraten. Da in Riad über Waffenlieferungen gesprochen wurde, ist es wohl nicht unbedeutend, daß in der Person des Staatsministers und FDP-Landesvorsitzenden von NRW auch ein hochkarätiger Vertreter deutsch-arabischer Interessen am Verhandlungstisch saß. Das muß nichts Schlechtes sein. Aber wenn es um Waffen und Finanzen geht? In den USA ist diese gefährliche Verquickung eines offiziellen hohen Amtes mit Lobby-Interessen untersagt, in Bonn wird sie von Außenminister Genschers geduldet.

Marianne Kuehne,
München

Verfahren Betriebs

Durchbruch in Beziehungen USA-China?

DW, Peking/Bonn

Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang wird bei seinem Washington-Besuch in der kommenden Woche nicht die Forderung nach einer sofortigen und totalen Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen an die Regierung Taiwans erheben. Vor Journalisten in Peking signalisierte Zhao gestern den USA, daß Peking das Verhältnis der USA zu Taiwan zwar als störend empfindet, daß er diese Frage aber nicht in den Vordergrund seines Besuchs stellen möchte.

Zhao betonte zugleich, daß China nicht beabsichtige, die USA und die UdSSR gleichzusetzen. Nach wie vor bedeute die Sowjetunion für die Sicherheit der Volksrepublik China eine unmittelbare Gefahr. Bei einer Reihe großer Weltprobleme seien die Ansichten Pekings und Washingtons „identisch oder ähnlich“. Zhao wiederholte jedoch die chinesische Verurteilung der amerikanischen Politik gegenüber Grenada, im Nahen Osten in Bezug auf Südafrika, Taiwan, Korea und die Dritte Welt.

Vor einer Woche hatte sich bereits der amerikanische Präsident Ronald Reagan in der Zeitschrift „US-News and World Report“ positiv über die Beziehungen zwischen den USA und China geäußert. Reagan sprach von einem großen Fortschritt in der Entwicklung der Beziehungen.

Wie die „Washington Post“ meldete, wird der chinesische Ministerpräsident bei seinem Besuch eine Reihe von technologischen Abkommen mit den USA unterzeichnen. Amerikanische Beobachter sprechen von einem Durchbruch in den Handelsbeziehungen, seitdem die USA im Juni 1983 eine Reihe von Exportrestriktionen auf dem Gebiet der Technologie ausfuhr für Peking aufheben ließen. Die Vergabe von Exportlizenzen ist nach Auskunft des Handelsministeriums seit 1981 (1500 Genehmigungen) erheblich gestiegen: 3300 Genehmigungen im Werte von 1,2 Milliarden Dollar wurden im Jahre 1983 erteilt. Washingtoner Beamte werten daher den Besuch von Zhao vom 9. bis zum 12. Januar und die beabsichtigte Reise Reagans im Frühjahr nach Peking als ein Zeichen für die Wiederherstellung stabiler chinesisch-amerikanischer Beziehungen nach einer dreijährigen Phase der Ungewißheit seit 1980.

Berlin: Wurde Zelle nach Brandstiftung versperrt?

Aussage eines Häftlings belastet das Wachpersonal

F. DIEDERICH, Berlin

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gestern auch ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Wachpersonalisten eingeleitet, die für die Sicherheit der bei dem Brand in der polizeilichen Abschiebehaftanstalt ums Leben gekommenen sechs Ausländer verantwortlich waren. Nach Informationen der WELT wird gegen die Beamten wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung ermittelt, während weitere Verfahren gegen Abschiebehäftlinge wegen Gefangenenerneuerung und Brandstiftung laufen.

Die Staatsanwaltschaft will prüfen, ob die Beamten versäumten, die Gefangenen bei Ausbruch des Brandes rechtzeitig aus der Zelle herauszulassen. Auch Innensenator Heinrich Lummer (CDU) schloß gestern menschliches Versagen als eine Ursache der Vorgänge in der Silvesternacht nicht mehr aus. In einem Rundfunk-Interview sagte Lummer, es müsse geprüft werden, ob die Behörden alles getan hätten, „um so etwas zu verhindern“.

Für ein mögliches Versagen der Aufsichtsbeamten spricht vor allem die aufsehenerregende Aussage eines überlebenden Abschiebehäftlings. Er erklärte gestern bei seiner Vernehmung, die wachhabenden Polizisten hätten nach dem Brand die Zelle nicht verschlossen, sondern hätten sie durch die Hitze verzogene Zellentür aufbrechen müssen.

Diese Version wird noch erörtert durch den zeitlichen Ablauf. Während die Polizeibeamten um 21.15 Uhr aus der Zelle ausgingen, wurde Feuer bemerkt, ging bei der Feuerwehrrufen erst 16 Minuten später, um 21.31 Uhr, das Hilferufen ein.

Eine Minute später rückte der Feuerwehrrufen aus und traf nach rund fünf Minuten Fahrzeit am Brandort ein - rund 20 Minuten nach Ausbruch des Feuers. „Auch diese zeitlichen Unterschiede werden zu überprüfen sein“, hieß es dazu aus dem Hause des Innensensors. Die Zellentür

war dann auch bei Eintreffen der Löschmannschaft durch die Hitze bereits so verzogen, daß sie mit Brecheisen geöffnet werden mußte. Zu diesem Zeitpunkt waren die sechs Ausländer schon erstickt.

Bekannt wurde gestern ebenfalls, daß es in der Abschiebehaftanstalt bereits am 20. Oktober 1983 gebrannt hatte. Damals hatten zwei Ausländer in ihrer Zelle ebenfalls Matratzen angezündet. Das Feuer konnte von drei Wachpersonalisten gelöscht werden, die später mit leichten Rauchvergiftungen in ärztliche Behandlung mußten. Nach Informationen der WELT ist einer der beiden damaligen Brandstifter unter den sechs Toten des Feuers in der Silvesternacht.

Die sechs Ausländer starben, so zeigt das vorliegende Obduktionsergebnis, an hochgiftigen, kaum wahrnehmbaren Cyanidgasen, die sich aus den brennenden Schaumstoffmatratzen entwickelten. Der Brand am 20. Oktober 1983 war glimpflicher ausgefallen, weil die Füllung der Matratzen damals noch aus Seegras bestand, das bei dem Feuer weniger heimtückische Kohlenstoffgase freisetzt. Nach der Brandstiftung im Oktober ersetzten die Behörden die Matratzen durch neue Unterlagen aus Schaumstoff. „Offensichtlich in der irrigen Annahme, diese seien bei einer erneuten Brandstiftung weniger gefährlich“, verurteilte gestern aus Justizkreisen.

Innensenator Heinrich Lummer nahm gestern vor den Parlamentsausschüssen für Inneres und Ausländerfragen zu kritischen Fragen von Abgeordneten aller Fraktionen Stellung. Lummer betonte, er sei mit den Bedingungen in der Abschiebehaftanstalt seit langem unzufrieden gewesen. Der Senat habe deshalb schon im vergangenen Jahr Geld für Baumaßnahmen bewilligt, so daß in diesem Jahr mit dem Bau einer neuen Abschiebehaftanstalt begonnen werden könnte.

Der Innensenator wiederholte seine Auffassung, die Gefahr einer Brandstiftung sei jedoch in Abschiebehaftanstalten aller Art gegeben. Die Gewerkschaft der Polizei wies gestern darauf hin, daß sie bereits mehrfach auf die „situationsbedingten Schwierigkeiten und personellen Überforderungen“ in der Abschiebehaftanstalt hingewiesen hätte.

Arafat will Gegner isolieren

Widersacher des PLO-Chefs uneinig / Beratungen über eine Neuorganisation in Tunis

DW, Tunis

Der Vorsitzende der PLO und der Guerrillagruppe Al Fatah, Yassir Arafat, soll nach einem arabischen Pressebericht in der Führung dieser Guerrillagruppe mit seiner derzeitigen Politik isoliert sein. Die in den Vereinigten Arabischen Emiraten erscheinende Zeitung „Al Kalidsch“ berichtete aus Tunis, auf der Sitzung des elfköpfigen Fatah-Zentralkomitees sei Arafats Treffen mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak auf einseitige Ablehnung gestoßen. Trotz aller Rechtfertigungsversuche Arafats sei die Unterredung mit Mubarak mit zehn zu einer Stimme als falsch bezeichnet worden, meldete die Zeitung.

*

PETER M. RANKE, Kairo
Arafat will sich wieder als anerkannter Führer der PLO in der arabischen Welt etablieren, das ist nach Meinung politischer Beobachter das Ziel der Beratungen Arafats in Tunis mit dem Zentralkomitee seiner Fatah-Organisation.

Bis Februar, wenn in Algier der PLO-Nationalkongreß (Delegiertenversammlung) zusammentreten soll, will Arafat eine neue PLO-Spitze ohne die „Agenten der syrischen und libyschen Regime“ gebildet haben. Einer Teilnahme von PLO- und Fatah-Rebellen in Tunis und Algier will sich Arafat nicht widersetzen, er rechnet dennoch mit einer dauern-

den Spaltung, aber er riskiert sie, um den Rest seines Einflusses zu retten.

Arafat selbst erklärte, eine Neuorganisation der PLO mit ihren acht Unterorganisationen sei vordringlich. Von einer kollektiven Führung, wie sie von den Rebellen in Damaskus gefordert wird, will er offenbar nichts wissen.

In Tunis sagte Arafat, der „Widerstand“ in den von Israel besetzten Gebieten müsse mit allen Mitteln, auch militärischen, angeheizt werden. Er lehnte von neuem den Reagan-Plan ab, da er für die Palästinenser keinen eigenen Staat, sondern nur eine autonome Föderation mit Jordanien vorsehe. Arafat befürwortet dagegen den im Februar vergangenen Jahres auf dem Araber-Gipfel gebilligten Fes-Plan Saudi-Arabiens, der einen unabhängigen Palästinenser-Staat fordert.

Arafat hat in Tunis keinen leichten Stand und muß laviieren. Berichte sprechen davon, daß ihm ZK-Mitglieder der Fatah ein Ultimatum gestellt hätten, wegen der Begegnung mit Mubarak in Kairo zurückzutreten. Einer seiner Vertrauten, Khaled el Hassan, versicherte jedoch, es gebe keine Schwierigkeiten.

Es ist noch völlig ungewiß, ob die von Arafat geplante Sitzung des 15-köpfigen PLO-Exekutivkomitees und des Zentralkomitees in Tunis stattfinden kann, denn nach dem Treffen mit Mubarak lehnen nicht nur die bisher neutralen Terror-

chefs, Habasch von der „Volksdemokratischen Front“ Arafat als PLO-Chef und Verhandlungspartner ab, sondern auch der als gemäßigt geltende Khalid el-Fahum, der Präsident des PLO-Nationalrates.

Arafat kann auf seiner Seite nur noch mit Abu Jihad, dem Militärführer, und - bedingt - mit Abu Iyad, dem Sicherheitschef der Fatah, rechnen. Auch auf Seiten der Rebellen zeichnet sich bisher keine klare Führung ab, zu groß sind die Differenzen und die Vorbehalte gegen eine syrisch kontrollierte PLO. Habasch und Hawatme sind bislang dazu nicht bereit, für Damaskus eine neue PLO zu führen. Doch auch aus den pro-syrischen Elementen könnte Damaskus eine neue PLO-Gruppe für Terror-Einsätze und Sabotage aller Friedenspläne bilden.

Als politischer Rädelsführer der Fatah-Rebellen ist Abu Saleh hervorgetreten, der lange der Mann Syriens in Arafats Fatah-Gruppe war, zu deren Gründern er zählt.

Unter den „Politikern“ der Rebellen-Chiefs sind noch die links stehenden Chaled el Amleh und Abu Kadri zu nennen. El Amleh war ebenfalls jordanischer Offizier, muß also eine Annäherung zwischen Arafat und König Hussein fürchten. Abu Kadri war der Vertreter Arafats in Amman, als die Wiederannäherung begann. Als sich Arafat und Hussein trafen, ließ Abu Kadri im vorigen April zu Abu Mussa über.

Ausnahmezustand in Tunesien ausgerufen

DW, Tunis

Der tunesische Präsident Habib Bourguiba hat gestern Abend nach mehrtägigen blutigen Zusammenstößen den Ausnahmezustand verhängt. Außerdem wurde eine Ausgangssperre (sechs Uhr abends bis fünf Uhr früh) angeordnet. Gestern hatten die nach Preissteigerungen für Brot ausgebrochenen Gewalttätigkeiten zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften auch auf die Hauptstadt Tunis übergegriffen.

Die tunesische Regierung hatte am Vortag im Anschluß an eine Kabinettsitzung Berichte von einer Demonstrationsschwere in den Armutsgebieten Tunesiens gegen die Preissteigerung bestätigt. Bei den Auseinandersetzungen habe es bisher mindestens 20 Tote und zahlreiche Verletzte gegeben, hieß es gestern Abend.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen illustrieren das Problem, vor dem die Regierungen nordafrikanischer Länder stehen, wenn sie von ihrer Politik der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln als Instrument gegen die Inflation und zur Abwehr von hohen Lohnforderungen Abstand nehmen wollen. Der Preis des Brotes, das in Ländern wie Tunesien Grundnahrungsmittel der Armen ist, gilt als Symbol für die Höhe der Lebenshaltungskosten.

Die tunesische Regierung hatte die Verteuerung von Getreideprodukten lange im voraus angekündigt und mitgeteilt, daß sie die für die Armen entstehenden Lasten mildern werde.

Von dem Ausmaß dieser schwersten Unruhen seit der gewerkschaftlichen Revolte vom Januar 1978 ist die Regierung unter Staatspräsident Habib Bourguiba überrascht worden. Sie hatte offenbar gehofft, daß die Preissteigerungen, die von der mächtigen Gewerkschaftszentrale UGTT gebilligt worden waren, bei den Bürgern auf Verständnis stoßen werden. Befürworter der Preissteigerungen hatten damit argumentiert, daß sich das Einkommen in den zurückliegenden 20 Jahren verdreifacht hätte, während der Brotpreis nur einmal erhöht worden sei. Die Maßnahmen waren beschlossen worden, nachdem Subventionen für die Getreideprodukte 1983 in der Staatskasse ein Defizit von umgerechnet rund 130 Millionen Mark hervorgerufen hätten.

Experiment stößt auf Passivität

A Fortsetzung von Seite 1

ferer mit dem Kennwort „Experiment“ zu versehen und damit eine höhere Verantwortlichkeit zu verbinden. Außerdem verlieren sie auf das probate Mittel verstärkter Kontrolle über die Einhaltung dieser Verpflichtungen.

Ob solche Maßnahmen ausreichen werden, ist zweifelhaft, zumal das volle Funktionieren der Unternehmen nicht nur von den Lieferanten abhängt, sondern auch von anderen Partnern wie Transport- und Baubetrieben sowie von einer Vielzahl von Verwaltungsinstanzen. Am entscheidenden Geburtsfehler des Experiments heftet sich allerdings nichts ändern. Er liegt in der Beschränkung auf die Bereiche der zwei gesamt-

staatlichen Ministerien sowie von jeweils einem Ministerium in den Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrussland und Litauen. In allen anderen Branchen wird weitergewirtschaftet wie bisher.

Von Reformen ist auch nie die Rede gewesen. Es geht nicht darum, „den existierenden wirtschaftlichen Mechanismus zu ersetzen“, sagte Woronin. Er sprach sogar von einer weiteren Festigung der zentralisierten Leitung. Unter dem Patronat des vorsitzenden Partei- und Staatschefs Andropow, der ausdrücklich siebenmal zu messen empfahl, bevor man einmal abschneide, soll lediglich mehr Initiative an der Basis geweckt werden. Selbst dieses bescheidene Ziel steht noch im Widerspruch zum überragenden Interesse des extrem

konservativen Systems: Nichts dürfe sich ändern. Bessere Methoden der Lenkung, eine bessere Einstellung zur Arbeit, bessere Leute und mehr Überwachung - nach diesen Gesichtspunkten wird der Versuch unternommen, höhere Leistungen zustande zu bringen. Ihre Bewertung bleibt eine Sache der Planbürokratie.

Die in mehreren Schüben zwischen 1965 und 1979 unter Breschnew verordneten Veränderungen reichen vor allem anfangs weiter als das gegenwärtige „Experiment“. Trotzdem führten sie nicht zum erhofften Erfolg. Doch unbeirrt erwartet die heutige Führung von ihren Maßnahmen Erkenntnisse, die mit Beginn des nächsten Fünfjahresplanes auf die gesamte Wirtschaft übertragen werden sollen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Abonnenten-Service

Großes Lexikon der Tierwelt in 12 Bänden

für WELT-Abonnenten
zum Sonderpreis von 108,- DM



Ein wertvolles Nachschlagewerk für die ganze Familie: 16.000 Tiere und Begriffe werden alphabetisch und systematisch beschrieben. 200 namhafte Autoren und Zoologen berichten fachlich zuverlässig und doch leicht verständlich - eine spannende Lektüre. 3000 erstklassige Farbbilder, Diagramme und Karten auf fast 2000 Seiten. Lexikongroßformat 28,5 x 22 cm. Einband mit Goldprägung, vierfarbiger Schutzumschlag.

An: DIE WELT, Vertriebsleitung, Postfach 303830, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte senden Sie mir die komplette Ausgabe „Großes Lexikon der Tierwelt“ (12 Bände) zum Preis von 108,- DM (einschließlich Versandkosten). Ich bezahle den Betrag wie mein WELT-Abonnement

- ☐ nach Rechnungsstellung
☐ durch Abbuchung

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

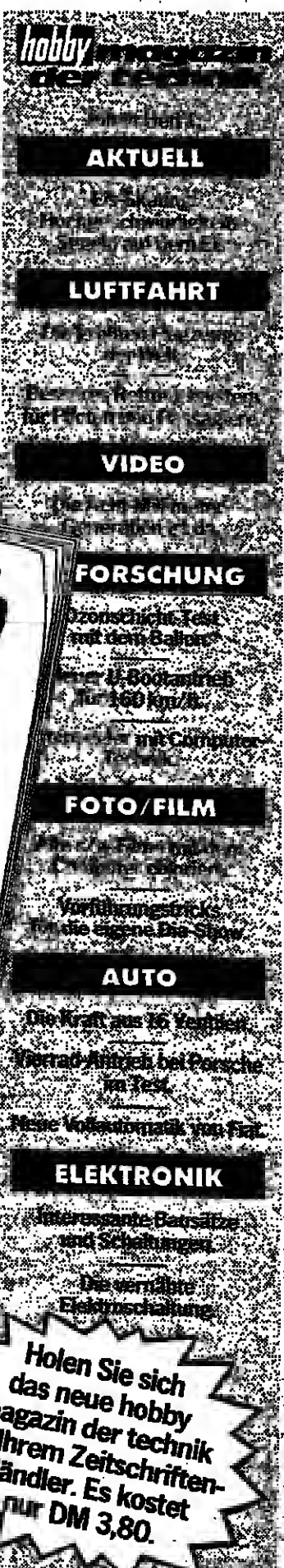
Telefon: _____

Kunden-Nr.: _____

Abonnenten-Service

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jetzt gibt's das aktuelle
hobby magazin der technik.
Die faszinierende
Zeitschrift voller Neuheiten,
Entwicklungen und
Reportagen.



Holen Sie sich
das neue hobby
magazin der technik
bei Ihrem Zeitschriften-
Händler. Es kostet
nur DM 3,80.

Leerlauf in Brüssel

Ha (Brüssel) - Es ist leicht über die Schwerfälligkeit der europäischen Behörden zu spotten. Gelegentlich aber kann einem schon der Hut hochgehen. Was der Europäische Rechnungshof als Beispiel für bürokratischen Leerlauf zitiert, läßt sich jedenfalls nicht mit den erschwerten Bedingungen entschuldigen, unter denen eine internationale Verwaltung arbeitet.

Wie die Kontrollbehörde ermittelt, brauchte ein Vermerk der für Messen zuständigen Dienststelle der Kommission 1983 über zwei Monate, um den zuständigen Generaldirektor im eigenen Haus zu erreichen. Bevor dieser Beamte seine Zustimmung zu einem Programm geben konnte, mit dem die Assoziationspartner der Gemeinschaft ihre Teilnahme an der Berliner Internationalen Handelsmesse ermöglichen werden sollte, hatten 24 Bedienstete der Generaldirektion "Entwicklung" das Papier mit einem Siebdruckverfahren durchgelesen.

Auch die Bearbeitung eines zweiten "Vorganges" zeugt von ähnlicher Gründlichkeit. Es fragt sich nur, ob sie den antragstellenden Ländern der Dritten Welt als Vorbild dienen sollte: Ein am 22. Dezember vorgelegter Vorschlag über die Bereitstellung von Mitteln für die Teilnahme an der Messe benötigte nicht weniger als zehn Sichtvermerke. Erst am 1. März - fünf Tage vor Beginn der Veranstaltung - erhielt der administrative Platz.

Fast ein Boom

Man kann nur hoffen, daß die Kommission der Aufforderung des Rechnungshofes folgt, die notwendigen Schlussfolgerungen aus dieser wenig erfreulichen Situation zu ziehen.

W. - Der Maschinenbau, mit einer runden Million Mitarbeiter auch nach seiner Schrumpfung noch der größte deutsche Industriezweig, spürt wieder Rückenwind. Ist schon eine Steigerung des Auftragsbestandes im November um preisbereinigte sieben Prozent Grund zur Freude, so dürfte der Blick hinter diese Pauschalangabe die Branchenoberen noch um einiges fröhlicher stimmen. Ein Grund dazu ist gewiß, aber nicht einmal in erster Linie, die Erholung des Auslandsnachfrages um 17 Prozent - gegenüber einem November 1982, in dem der Pegel der Exportaufträge bei minus 27 Prozent gelegen hatte. Viel größer dürfte die Begeisterung darüber sein, daß das Volumen der Inlandsaufträge in denselben zwölf Monaten nur um ein Prozent zurückgegangen ist. Das ist keineswegs so widersprüchlich, wie es auf den ersten Blick aussieht: Der Inlandsmarkt des Jahres 1982 war schon deutlich vom Exportauftrag der Finanzierungshilfen der auslaufenden Investitionszulage geprägt, brachte ein Auftragsplus von 28 Prozent. Wenn nun ohne staatliche Brechstange kaum weniger in die Bücher geschrieben wurde, dann deutet das vielleicht noch nicht ganz auf einen Boom, wenigstens aber auf ein "Blümchen".

Umweltschutz / Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung wird eingehalten

Stromwirtschaft will 15 Milliarden in die Entschwefelung investieren

HEINZ HECK, Bonn

Die Unternehmen der öffentlichen Stromversorgung werden in den nächsten Jahren schätzungsweise zehn bis 15 Milliarden Mark zur Rauchgasentschwefelung in Kohlekraftwerken investieren. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt gestern erklärte, würden die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) die in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung gesetzten Fristen sogar vielfach unterschreiten.

Dieses Mammutinvestitionsprogramm wird nicht nur die Luft entlasten, sondern auch die Stromverbraucher belasten. In der Bundesrepublik werden knapp zwei Drittel des für das öffentliche Netz bestimmten Stroms aus Kohle erzeugt (1982: 33 Prozent Steinkohle und 30 Prozent Braunkohle). Der Kohlestrom dürfte um zwei bis drei Pfennig je Kilowattstunde verteuert werden.

Da - bundesweit gesehen - gut ein Drittel der Stromerzeugung auf anderen Primärenergieträgern basiert (vor allem Kernenergie), liegt die durchschnittliche Verteuerung entsprechend niedriger. Allerdings ist der Kohleanteil bei den einzelnen EVU unterschiedlich hoch. Infolgedessen fällt auch die durchschnittliche Verteuerung unterschiedlich aus.

Entscheidend für das Preisgefälle ist, daß Großabnehmer künftig relativ stärker belastet werden. Denn die absolute Verteuerung (in Pfennig je Kilowattstunde) soll für alle Abnehmer - gleich ob Haushalt oder Industrie - identisch sein. Wer also bisher als Großabnehmer einen niedrigeren Strompreis hatte, wird den Zuschlag stärker spüren.

Legt man einen Stromtarif für private Haushalte von 23 Pfennig zugrunde, so ergeben sich als Folge der Umweltschutzinvestitionen in den nächsten Jahren Tarifierhöhungen zwischen 3,5 und 5,2 Prozent, wenn das betreffende EVU einen Anteil von 40 Prozent Kohle an seiner Stromerzeugung hat. Liegt dieser dagegen bei 80 Prozent, so werden die durchschnittlichen Steigerungen des Strompreises auf bis zu mehr als zehn Prozent veranschlagt.

Mit einem Anteil von rund 45 Prozent der Schwefeldioxidemission ist die öffentliche Stromversorgung derzeit der größte Umweltverschmutzer mit diesem Schadstoff. Wenn jedoch alles fahplanmäßig verläuft, wird die Anfang der neunziger Jahre, so die VDEW, "zur kleinsten Emittenten-Gruppe". Knapp 80 Prozent aller Steinkohle- und Braunkohle-Kraftwerke des öffentlichen Netzes mit einer Gesamtleistung von rund 37 500 Megawatt sollen mit Anlagen zur Rauchgasentschwefelung nachgerüstet, gut 20 Prozent der Altanlagen mit rund 10 000 Megawatt stillgelegt werden.

Was das für die Luft bedeutet, läßt sich mit eindrucksvollen Zahlen sagen: Die Schwefeldioxidemission in der Bundesrepublik liegt derzeit (1982) bei knapp 3,5 Millionen Tonnen. Davon entfallen 1,6 Millionen auf die EVU. Bis 1988 soll der Ausstoß um rund zwei Drittel, also um etwa eine Million Tonnen, verringert werden. Bis Anfang der neunziger Jahre werde die Emission auf "höchstens ein Viertel des heutigen Wertes zurückgehen", also eine Größenordnung zwischen 300 000 und 400 000 Tonnen.

Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung war am 1. Juli 1983 in Kraft getreten. Sie setzt den betroffenen Unternehmen eine Erklärungsfrist bis zum 1. Juli 1984. Auch wenn daher heute noch nicht alle Daten vorliegen, lassen sich zwei Faktoren nennen, die die Terminplanung der EVU maßgeblich beeinflussen:

● Auf die Zulieferanten kommt ein gewaltiger Auftragsstoß zu. Eine Rauchgasentschwefelungsanlage für ein neues 750-MW-Steinkohlekraftwerk kostet 160 bis 200 Millionen Mark. Bei Nachrüstung von Altanlagen liegen die Kosten etwa bei einer Viertelmilliarde. Engpässe im Bau dieser Anlagen könnten zu Verzögerungen führen.

● Ob dies auch für die Genehmigungsverfahren gilt, bleibt abzuwarten. Offen ist, ob die Regelungen, die die verschärften Umweltschutzaufgaben setzen, die Genehmigungsverfahren für die Rauchgasentschwefelung so zügig behandeln, daß hier nicht ein weiterer Engpaß entsteht.

MINERALÖLMARKT

Der Verbrauch liegt wieder unter 100 Millionen Tonnen

JAN BRECH, Hamburg

Die Strukturveränderungen am deutschen Mineralölmarkt haben sich im vergangenen Jahr noch beschleunigt. Der Verbrauch ist weiter zurückgedrängt, die Verarbeitungs- und Vertriebsleistungen sind dem geringeren Bedarf angepaßt worden. Infolgedessen der Durchschnittspreis für Benzin und leichtes Heizöl sowie eingeschränkter Verbrauchs dürfte die Ölrechnung der Deutschen 1983 um fast vier Milliarden Mark niedriger als 1982 ausgefallen sein.

Nach Angaben der Esso AG, Hamburg, ist der Mineralölverbrauch in der Bundesrepublik zum ersten Mal seit 15 Jahren unter die 100-Millionen-Tonnen-Grenze gefallen. Mit 99,2 Millionen Tonnen sind rund zwei Prozent weniger als 1982 verbraucht worden. Im Vergleich zu 1979 ist der Konsum um mehr als ein Viertel gesunken.

Bei den wichtigsten Produktgruppen gab es nur bei Vergaserkraftstoff einen Zuwachs. Der Absatz von Motorenbenzin stieg um knapp ein Prozent, der von Dieselmotorenkraftstoff um rund 3,7 Prozent. Der dennoch sparsame Umgang mit Vergaserkraftstoff wird bei einem Vergleich der Nachfrage in den vergangenen zwölf Monaten zum Jahr 1979 deutlich: Einem um sechs Prozent höheren PKW-Verbrauch steht ein um knapp zwei Prozent geringerer Verbrauch an Vergaserkraftstoff gegenüber.

Die Nachfrage nach leichtem und schwerem Heizöl hat sich seit 1979 um fast ein Drittel reduziert. Dabei ist der Absatzrückgang von leichtem Heizöl 1983 zum Stillstand gekommen. Mit 33,1 Millionen Tonnen lag der Verbrauch fast auf Vorjahreshöhe. In unverändertem Tempo sank dagegen der Bedarf an schwerem Heizöl. Die 1983 verbrauchten 11,1 Millionen Tonnen entsprechen einem Rückgang gegenüber 1982 von fast 21 Prozent.

Im Verarbeitungsbereich ist die Destillationskapazität um zehn auf knapp 116 Millionen Jahrestonnen abgebaut worden. Sie liegt nicht mehr weit von der Kapazität 1968 entfernt, die rund 113 Millionen Tonnen betragen hatte. Die durchschnittliche Auslastung der deutschen Raffinerien hat sich trotz des Abbaus nur unwesentlich von 56 auf 59 Prozent verbessert. Voll ausgelastet waren dagegen die Konversionsanlagen mit einer von 31,6 auf 33,8 Millionen Tonnen gestiegenen Jahreskapazität. Auf der Vertriebsseite ist das Tankstellennetz weiter geschrumpft, ebenso wie die Zahl der Handelsunternehmen.

Keine wesentlichen Veränderungen, so heißt es bei der Esso, habe es 1983 hinsichtlich der Ertragslage im Mineralölgeschäft gegeben. Da die Preissenkungen bei Rohöl an den Verbraucher weitergegeben werden mußten, sei die Rentabilität nach wie vor unbefriedigend. Im Durchschnitt des Jahres 1983 waren Vergaserkraftstoffe um rund einen und Heizöl um rund sechs Pfennig je Liter billiger als 1982.

Gas aus dem Osten

Von HANS BAUMANN

Die Franzosen sind die ersten, die Erdgas aus den Regionen des ewigen Frosts in Sibirien beziehen, aus dem Raum Urengoi östlich des Urals und von der Halbinsel Yamal, nördlich des Urals. Über eine fast 5000 Kilometer lange Leitung wird das Gas herangeführt und bei Waidhaus an der deutsch-tschechischen Grenze in das deutsche Netz eingespeist und nach Frankreich weitergeleitet. Aus den gleichen Quellen werden sich vom Herbst an die Schweiz, Österreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland versorgen.

Doch mit dem ersten Kubikmeter Gas aus dem Fernost werden auch wieder Stimmen laut, die mit Argumenten, die vor zwei Jahren schon widerlegt wurden, das ganze Russengas-Geschäft als den größten ökonomischen Flop aller Zeiten darstellen möchten.

Meistens in der Wiederholung falscher Argumente und in der Taubheit gegenüber sachlicher Aufklärung, wie sie von Experten der europäischen Gaswirtschaft immer wieder versucht wurde, bewies "Wall Street Journal Europe". Auch jetzt wieder behauptet das Blatt, Sowjetgas sei für Europa unwirtschaftlich. "Politisch und wirtschaftlich" habe man Erdgas aus der Nordsee, aus Nordafrika und aus den Niederlanden beziehen können.

Wenn das richtig wäre, dann hätten seit 1981 die westeuropäischen Länder kaum mit den Sowjets über Anschlußverträge verhandelt, deren Ergebnis jetzt die ersten Kubikmeter Gas für Frankreich sind und aus denen vom Herbst an langsam steigend 1989 die vereinbarten 10,5 Milliarden Kubikmeter in die Bundesrepublik fließen werden.

Dieses Zusatzgas der Sowjetunion ist von der Erdgaswirtschaft immer als eine Menge verstanden worden, die die Versorgung von den neunziger Jahren an sichern soll. Die Verträge reichen bis zum Jahr 2008. Mit Ende dieses Jahrzehnts beginnen sich nämlich die Quellen in den Niederlanden zu erschöpfen. Daher werden heute schon die Rohre in die Nordsee geschwimmt, der Kontakt zu Norwegen intensiviert, einem Land mit großen Vorräten im Meer und geringem Eigenverbrauch.

Immerhin bediente sich die Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr schon zu fast einem Drittel aus

den Gasfeldern der Nordsee, ein weiteres Drittel kam aus eigener Erde, der Rest aus den Niederlanden und aus der Sowjetunion, die einen Anteil von rund 16 Prozent hielt.

Die Verträge mit den Sowjets gleichen denen mit den Niederlanden auf Haar. Die Preise sind für den Importeur an einen Mischpreis aus schwerem und leichtem Heizöl gekoppelt. Idee dieser Vereinbarung: Erdgas läßt sich nur verkaufen, wenn es im Abnehmerland wettbewerbsfähig ist. Die Sowjets wie die Niederländer bekommen also immer nur den Preis, der sich am Energiemarkt der Bundesrepublik für Heizöl ergibt. Zudem kommen jährlich Kommissionen zusammen, die die Preisvereinbarungen überprüfen, da beide Seiten daran interessiert sind, den Fluß des Gases nicht durch Wettbewerbsunfähigkeit zu unterbrechen.

Daß auch bei den Mengen die Partner aufeinander Rücksicht nehmen müssen, kommt in der Mindestabnahmeformel des Vertrages zum Ausdruck. Sie schreibt eine Abnahme von mindestens 80 Prozent der vereinbarten Mengen vor. Das ist den Sowjets sehr recht, denn es hat Winter gegeben, in denen sie wegen des starken Frostes 15 Prozent weniger liefern konnten.

Umgekehrt ist ein Haus wie die Ruhrgas AG daran interessiert, möglichst viel Gas aus der Sowjetunion zu importieren, dafür aber seine niederländischen oder norwegischen Mengen zu streichen. Diese Flexibilität hat es der deutschen Gaswirtschaft ermöglicht, problemlos 16 Prozent Absatz zu verlieren, weil in der Flaute das Erdgas von der heimischen Steinkohle aus den Kraftwerken verdrängt wurde. Generell: Neue Verträge mit der Sowjetunion sind von der europäischen Gaswirtschaft nicht geplant. Die niederländischen Reserven nehmen ab. Kompensiert werden können sie vielleicht von Norwegen. Wenn die deutsche Gaswirtschaft ihr Ziel von 18 Prozent an der Primärenergiebilanz erreichen will, dann muß sie einen Flüssiggas-Terminal in Wilhelmshaven bauen und Erdgas per Schiff aus aller Welt importieren. Das ist nicht nur kostspielig. Es gefährdet auch den schönen Brauch, daß man bisher Gas frei deutscher Grenze kaufte - die Investitionen für den Herantransport anderen überließ.

AUF EIN WORT



Wir sind ein rohstoffarmes und weltmarktabhängiges Land. Nur überdurchschnittliche Leistung, hohe Qualität, Zuverlässigkeit und großes technisches Können werden unsere Stellung auf dem Weltmarkt sichern. Wenn dies gelingt, können wir auch in Zukunft den Wohlstand für alle sichern und den sozialen Aufgaben wie unseren Verpflichtungen in der Dritten Welt gerecht werden.

Horst Eise, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Foto: Klaus Mehre

Weniger Steuerstrafsachen

AP, Bonn

1982 wurden weniger Bürger wegen Steuerhinterziehung verurteilt als im Jahr zuvor. Dies geht aus der Statistik der Steuerstrafsachen hervor, deren Ergebnisse das Finanzministerium in Bonn am Dienstag veröffentlichte. Danach ergingen bei den Besitz- und Verkehrssteuern (darunter vor allem die Lohn- und Einkommensteuer) 11 036 Urteile und Strafbefehle und 8363 Bußgeldbescheide. Dies entspricht einer Abnahme von 6,5 und 10,0 Prozent. Wogegen die Hinterziehung von Verbrauchsteuern, Schenkung, Steuerhelferei und Schwarzbrennen wurden 13 643 Menschen verurteilt, 1,6 Prozent weniger als vor einem Jahr.

EINZELHANDEL

Conzen rechnet mit einem Umsatzplus von drei Prozent

Die Erholung im Einzelhandel wird sich 1984 weiter fortsetzen. Fritz Conzen, Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), ist sicher, daß viele Verbraucher ihre persönliche wirtschaftliche Situation mittlerweile optimistisch genug einschätzen, um ihre Verbrauchsausgaben über die Zunahme der verfügbaren Einkommen hinaus zu steigern.

Conzen rechnet für den gesamten Einzelhandel mit einem Umsatzzuwachs von rund drei Prozent, der bei einer voraussichtlichen Preissteigerungsrate zwischen zwei und zweieinhalb Prozent einem realen Zuwachs von einem halben bis einem Prozent gleichkomme. Dabei unterstellt er, daß der private Verbrauch nominal um mindestens vier Prozent steigen wird.

Strukturprobleme werden den Einzelhändlern nach Ansicht des HDE-Präsidenten auch in diesem Jahr bewegen. Sie resultieren vor allem aus der seit nunmehr zwei Jahrzehnten anhaltenden Unternehmens- und Umsatzkonzentration, vor allem im Handel mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln. Conzen befürchtet, daß sie auch in den nächsten Jahren kaum an Intensität verlieren wird.

Trotz karger Renditen, "die keine großen Sprünge erlauben", habe die technologische Entwicklung verstärkt Einzug in die Betriebe gehalten, stellt Conzen fest. Er meint vor allem die neuen elektronischen Kassensysteme und Warenwirtschaftssysteme. Gleichwohl glaubt er nicht daran, daß die Investitionen in diesem Jahr höher ausfallen werden als die des Jahres 1983. Nachdrücklich warnt der Präsident vor der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

AGRARSUBVENTIONEN

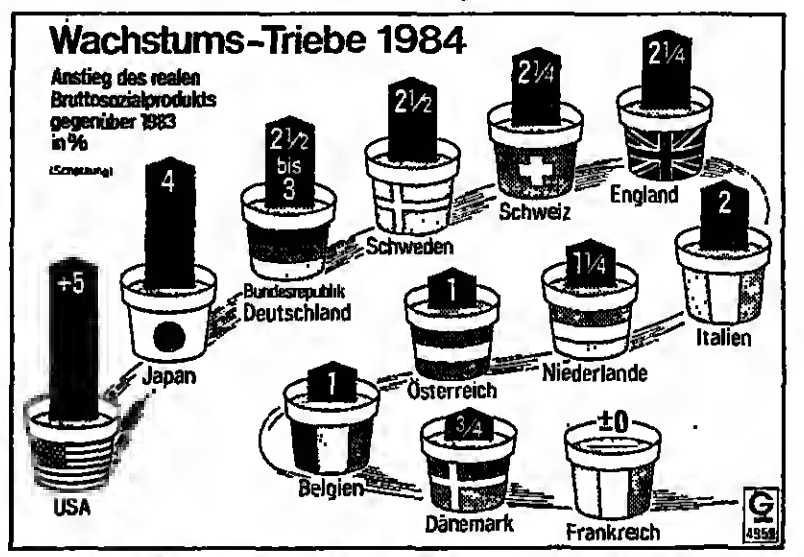
Verbraucherverbände: Neun Milliarden nur für Milch

HEINZ HECK, Bonn

Die deutschen Milchverbraucher wurden 1983 mit der Rekordsumme von über sechs Milliarden Mark vom Finanzamt zur Kasse gebeten. Mindestens drei Milliarden zahlen sie zusätzlich in Form überhöhter Preise. Dieses verachtete Fazit zieht die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) in ihrem gestern veröffentlichten Bericht zur Milchpolitik des vergangenen Jahres. Aufgrund des Grenzgleichnisses sei die deutsche Milchproduktion inzwischen die teuerste der Gemeinschaft und damit eine der teuersten der Welt. Von den Steuern, so die AgV, die für Ausbau und Erhalt von Überkapazitäten in der Milchproduktion ausgegeben werden, ließen sich jedes Jahr 30 000 neue Arbeitsplätze finanzieren.

Auch für die EG insgesamt habe 1983 mit Rekordverlusten abge-

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die weltweite Rezession, die schwerste der Nachkriegszeit, ist nun endgültig überwunden. In fast allen westlichen Industriestaaten stehen die Signale auf „grün“. Vorräte der Belegung sind die USA. Sie können 1984 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um fünf Prozent rechnen. In der Bundesrepublik Deutschland wird das Wachstum auf mindestens zweieinhalb Prozent geschätzt.

Quelle: GLOS

Kreditvereinbarungen in Kraft getreten

Bonn (Hf) - Die im Frühjahr beschlossene Erweiterung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) ist termingerecht vor Jahresende in Kraft getreten. Finanzminister Stoltenberg begrüßt die damit verbundene Stärkung des finanziellen Rückhalts des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Erweiterung der AKV werde zusammen mit der kürzlichen Erhöhung der Mitgliederquoten den IWF in die Lage versetzen, Ländern mit Zahlungsbilanzdefiziten bei unabwiesbarem Kreditbedarf auch künftig wirksam bei Anpassungsprogrammen zu helfen und seine stabilisierende Rolle in den internationalen Finanzbeziehungen zu spielen. Die AKV sind eine seit 1962 bestehende Refinanzierungslinie, die Zentralbanken und Regierungen großer Industrieländer dem IWF eingeräumt haben. Im Frühjahr 1983 wurden sie um den Gegenwert von rund elf auf rund 18 Milliarden Dollar erhöht und damit fast verdreifacht.

Gegen Autobahngebühren

Bonn (Hf) - Gegen die Einführung von Autobahngebühren in der Bundesrepublik hat sich der Deutsche Industrie- und Handelsklub (DIHK) ausgesprochen. Die Existenz dieser Gebühren in den Nachbarländern sollte auf EG-Ebene bekämpft werden. Zugleich rät der DIHK, in der Bundesrepublik die Zweckbestimmung der Verkehrsabgaben (Kb- und Mineralölsteuer) nicht zu vergessen. Der Zusammenhang mit der Verkehrsfinanzierung werde hier immer lockerer. Daher sei es nicht angebracht, die Einführung einer dritten Abgabe zu betreiben. Auch der Bonner FDP-Fraktionschef Meischnick hat sich gegen den Vorschlag des CSU-Politikers Jobst gewandt. Dagegen hat dessen Parteifreund Bötsch erklärt, in Europa „sollten man den Willen der deutschen Seite ernst nehmen, daß die Ungleichbehandlung europäischer Autobahnen nicht länger hingenommen werden wird“.

Antlicher Index gestiegen

Wiesbaden (dpe/VWD) - Der Aktienindex des Statistischen Bundesamtes ist 1983 um 35,8 Prozent gestiegen. Wie das Bundesamt dazu mitteilt, wurde diese Steigerungsrate nur in den Jahren 1959 mit 70 Prozent und 1967 mit 37 Prozent übertroffen. Spitzenreiter waren nach dieser Statistik die Automobilindustrie mit plus 78,5 Prozent, Eisenbahnen/Straßenverkehr/Luftfahrt mit plus 71,8 Prozent,

Steine und Erden mit plus 58,5 Prozent, Kunststoff- und Gummi-Industrie mit plus 52,1 Prozent, Großchemie mit plus 51,4 Prozent, Zementindustrie mit plus 47,6 Prozent, Elektroindustrie mit plus 46,8 Prozent und Warenhäuser mit plus 42,7 Prozent. Ein Rückgang weisen lediglich die Indices für Schiffbau mit minus 9,1 Prozent und Bauindustrie mit minus 3,6 Prozent aus.

Münzen-Besteuerung

Bonn (DW) - Für die Anwendung des ermäßigten Steuerzuges für die Umsätze von Sammlermünzen (Paragraph 12 Abs. 2 Nr. 1 UStG, Nr. 47 der Anlage und Paragraph 28 UStDV) kann bei der Ermittlung des Metallwertes von Goldmünzen aus Vereinfachungsgründen der für die Monate Januar bis November ermittelte Durchschnittsgoldpreis für das gesamte folgende Kalenderjahr angesetzt werden. Für das Jahr 1984 ist hierbei ein Durchschnittsgoldpreis (ohne Umsatzsteuer) von 34 900 Mark für den Kilogramm-Goldbarren zugrunde zu legen. Bei Silbermünzen kann bei der Ermittlung des Metallwertes von Silbermünzen (Paragraph 28 UStDV) der letzte im Monat November ermittelte Silberpreis für das gesamte folgende Kalenderjahr angesetzt werden. Für das Kalenderjahr 1984 ist hierbei ein Silberpreis (ohne Umsatzsteuer) von 834 Mark je Kilogramm zugrunde zu legen (DEGUSA-Silberpreis am 30. November 1983).

Nigeria zahlt pünktlich

London (rt) - Nigeria hat die erste fällige Rate von rund 50 Millionen Dollar im Rahmen einer 1983 vereinbarten Refinanzierung von 1,6 Milliarden Dollar Bankensschulden nach Angaben der Barclays Bank International gezahlt. In Bankenkreisen war befürchtet worden, die Rückzahlung könnte wegen des Militärputsches am Samstag verschoben werden.

Kopenhagen-Anleihe

Frankfurt (DW) - Die Stadt Kopenhagen begibt über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG und der Privatbanken A/S eine 100-Millionen-DM-Anleihe. Die Teilschuldverschreibungen sind mit einem Kupon von 8 1/2 Prozent ausgestattet, haben eine Gesamtlaufrzeit von zehn Jahren und werden zu einem Emissionskurs von 100 Prozent angeboten. Die Tilgung beginnt nach fünf Jahren durch Käufe im Markt oder Serienauslosungen zum Nennwert. Die Anleihe soll an den Wertpapierbörsen in Frankfurt und Hamburg eingeführt werden.

SPARSCHUTZGEMEINSCHAFT

Sanierung der Staatsfinanzen besitzt weiterhin Priorität

DW, Bonn

Damit die Wirtschaft wieder Tritt faßt, bedarf es nicht zusätzlicher Staatsausgaben und hoher Entlastungen, sondern einer konsequenten Fortsetzung der Konsolidierung der Staatsfinanzen. Daß eine weitere Eindämmung der Staatsverschuldung einer Konjunkturerholung nicht im Wege steht, habe das vergangene Jahr bewiesen. Zu diesem Ergebnis kommt die Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer in einer gestern veröffentlichten Mitteilung. Von einer Überkonsolidierung könne bei einer öffentlichen Neuverschuldung von voraussichtlich drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts kaum die Rede sein.

Bescheidend sei für die weitere Sicherung des Geldverkehrs, der die Gemeinschaft größte Priorität einräumt, trotz der hohen Kosten, die Infla-

EG / Rechnungshof kritisiert bürokratische Schwerfälligkeit

„Fehlleistungen und zahlreiche Mängel“

WILHELM HADLER, Brüssel

Fehlplanungen und bürokratische Schwerfälligkeit hat der Europäische Rechnungshof erneut in der Entwicklungspolitik der EG moniert. In seinem Bericht über das Haushaltsjahr 1982 kritisiert er außerdem Widersprüche in der Beihilfenpolitik der Gemeinschaft und „zahlreiche Mängel“ bei den Nahrungsmittelhilfsprogrammen der Brüsseler Kommission.

Ursache für den wenig effizienten Einsatz des Europäischen Entwicklungsfonds ist nach Meinung der Kontrollbehörde unter anderem die vorwiegend paritätische Struktur des Lomé-Abkommens. Dieses System bringe die Einschaltung einer Vielzahl von Instanzen mit sich und führe zu einer starken Aufspaltung des Entscheidungsprozesses, daß schließlich nur noch sehr schwer festzustellen sei, bei wem jeweils die Verantwortung liege.

Als besonders abschreckendes - wenn auch nicht repräsentatives - Beispiel schildert der Hof das Schicksal eines von der EG finanzierten Straßenbauvorhabens in der Volksrepublik Kongo:

● Statt der geplanten 75 Kilometer langen Straße wurde lediglich eine Teilstrecke von 20 Kilometern fertiggestellt, die zudem zu drei Vierteln wieder zerstört ist.

● Die Prüfung des Projekts, die Studien, der Bau der Straße, „die Feststellung ihres raschen Verfalls“ und die noch bevorstehende Neuanlage werden letztlich einem Zeitraum von 22 Jahren (1962 bis 1985) beanspruchen.

● Die EG mußte viermal die Studien und zweimal den Bau der Straße sowie die Überwachung der Bauarbeiten finanzieren. Statt der ursprünglich vorgesehenen 3,7 Millionen Ecu (8,32 Millionen Mark) wird das Pro-

jekt insgesamt 34,3 Millionen Ecu (77,1 Millionen Mark) kosten.

Der Hof zitiert ein Gutachten vom Juli 1982, wonach es nur „auf Grund der zahlreichen Fehlleistungen, die von allen an dem Vorhaben Beteiligten in sämtlichen Phasen seiner Durchführung begangen wurden, zu einem derartigen katastrophalen Ergebnis kommen“ konnte. Er selbst knüpft daran die Bemerkung, die mangelhaften Leistungen der Beteiligten seien erst dadurch möglich geworden, daß in den Verträgen keine ausreichenden Sicherheiten vorgesehen waren, daß es die Kommission verstimmt habe, Konventionalstrafen zu verhängen und daß die Überwachung des Projekts „schwerwiegende Lücken“ aufwies.

Die von Brüssel geförderten Industriezonen seien ebenfalls „weitgehend ungenutzt“ geblieben und würden teilweise sogar noch von Landwirten bewirtschaftet.

SPARKASSE WUPPERTAL / Ergebnis verbessert

Kredite wieder gefragt

HARALD POSNY, Wuppertal
Im zurückliegenden Jahr ist im Kreditsektor manches anders gelaufen als es in volkswirtschaftlichen Lehrbüchern steht. So beobachtete der Vorstand der Sparkasse Wuppertal fast übers gesamte Jahr eine Umkehrung früherer Konsumverhaltensweisen. Vorstandsmitglied Günter Knorr: „Trotz noch unsicheren Umfelds zeigte der Verbraucher Mut zum Konsum und leistete seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Besserung.“ Dabei werde der Wunsch, den Lebensstandard zu halten, ebenso eine Rolle gespielt haben wie sein Gespür für positive Perspektiven.

Das hatte 1983 freilich auch seine Folgen für die Sparkasse des Instituts. Die Kapitalbildung fiel mit 129 (188) Mill. DM niedriger aus als im Jahr zuvor. Außerdem verschoben sich deutlich die Akzente von Konsumsparen hin zu haushälterischen Wertpapieren, bei denen sich über eine Verdoppelung des Zuwachses (129 Mill. DM) fast das gesamte Sparaufkommen wiederfand. Die Spareinlagen schmolzen auf 1,95 (1,98) Mrd. DM, die Sichteinlagen auf 704 (822)

Mill. DM ab, während die Anlage in Sparkassenbriefen und -obligationen auf 802 (673) Mill. DM stieg. Mit einem Plus von 60 (204) Mill. DM erreichten die gesamten Kundeneinlagen 3,51 Mrd. DM.

Die Dynamik des Kreditgeschäfts hielt dagegen an. Wieder erreichte das Neugeschäft ein Volumen von 1,1 Mrd. DM. Baufinanzierungen waren noch stärker gefragt als 1982. Der Bestand an Kundenforderungen wuchs um 4,7 Prozent auf 2,6 Mrd. DM, wobei die Bestandserhöhung ganz auf den langfristigen Bereich (1,96 nach 1,82 Mrd. DM) entfiel. Mit 127 (131) Mill. DM hielt sich das Investitionsvolumen der mittelständisch und exportorientierten Wirtschaft auf Vorjahreshöhe. Gleiches galt für den Konsumentenkredit.

Mit der Ertragslage ist Knorr sehr zufrieden. Das Betriebsergebnis lag um 2,2 Prozent höher als im Vorjahr. Die Zinsspanne wurde nochmals auf 3,8 (3,7) Prozent ausgeweitet. Trotz Stärkung der Risikoversorge wird der Jahresüberschuss auf rund 13,7 (10,4) Mill. DM steigen und die Eigenkapitalquote von 3,75 auf 4 Prozent auf 3,8 (3,78) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme wachsen lassen.

NAMEN

Dr. Richard Beckers, Düsseldorf, ist durch Beschluß des Amtsgerichts Kempen zum Mitglied des Aufsichtsrats der Girmes-Werke AG bestellt und von diesem zum Vorsitzenden gewählt worden. Dr. Klaus Götte ist nach der Übernahme des Vorstandsvorsitzes der Gutehoffnungshütte Aktienverein aus dem Girmes-Aufsichtsrat ausgeschieden. Dr. Michael Gebel (43), bisher Geschäftsführer im Kaufhof-Konzern und dort zuletzt bei der Touristiktochter ITS, ist seit 1. Januar 1984 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Horten AG, Düsseldorf.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Interport Ges. z. Anwendung u. Förderung moderner Tiererzuchtmethoden mbH, Witzhave; Klee: Hegmann & Co. GmbH Betonwerk, Emmerich; Wuppertal: Klaus Jung, Straßenbetonwerk, Völsper 15.
Vergleich eröffnet: Aalen: Aprithaus-Schaumstoff-GmbH, Abtsgemünd 1; Köln: Van Weynag & Co. KG Teilzahlungsbank.
Vergleich beantragt: Hagen: Braun-Angebot Ges. f. Maschinen- u. Anlagen mbH, Karlsruhe.

Horten verbessert Ertragslage deutlich

Py, Düsseldorf

Die Horten AG, Düsseldorf, hat im Kalenderjahr 1983 den Umsatz ihrer 97 Warenhäuser (ohne Lebensmittel, Reisen und die Peter-Hahn-Modehäuser) um 3,6 Prozent auf 2,94 Mrd. DM erhöht. In einer ersten Übersicht für den Zeitraum, der nicht mit dem Geschäftsjahr (20.2) identisch ist, wird die Verkaufsfläche mit unverändert 533 000 qm angegeben. Den Angaben zufolge hat sich die Ertragslage der Horten AG „durchgreifend verbessert“. Nähere Angaben dazu macht der Vorstand – wohl auch mit Rücksicht auf das noch laufende Geschäftsjahr nicht. Auch Hinweise auf die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung – zuletzt wurden 2,50 je 50 DM-Aktie für 1981 gezahlt – fehlen. Eine Ausschüttung für 1983/84 ist nach der Ertragslage 1983 zumindest nicht ausgeschlossen. Die Horten-Reisebüros haben 1983 ihren Umsatz mit 81,4 Mill. DM gehalten, Peter Hahn setzte 90 Mill. DM sowie 12 Mill. stf. um. Die Horten-Beschäftigtenzahl verringerte sich um 8 Prozent auf 18 750 voll beschäftigte Mitarbeiter.

GENERAL MOTORS / US-Konzern neu organisiert – Nur noch zwei Autogruppen

Rückkehr zur Strategie der 30er Jahre

H.A. SIEBERT, Washington
Der berühmte Alfred P. Sloan, von 1927 bis 1956 zunächst Präsident und dann Vorstandsvorsitzender der General Motors Corporation, hat es in seiner Autobiographie, 1965 im Münchner Verlag Moderne Industrie erschienen, so beschrieben: Ein Autohersteller darf sich nicht selbst Konkurrenz machen; vielmehr muß er junge und alte, arme und reiche Käufer auf Lebenszeit an sich binden.

Diese Strategie setzte Sloan, der als „König von Detroit“ das größte Automobilunternehmen der Welt schuf, in den 30er Jahren durch. Danach baute Chevrolet kleine und billige Wagen für junge Leute ohne viel Geld. Mit zunehmendem Einkommen und Alter erwarben Chevrolet-Fahrer Modelle von Pontiac, Oldsmobile, Buick und schließlich Cadillac. Grundsätzlich galt die Regel: je höher in der „GM“-Typenskala, um so größer die Autos.

Von Sloans Logik ist nicht viel übriggeblieben. Heute fährt jeder der fünf „divisions“, aus denen der Autokern der General Motors Corp. (1982: 94 Prozent der Umsätze von 60 Milliarden Dollar) besteht, einen scharfen Wettbewerbskampf gegen die Schwesterabteilungen und bietet ähnliche Paletten an. So läßt Chevrolet den Caprice Classic von den Bändern rollen, der mit den Straßenkreuzern von Buick und Oldsmobile konkurriert. Alle „Fünf“ montieren das Kleinwagenmodell „J“ als Chevrolet Cavalier, Pontiac 2000, Oldsmobile Firenza, Buick Skylark und Cadillac Cimarron. Entsprechend groß ist die Verwirrung bei den „GM“-Kunden.

Wegen wachsender Verluste auf Teilmärkten will „GM“ die Konfusion beenden und zu der Strategie der legendären Sloan zurückkehren. Wie in Detroit durchsickerte, beschließt der Verwaltungsrat des Konzerns vielleicht schon am kommenden Montag eine Aufteilung der fünf „divisions“ in zwei Gruppen: Die eine (Chevrolet und Pontiac) baut künftig kleinere, die andere (Oldsmobile, Buick und Cadillac) größere Autos.

Eine vor 15 Monaten in Auftrag gegebene Studie ist fertiggestellt. Danach würde Chevrolet als größtes

Modell den Celebrity und Pontiac den 6000 anbieten. Für die andere Gruppe wäre dieser „A-Typ“ mit Vorderradantrieb die Untergrenze. Die „GM“-Tochter Fisher Body und die Montagewerke sollen ihre Selbstständigkeit verlieren und den beiden Gruppen zugeschlagen werden.

Worauf der Konzern zielt, ist, wie der Vorstandsvorsitzende Roger B. Smith kürzlich erklärte, eine größere Produktidentität. Nach seinen Vorstellungen soll Chevrolet zum Billigauto zurückkehren. So wird die Abteilung von 1985 an etwa 300 000 Wagen jährlich von den japanischen Partnern Suzuki und Isuzu importieren, die in den USA unter 5000 Dollar verkauft werden sollen. Pontiac konzentriert sich wiederum auf leistungsfähigere Modelle wie den 2000 mit Turbo.

Smith: „Es ist unsinnig, daß eine Abteilung der anderen Markanteile abjagt.“ Die größte Pleite erlebte Cadillac, deren Cimarron seinem spanischen Namen („wild“) keine Ehre machte. Er gilt als lahm und unverkäuflich.

Den Entschluß zu dieser Diversifikation faßte PM 1981, weil, so Ertl, immer wieder das geringe Interesse der Unternehmen bemängelt wurde, sich einem breiten Anlegerpublikum zu öffnen. Eine genaue Analyse habe allerdings gezeigt, daß weder die Firmen noch die Banken selbst die genauen Modalitäten einer Börseneinführung gekannt hätten.

Daß bei einigen der acht Gesellschaften, die PM seit 1981 an die Börse gebracht hat (Emissionsvolumen: 64,02 Mill. DM), ein gewisses Risiko einhergeht, verkennt er nicht. Fünf von ihnen (Knürr, Electronic 2000, SM Software, Tewidata und GFC) sind der Computer-Branche zuzurechnen, während Rückfort, Kerkerbachbahn und Treuwo im Wohnungsbau tätig sind. Man lehne es aber ab, den Emissionskurs bis zum Letzten „auszureizen“ und verpflichte die Neulinge zu einer hohen Publizität im Börsenprospekt, mit der Veröffentlichung von Quartalsberichten und des DVFA-Gewinns.

Auch wenn etablierte Bankiers die Nase rümpfen, daß diese kleinen Unternehmen mit einem entsprechend bescheidenen Emissionsvolumen über einen Outsider den Weg zum Publikum und an den Freiverkehrsmarkt finden: Die Überzahlungen bis zum 22fachen und die Kursent-

sehr Absatzsteigerung beigetragen. Es sei zu erwarten, daß auch 1984 wieder um mehr Strom verbraucht werde. Unter diesen günstigen Voraussetzungen sehe sich die Preulelektra in der Lage, die seit dem 1. Januar 1983 geltenden Strompreise weiterhin stabil zu halten.

Änderung bei Coutinho, Caro
Hamburg (JB) – Das Hamburger Handelshaus Coutinho, Caro & Co KG hat im Rahmen einer Neuorganisation des Unternehmensbereichs Industrieanlagenbau zwei Fachgebiete in selbständige Tochterunternehmen ausgliedert. Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 wird der Glas-Anlagenbau bei der Firma Coutinho Glass Engineering GmbH liegen und der Getränke-Anlagenbau bei der Firma Coutinho Food Engineering GmbH, beide Hamburg.

Stabile Strompreise
Hannover (dpa/VWD) – Die Preuleische Elektrizitäts-AG (Preulelektra) in Hannover, die weite Teile Niedersachsens, Hessens und einige östliche Randgebiete Nordrhein-Westfalens mit Strom beliefert, steigerte 1983 in der AG den Stromabsatz um 3,6 Prozent auf 22,5 Mrd. kWh. Wie das Unternehmen mitteilte, habe sowohl der Bedarf der privaten als auch der gewerblichen Stromabnehmer zu die-

andere unter der des Königreichs Tonga führen.

Anschießkonkurs eröffnet
Eislingen (VWD) – Nach Ablehnung des Vergleichsantrags der Staufen Fahrzeugwerke Eislingen, Jakober GmbH & Co, Eislingen, vom 2. November 1983 hat das Amtsgericht Göttingen das Anschlußkonkursverfahren eröffnet. Wie Konkursverwalter Hans Ringwald und die Geschäftsleitung mitteilen, wird das Konkursverfahren jedoch nicht zur Schließung des Unternehmens führen, eine Anfang Dezember 1983 gegründete „Wartegesellschaft“ mit 0,5 Mill. DM Gesellschaftskapital und dem Namen Staufen Fahrzeuge, Vertriebs- und Service GmbH werde während der Abwicklung des Konkursverfahrens der Altgesellschaft und bis zum Inkrafttreten einer neuen Unternehmenskonzeption die Kundenbeziehungen pflegen und das Neugeschäft betreiben.

PORTFOLIO MANAGEMENT / Acht Emissionen

Die Banken überrundet

DANKWARD SEITZ, München
Noch nie haben innerhalb eines Jahres so viele deutsche Unternehmen den Schritt an die Börse getan wie 1983. Elf Neueintragungen verzeichnete der Kurszettel. Eine ungewöhnlich hohe Zahl, wenn man bedenkt, daß seit 1956 bis Ende 1982 lediglich 39 Emissionen durchgeführt wurden. Entscheidenden Anteil an dieser Trendwende hatte die Münchner PM Portfolio Management Gesellschaft für Wertpapierberatung mbH, die allein bei fünf Börseneinführungen als führendes Emissionshaus fungierte.

Lächelnd gesteht Bernd Ertl, einer der fünf persönlich haftenden PM-Gesellschafter, selbst ein, daß diese Tätigkeit für ein privates, bankenunabhängiges und mehr auf die Verwaltung von Wertpapierdepots ausgerichtetes Unternehmen etwas ungewöhnlich ist. Inzwischen hat man sich damit aber ein schon recht kräftiges „zweites Standbein“ aufgebaut und den Banken – mit Ausnahme der Deutschen Bank, die 1983 die restlichen sechs Börseneinführungen managte – den Rang abgelaufen.

Den Entschluß zu dieser Diversifikation faßte PM 1981, weil, so Ertl, immer wieder das geringe Interesse der Unternehmen bemängelt wurde, sich einem breiten Anlegerpublikum zu öffnen. Eine genaue Analyse habe allerdings gezeigt, daß weder die Firmen noch die Banken selbst die genauen Modalitäten einer Börseneinführung gekannt hätten.

Daß bei einigen der acht Gesellschaften, die PM seit 1981 an die Börse gebracht hat (Emissionsvolumen: 64,02 Mill. DM), ein gewisses Risiko einhergeht, verkennt er nicht. Fünf von ihnen (Knürr, Electronic 2000, SM Software, Tewidata und GFC) sind der Computer-Branche zuzurechnen, während Rückfort, Kerkerbachbahn und Treuwo im Wohnungsbau tätig sind. Man lehne es aber ab, den Emissionskurs bis zum Letzten „auszureizen“ und verpflichte die Neulinge zu einer hohen Publizität im Börsenprospekt, mit der Veröffentlichung von Quartalsberichten und des DVFA-Gewinns.

Auch wenn etablierte Bankiers die Nase rümpfen, daß diese kleinen Unternehmen mit einem entsprechend bescheidenen Emissionsvolumen über einen Outsider den Weg zum Publikum und an den Freiverkehrsmarkt finden: Die Überzahlungen bis zum 22fachen und die Kursent-

wicklung (per 27. 12. 83; plus 26 bis 148 Prozent gegenüber dem Ausgabekurs, Ausnahme: Knürr plus/minus null und Treuwo minus -12 Prozent) zeigen, daß es durchaus Anlegerinteressen gibt.

Ermutigt vom Erfolg – „wir müssen inzwischen nicht mehr selbst akquirieren, denn die Firmen kommen jetzt auf uns zu“ – will PM 1984 zehn bis zwölf Neueintragungen mit einem Volumen von jeweils 5 bis 15 Mill. DM durchführen. Überwiegend sollen es Unternehmen aus Wachstumsbranchen oder mit neuen Technologien sein, deren Börsenkurs schnelleren Wachstumschancen als der Durchschnitt verspricht. Insgesamt erwartet Ertl im kommenden Jahr 25 Börseneinführungen. Seiner Ansicht nach eine noch immer bescheidene Zahl, denn rund 1000 deutsche Unternehmen seien reif für die Börse.

Denkbare interne Konfliktsituationen zwischen der Emissionspolitik und der Wertpapierdepot-Verwaltung, die PM seit ihrer Gründung im Jahr 1967 betreibt, sind nach Ertl dadurch ausgeschlossen, daß solche Aktien nicht in die Depots wandern. 1983 verwaltete PM ein Vermögen von rund 400 (346 nach 240) Mill. DM. Etwa 75 Prozent davon entfallen auf Depots institutioneller Anleger, die ab 5 Mill. DM geführt werden, der Rest auf Private, für die eine Untergrenze von 0,5 Mill. DM festgesetzt wurde. Der durchschnittliche Depotwert betrug 1983 bei Institutionellen rund 30 Mill. DM und bei Privaten etwa 1,4 Mill. DM. Angelegt werden die Mittel ausschließlich in 30 bis 40 Aktienwerte, Renten sowie in Festgeld.

Unzufrieden zeigte sich Ertl mit der 1983 absehbaren Wertsteigerung, die weit unter der gegebenen Möglichkeit geblieben ist, nachdem in den letzten fünf bzw. drei Jahren trotz schlechter Börsen Zuwachsraten von durchschnittlich 10,4 bzw. 13,1 Prozent erzielt worden waren. Offen gesteht er ein, daß PM vor allem die Entwicklung des Aktienmarktes zu Beginn des Jahres unterschätzt hatte und daher hier nicht voll investiert war. Ärgerlich nicht nur für die Kunden, „sie werden uns auch weiterhin die Treue halten“, vielmehr für PM selbst, denn privaten Anlegern wird beispielsweise neben einer jährlichen Verwaltungsgebühr von 1 Prozent des durchschnittlich eingesetzten Kapitals ein Erfolgshonorar von 15 Prozent des erwirtschafteten Ertrages berechnet.

„Ladylike von Rank Xerox. Das ist eine Überraschung.“

Ladylike ist eine Speicher-Schreibmaschinen-Serie mit Zukunft: Wachsen die Aufgaben, wächst Ladylike mit.

Alle Ladylike Speicher-Schreibmaschinen der Xerox 600 Serie verfügen über eine flexible Speicherkapazität, die sich beliebig erweitern läßt. Ein echter Vorteil in der Praxis. Denn anfangs reicht vielleicht schon ein Konstantenspeicher für kurze Texte. Aber irgendwann brauchen Sie vielleicht mehr Speicherplatz. Z.B. für zusätzliche Verträge, vermehrte Standard-Korrespondenz usw.

Mit Ladylike schaffen Sie schnell mehr Kapazität. Zusätzlich haben Sie jederzeit die Möglichkeit, Ladylike auch für Spezialanwendungen wie Serienbriefe oder Bausteinverarbeitung einzusetzen. Durch Schreibautomatik, Bedienerfreundlichkeit und einen separaten Korrekturspeicher kann mit Ladylike alles schnell und zuverlässig erledigt werden. Und dazu unwahrscheinlich leicht.

Das schont nicht nur die Nerven Ihrer Sekretärin. Ihre auch.

Ladylike. Die Lady unter den Schreibmaschinen.

Abnehmen und abgeben an:
Rank Xerox GmbH, Abt. MKO,
Postfach 110 970, 4000 Düsseldorf 11
Geben Sie mit dieser Information:
Name: _____
Firma: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Datum: _____



RANK XEROX®

Aktien stark schwankend

Gewinnminnahmen hemmten den weiteren Kursanstieg

DW. — An der Dienstagbörsen nahmen einige institutionelle Anleger sowie Teile des Berufsstands, die zunächst noch auf breiter Front gegen den Aktienkurs zum Anlauf, Kneipenwind zu wehen, nunmehr einen Kursrückgang ins Auge gefaßt. Der Grund lag in dem Ausmaß der Gewinnminnahmen, die sich im Verlauf der letzten Woche bei den meisten Aktien und Aktienanleihen geltend machten. Die Gewinnminnahmen waren auf der einen Seite durch den Anstieg der Aktienkurse, auf der anderen Seite durch den Rückgang der Kuponrenden bedingt. Die Gewinnminnahmen waren auf der einen Seite durch den Anstieg der Aktienkurse, auf der anderen Seite durch den Rückgang der Kuponrenden bedingt.

Zu den bevorzugten Papieren zählten wieder die Bankaktien, bei denen die der Deutschen Bank im Mittelpunkt standen. Bayern-Hypo behielten ihren raschen Anstieg von 5 DM auf 297 DM, wobei das Bezugsrecht erreichte mit 19,90 DM (plus 0,40 DM) einen neuen Höchststand. Im Chemiebereich waren die Titel der Großchemie nur knapp behauptet. Meßingwerke stiegen von 10 DM auf 10,50 DM, wobei der vorstehende Optionsklausel gesehen werden müssen, ließen des Conti-Gummi-Kurs bei lebhaften Umsätzen erneut anziehen. Trotz der bevorstehenden Privatplatzierung des neuen Aktien blieben Aktien ihrer Kursanstieg langsam fort.

Düsseldorfer AG&C Kabel Rheytid verminderten um 5 DM, Adol NSU und die Aktien von D. M. und D. DM. Dryckerhoff ST,gaben ebenfalls um 6 DM nach. Glidemeister erhöhten um 2,90 DM und Leffers um 5 DM. Rheag stockten um 9 DM auf und KSST ST, um 3 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz 2,50 DM und Aachen Münchener, Vers, 5 DM.

Frankfurt: Frankfurter Hypotheken stiegen um 25 DM auf 975 DM, Cassella um 26 DM auf 545 DM, MAD Vorräte um 18 DM auf 336 DM, die Aktien der Rheinischen Flusinkündigung um 7 DM auf 70 DM. Das Bezugsrecht Bayerische Hypotheken wurde mit 19,90 DM plus 0,40 DM bei 115 Stück Umsatz gehandelt.

Die Aktien des Rheinisch Gummi wurden erneut fester mit 164 DM (plus 2,60 DM) gehandelt. Reichelt gingen zu 95 DM (plus 2,90 DM) aus dem Markt. REW kauften auf 101 DM, die Aktien der Rheinischen Vorräte bei 177 DM unverändert blieben. Heisersdorf wurden mit 259 DM sowie Haller Meurer mit 220 DM (je plus 1 DM) umgesetzt.

München: Agrob VZ erhöhten um 9 DM und Dywidag um 2 DM. Ehemge Alginer stockten um 10 DM auf, stieg auf 6,50 DM und Pfand auf 2,50 DM. Die Aktien der D. D. und Leemische Draht um 3 DM. Verbessern konnten sich Süd Chemie um 15 DM und Wanderer um 10 DM.

Wien: Orlan, Oestrich verbesserten sich um 10 DM, der neue Kindl um 2,50 DM, Herlitz Vorräte, Kampinski und Schering um je 1 DM. Herlitz Stämme wurden um 3 DM, Rheinhettel um 2 DM und DUB-Schleiss um 1 DM zurückgenommen.

Nachbörser: behauptet

WELT-Anzeiger vom 2. 1. 1949 (3482)
WELT-Anzeiger vom 2. 1. 1949 (3482)

n den weiteren Kursanstieg
ten Bankenkundschaft an der Aktienanlage
wächst, kam es im Verlaufe zu differenzierten
Kursbewegungen, zum Schluß sogar wieder zu
einer einheitlich widerstandsfähigen Tendenz.
Gesucht waren auf der anderen Seite Maschin
enbaupapiere.

Die Gildemeister
DM und Leffers
stockten um 9 DM
um 3 DM. Bei den
schweren Allianz
schlichen Mifflor
Anknüpfung: Hypo-
thek 25 DM auf 975
DM, 15 DM auf 545 DM,
15 DM auf 335
DM, 15 DM auf 70
DM. Recht Bayerische
Bank mit 13,90 DM
und 11,50 Stück
Geld. Gildemeister
wurde 164 DM (plus
mit Reichelt gin-
gen 2,90 DM) aus
den kamen auf 101
DM. Unter
DM, unter
bleiben. Beiderdorf wurden mit 255
DM sowie Haller Meurer mit 220
DM (je plus 1 DM) umgesetzt.
Mifflor: Agrob VZ erhöhten
um 8 DM und Dyrwylung um 2 DM.
Ehrene Algor stockten um 10 DM.
um 2,10 DM und DM und Flach-
um 2 DM. Die Gildemeister
um 3 DM und Leonie Draht um 3
DM. Verbessern konnten sich Süd
Chemie um 15 DM und Wanderer
um 10 DM.
Die Gildemeister verbesserten sich
um 2,70 DM, Berliner Kindi um
2,50 DM, Herlitz Vörsage, Kamp-
pinski und Schering um je 1 DM.
Herlitz Stämme wurden um 3 DM,
Rheinmetall um 2 DM und DÜ-
Schleiss um 1 DM zurückgeführt.
Nachher: behauptet
WEST-Abnehmer von 3. 1. 1942 0468
WEST-Abnehmer von 3. 1. 2389 0468

	1.1.	2.1.	3.1.	4.1.
			Stücke	
AEO	84,5-13,5-2,6	402G	29740	84,5-13,5-2,5-2,6
BA5F	174,5-5,8-3,6	177A	2996A	174,5-5,8-3,6
Boyer	174,5-5,8-3,6	174,5	42538	174,5-5,8-3,6-2
Boyer, Hypo	296-7-4,4	292	3782	
Boyer, Volk		384G	3361	355-4-26G
BW		424,5	6839	355-4-26
Comanch	435-4-4,7,6	124,8	52714	171-27-4-9
Cornel Gemel	171-27-4-9	174,5	6178A	171-27-4-31-2,4
Dofinier	355-2-30-47	64G	5967	355-2-30-47
Dr. Bank	355-2-35-32,5	349	33974	355-1,5-3-2

Boydston av. E	174-71-1-2	1752	2289	175-1-2
DHR	174-71-2-1	1753	2290	175-1-3
Heck	174-71-2-2	1754	2291	175-1-4
Heckert	174-71-2-3	1755	2292	175-1-5
Hoch	174-71-2-4	1756	2293	175-1-6
Hoch	174-71-2-5	1757	2294	175-1-7
Hoch	174-71-2-6	1758	2295	175-1-8
Hort	174-71-2-7	1759	2296	175-1-9
Hort	174-71-2-8	1760	2297	175-1-10
Hort	174-71-2-9	1761	2298	175-1-11
Karnoch	174-71-2-10	1762	2299	175-1-12
Karnoch	174-71-2-11	1763	2300	175-1-13
Karnoch	174-71-2-12	1764	2301	175-1-14
Karnoch	174-71-2-13	1765	2302	175-1-15
Karnoch	174-71-2-14	1766	2303	175-1-16
Karnoch	174-71-2-15	1767	2304	175-1-17
Karnoch	174-71-2-16	1768	2305	175-1-18
Karnoch	174-71-2-17	1769	2306	175-1-19
Karnoch	174-71-2-18	1770	2307	175-1-20
Karnoch	174-71-2-19	1771	2308	175-1-21
Karnoch	174-71-2-20	1772	2309	175-1-22
Karnoch	174-71-2-21	1773	2310	175-1-23
Karnoch	174-71-2-22	1774	2311	175-1-24
Karnoch	174-71-2-23	1775	2312	175-1-25
Karnoch	174-71-2-24	1776	2313	175-1-26
Karnoch	174-71-2-25	1777	2314	175-1-27
Karnoch	174-71-2-26	1778	2315	175-1-28
Karnoch	174-71-2-27	1779	2316	175-1-29
Karnoch	174-71-2-28	1780	2317	175-1-30
Karnoch	174-71-2-29	1781	2318	175-1-31
Karnoch	174-71-2-30	1782	2319	175-1-32
Karnoch	174-71-2-31	1783	2320	175-1-33
Karnoch	174-71-2-32	1784	2321	175-1-34
Karnoch	174-71-2-33	1785	2322	175-1-35
Karnoch	174-71-2-34	1786	2323	175-1-36
Karnoch	174-71-2-35	1787	2324	175-1-37
Karnoch	174-71-2-36	1788	2325	175-1-38
Karnoch	174-71-2-37	1789	2326	175-1-39
Karnoch	174-71-2-38	1790	2327	175-1-40
Karnoch	174-71-2-39	1791	2328	175-1-41
Karnoch	174-71-2-40	1792	2329	175-1-42
Karnoch	174-71-2-41	1793	2330	175-1-43
Karnoch	174-71-2-42	1794	2331	175-1-44
Karnoch	174-71-2-43	1795	2332	175-1-45
Karnoch	174-71-2-44	1796	2333	175-1-46
Karnoch	174-71-2-45	1797	2334	175-1-47
Karnoch	174-71-2-46	1798	2335	175-1-48
Karnoch	174-71-2-47	1799	2336	175-1-49
Karnoch	174-71-2-48	1800	2337	175-1-50
Karnoch	174-71-2-49	1801	2338	175-1-51
Karnoch	174-71-2-50	1802	2339	175-1-52
Karnoch	174-71-2-51	1803	2340	175-1-53
Karnoch	174-71-2-52	1804	2341	175-1-54
Karnoch	174-71-2-53	1805	2342	175-1-55
Karnoch	174-71-2-54	1806	2343	175-1-56
Karnoch	174-71-2-55	1807	2344	175-1-57
Karnoch	174-71-2-56	1808	2345	175-1-58
Karnoch	174-71-2-57	1809	2346	175-1-59
Karnoch	174-71-2-58	1810	2347	175-1-60
Karnoch	174-71-2-59	1811	2348	175-1-61
Karnoch	174-71-2-60	1812	2349	175-1-62
Karnoch	174-71-2-61	1813	2350	175-1-63
Karnoch	174-71-2-62	1814	2351	175-1-64
Karnoch	174-71-2-63	1815	2352	175-1-65
Karnoch	174-71-2-64	1816	2353	175-1-66
Karnoch	174-71-2-65	1817	2354	175-1-67
Karnoch	174-71-2-66	1818	2355	175-1-68
Karnoch	174-71-2-67	1819	2356	175-1-69
Karnoch	174-71-2-68			

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

1.1.		2.1.		3.1.		4.1.		5.1.		6.1.		7.1.		8.1.		9.1.		10.1.		11.1.		12.1.		13.1.		14.1.		15.1.		16.1.		17.1.		18.1.		19.1.		20.1.		21.1.		22.1.		23.1.		24.1.		25.1.		26.1.		27.1.		28.1.		29.1.		30.1.		31.1.		32.1.		33.1.		34.1.		35.1.		36.1.		37.1.		38.1.		39.1.		40.1.		41.1.		42.1.		43.1.		44.1.		45.1.		46.1.		47.1.		48.1.		49.1.		50.1.		51.1.		52.1.		53.1.		54.1.		55.1.		56.1.		57.1.		58.1.		59.1.		60.1.		61.1.		62.1.		63.1.		64.1.		65.1.		66.1.		67.1.		68.1.		69.1.		70.1.		71.1.		72.1.		73.1.		74.1.		75.1.		76.1.		77.1.		78.1.		79.1.		80.1.		81.1.		82.1.		83.1.		84.1.		85.1.		86.1.		87.1.		88.1.		89.1.		90.1.		91.1.		92.1.		93.1.		94.1.		95.1.		96.1.		97.1.		98.1.		99.1.		100.1.		101.1.		102.1.		103.1.		104.1.		105.1.		106.1.		107.1.		108.1.		109.1.		110.1.		111.1.		112.1.		113.1.		114.1.		115.1.		116.1.		117.1.		118.1.		119.1.		120.1.		121.1.		122.1.		123.1.		124.1.		125.1.		126.1.		127.1.		128.1.		129.1.		130.1.		131.1.		132.1.		133.1.		134.1.		135.1.		136.1.		137.1.		138.1.		139.1.		140.1.		141.1.		142.1.		143.1.		144.1.		145.1.		146.1.		147.1.		148.1.		149.1.	
------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--

**Ausländische
DM-Ausleih**

[illegible]

Ausland

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

en

[illegible]

nd Sorten

[illegible]

each US Dollar -

maßen US-Dollar entwertungs-
 mauer 1994 mit Aufhebung
 des Kontingents konfirmiert.
 Die Amerikaner um 7,76% auf
 25 zu verzeichnen war. Der
 Kurs wurde mit 2,7458 fest.
 Die Bundesbank 7,4 Mio.
 Die Mit Eintritt des Zins-
 w wurde die Dollar-Zins-
 bezogen höher bezahlt und
 bei 2,490 abgestürzt. Der
 kien fiel um 19,5 P auf
 Der Japanische Yen zog
 US-Dollar in: Amster-
 dam: 56,08; Paris 8,4010;
 W: Wien 1898,50; Zürich
 4,010/D/M: 2,97; Pfund/Dollar
 1,11 (3941).

2. 1. (je 100 Mark Ost) - Berlin:
 22,00 DM West; Frankfurt:
 20,75 DM West.

Inmarkt

[illegible]

Sch

ZAW
Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Wie gut, daß keiner weiß...

C.A. - Mit Entscheidungen tat sich schwer, wer immer in der deutschen Politik die Weichen für Großprojekte stellen sollte. Das Zögern kostete den deutschen Steuerzahler in manchen Fällen Milliarden; der schnelle Brüter in Kalkül dafür ein Beispiel. Zukunftsprojekte bergen nun einmal ein Risiko, aber auch die Chance, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.

Nun läßt sich sicher trefflich darüber streiten, ob dieses oder jenes Programm die Steuergroschen rechtfertigt. Die politische Entscheidung, die sich im nachhinein als falsch erweist, oder durch die Entwicklung überholt wird, ist immerhin besser als das Herumkurieren an den Symptomen vergangener Fehler.

Den Politikern jedenfalls, steht ein umfangreiches Instrumentarium an Entscheidungshilfen zur Verfügung. Die Planungsabteilung im Bundeskanzleramt beispielsweise kann auf den Sachverständigenrat zurückgreifen. Wissenschaftler ihres politischen Vertrauens befragen - die Verantwortung wird den Regierenden trotzdem niemand abnehmen. Deshalb ist es gar zu billig, wenn sie sich hinterher auf den „Druck der Medien“ oder einer angeblich „mächtigen“ „Lobby“, herauszuredern versuchen. Doch das geschieht morgen im ZDF um 22.05 Uhr in der Sendung „Wenn das die Leute wüßten“.

Der Autor zeigt da mit dem Finger auf alle die Schuldigen, die Fehlentscheidungen trafen, für die wir alle teuer zahlen müssen. Daß der Autor sich nicht selbst, steht außer Frage. Er heißt Albrecht Müller und war - Leiter der Planungsabteilung unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt, als die milliardenschweren Entscheidungen für die jetzt von ihm attackierten Großprojekte fielen.

„Ach, wie gut, daß niemand weiß...“, singt ein kleines, geiles Männchen bei den Brüdern Grimm. Aber zum Schluss weiß doch jeder, daß es Rumpelstilzchen heißt.

M. Sladeks „Carmen“

Ein Fieber wird zur Pantomime

Auf japanisch klingt es etwas ungewöhnlich. Die Habanera aus Bizets „Carmen“. Die zierliche Chieko Schäfer-Ikeda wird denn auch, kaum daß sie den letzten Ton gesungen hat, von der Bühne gejagt - sozusagen von sich selbst, denn, so verrät das Programmheft, sie war nur „irritiert“. Carmen, die echte ist zwar nicht schöner, auf jeden Fall aber kräftiger und behaarter. Kunststück: Milan Sladek hat sich vom Carmen-Fieber anstecken und es sich nicht nehmen lassen, selbst in die Rolle der sinnlichen Zigeunerin zu schlüpfen. Daß Don José sich in sie verliebt, ist eigentlich nur der Tatsache zuzuschreiben, daß er annimmt, sie sei eine Frau (Stéphane Schmidt).

Ein doppelbödiges Spiel mit Masken und Identitäten ist diese Carmen in der Bearbeitung von Sladek und Isidoro Fernandez, die vollmundig, aber nicht ohne Ironie als Welturaufführung von Koller „Theater Kett“ angekündigt wurde. Eine frech-reisende Revue ist daraus geworden, die mit den Klischees um die Figur genauso spielt wie mit den Erwartungen des Publikums, das immer wieder selbst eingegriffen: Sladek hat eine Statistengruppe engagiert, die auf der Bühne herumspaziert, einmal als Besucher in der Zigarettenfabrik in Sevilla, in der sich Carmen mit ihren Kollegen prügelt.

Schlieflich sorgt diese bunte, gemischte Truppe sogar für das „richtige“ Ende: Als Don José seiner Carmen zum Schluss die Wahl läßt zwischen Dolch und Hochzeitskleider, entscheidet sich die herbe Schönheit für das Tüllgewebe. Aber da hat sie die Rechnung ohne das Publikum gemacht, das genau weiß, wie die untreue Carmen zu enden hat. So stirbt der/die Armee gleich mit einem halben Dutzend Messern im Leib, die ihr die aufgetragene Menge in den muskulösen Körper steckt.

Sladek scheint diesmal weder Klamauk noch Klamotte, weder Derbheit noch Banalität. Da wartet z.B. Micaela (sehr intensiv: die junge Eva Schmitz aus dem Ensemble) eines menschlichen Bedürfnisses wegen vor dem Herzhäuschen - und schließlich kommt „E.T.“ heraus. Witziger ist da schon Sladeks Einfall, aus dem Spiel herauszufallen und in die Kulisse zu rufen, er sei noch nicht fertig, worauf die Mimen die gleiche Szene zweimal wiederholen. Ein brillantes Kabinettstückchen liefert Isidoro Fernandez und Frank Meyer, die synchron vor einem „Spiegel“ agieren - bis es dem einen zu bunt wird und er aus dem Rahmen steigt, um nachzusehen, was vorne eigentlich passiert. Das sind Höhepunkte eines Abends, an dem schenkelstreichendes Gelächter Trumpf ist.

Leise Töne sucht man in dieser „Carmen“ vergebens. Aber die würden ja auch schlecht in Kölns Karnevalszeit passen. RAINER NOLDEN

In Slowenien geht der Geist Edvard Kocbeks um

Weißgardisten oder Kulturavantgarde?

Nicht nur Bücher, auch Zeitschriften haben ihre Schicksale, besonders in kommunistisch regierten Ländern und zumal dann, wenn es sich um Publikationen handelt, die sich mehr oder weniger deutlich von der Parteilinie distanzieren. In der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien ist jetzt auf diese Weise eine große Affäre um die Laibacher Zeitschrift „Nova Revija“ (Neue Revue) entstanden.

Es begann damit, daß der Altkommunist und parteinahe kommunistische „Literaturpapst“ Sloweniens, Josip Vidmar, in einem Interview für die Belgrader Parteizeitung „Borba“ heftige Angriffe gegen Redakteure und Mitarbeiter der „Nova Revija“ richtete. Die Zeitschrift, so Vidmar, versammle um sich alle jene intellektuellen in Slowenien, die in „scharfer Opposition“ zur KP und zu den Führungsorganen des Landes stünden. Der slowenischen KP war Vidmar vor „übertriebene Toleranz“ gegenüber dieser Zeitschrift an den Tag zu legen.

Der denunziatorische Angriff Vidmars richtete sich gegen ein Kulturorgan von hohem Niveau. „Nova Revija“ ist ein Monatsjournal. Bisher sind 18 Hefte erschienen. Gründer und Herausgeber ist die „Cankarjeva Založba“, einer der angesehensten Literaturverlage slowenischer Sprache. Die Gründung der „Nova Revija“ im Jahre 1982 geht auf eine Petition zahlreicher slowenischer Intellektueller zurück, die eine unabhängige, freie periodische Publikation für das Geistesleben der nordwestlichen „kleinen, aber feinen“ Teilrepublik Jugoslawiens verlangte. Mitja Ribicic, der spätere jugoslawische KP-Chef, damals Landesvorsitzender des „Sozialistischen Bundes“ (Volkfront) in Slowenien, kam diesem Wunsch nach einigen Zögern entgegen. „Hintergedanke war, offenbar, den unruhiger werdenden slowenischen Intellektuellen ein literarisches und „nationales“ Ventil zu schaffen.

Unter der Chefredaktion von Tine Hribar versammelten sich alsbald kritische slowenische Künstler und Schriftsteller der jüngeren und mittleren Generation, von denen einige bereits in der Vergangenheit Kollisions mit der Partei erlebt hatten. Um so größer war die Aufregung nach dem Angriff Vidmars. Die Redakteure wollten die Beschuldigungen nicht auf sich sitzen lassen. In einer „Antwort an Vidmar“ durchleuchteten sie dessen Vergangenheit. Er habe 1952 die „Hetze“ gegen seinen ehemaligen Partisanenkameraden Edvard Kocbek angeführt - den bedeutenden, von Romano Guardini und dem französischen Personalismus geprägten linkskatholischen Dichter und Philosophen. Kocbek, dessen Lyrik und Prosa zu den hervorragenden Werken slowenischer Sprache in diesem Jahrhundert zählen, wurde daraufhin auf Jahre zu einer Art Staatsfeind erklärt und mit Publikationsverbot belegt. Bis zu seinem Tode wurde er die Verfechter der kommunistischen Linie nicht mehr los.

Für Vidmar, so heißt es weiter, seien Begriffe wie Selbstverwaltung und Pluralismus etwas völlig Fremdes. Allenfalls benutzte er diese Worte als „Fassade“ für die Einparteien-

herrschaft der Kommunisten. Dann kommt die Redaktion auf den Zweiten Weltkrieg und die Zeit des Partisanenkampfes in Slowenien zu sprechen. Die „Befreiungsfront“, in welcher der Partisanenkrieg gegen die deutsche Okkupation organisiert wurde, habe damals „pluralistischen“ Charakter gehabt. Dieser Pluralismus sei aber später von den Kommunisten zerstört worden. In dieser pluralistischen Phase des Partisanenkampfes aber habe eben jener Edvard Kocbek als Vertreter katholischer Kreise eine Schlüsselrolle gespielt, bis er und andere Nicht-Kommunisten von der KP brutal ausgeschaltet wurden. Die Verteidigung Kocbeks und der „ursprünglichen“ (also pluralistischen) Prinzipien der seinerzeitigen Befreiungsfront gehörten zum Redaktionsprogramm der Zeitschrift, wird in der Antwort erklärt. Die Positionen Vidmars aber seien „reaktionär“. Sein Standpunkt decke sich mit gewissen Bestrebungen, Jugoslawien gegenüber der Außenwelt „abzuschließen“ und die freie Einführung von ausländischen Büchern und Zeitschriften zu verbieten.

In der nächsten Phase der Auseinandersetzung wurde der Ton der Angriffe auf die „Nova Revija“ noch schärfer. Jozse Javorek, langjähriger Sekretär Vidmars, beschuldigte in der Laibacher Zeitung „Dnevnik“ die Redakteure und Mitarbeiter der „Nova Revija“, sie seien „Rechte“ und bedienten sich „faschistischen Methoden“, weil sie alle jene, die mit ihnen nicht einer Meinung seien, als „Halbintellektuelle, Karrieristen, Reaktionäre, Stalinisten und Paranoiker“ abtaten. Die Methoden der „Nova Revija“ deckten sich vollkommen mit jenen bekannter „Rechtsstehender“ Zeitschriften des Westens, besonders in Deutschland und Italien vor dem Zweiten Weltkrieg. Javorek bringt dann die slowenische Zeitschrift überhaupt mit einer angeblichen „Offensive der Rechten“ in Westeuropa in Verbindung. Gegenüber Vidmar verhalte sich „Nova Revija“ ebenso wie seinerzeit die slowenischen „Weißgardisten“.

Das Zitieren der „Weißgardisten“ - der schärfsten Bürgerkriegsgegner der Kommunisten - ist in diesem Zusammenhang von ominösem Interesse. Wie erklärt Javorek, mit ihrem Bekenntnis zu Kocbek und dem „Kocbekismus“ hätten die Redakteure der „Nova Revija“ die Maske fallen lassen. Javorek beschuldigt die Zeitschrift sogar, insofern einen neuen Bürgerkrieg in Slowenien herbeizuführen: „Wollen Sie etwa, daß sich in Slowenien die Tragödie der spanischen Revolution oder die heutige Tragödie der Palästina wiederhole? Oder tut es Ihnen leid, daß wir uns nicht im Pluralismus verallteter westlicher Modelle wiedergefunden haben, gegen den heute alle Strömungen der fortschrittlichen westeuropäischen politischen Avantgarde kämpfen?“

Mit dieser letzten Frage allerdings hat Javorek gezeigt, warum es bei den Angriffen gegen „Nova Revija“ wirklich geht um die Furcht gewisser kommunistischer Kreise vor dem „westlichen“ Pluralismus im eigenen Land.

CARL GUSTAF STRÖHM

Jerusalem: Zwei Ausstellungen im Israel-Museum

Engel auf Glanzpapier

Der Ruth-Flügel im Israel-Museum in Jerusalem ist vor allem ein Anziehungspunkt für Kinder und Jugendliche. Aber die beiden Ausstellungen, die gegenwärtig - und noch bis zum Sommer - zu sehen sind, locken auch Erwachsene an. Es sind zwei recht unterschiedliche. Das eine, „Glanzbilder“ heißt die eine. Das ist ein hübsches und umfangreiches Sammelalbum aus aller Welt. Es versammelt die Geschichte und die Bedeutung des Glanzbildes, seitdem es zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland zum ersten Mal gedruckt wurde.

Neben den bekanntesten Motiven - Tiere, Gestalten aus Märchen und Sagen, technisch-wissenschaftliche Abbildungen und Glückwünsche - sind auch Porträts historischer Persönlichkeiten und kleine Andachtsbilder darunter. Und nicht zu vergessen die beiden Engel vom unteren Bildrand der „Sixtinischen Madonna“, die auch auf den Glanzbildern in Deutschland zum ersten Mal gedruckt wurden.

Selbstverständliche fehlen auch jüdische Motive nicht. So sind beispielsweise Szenen aus dem jüdischen Familienleben in Deutschland auf Bestellungen aus New York gedruckt worden. Sie zeigen häusliche Szenen in einem naiven, aber doch realistischen Stil.

Die zweite Ausstellung ist dem Lebenswerk von Tom Seidmann-Freud - der Nichte von Sigmund Freud - gewidmet. Sie schrieb und illustrierte 14 Kinderbücher, die sie manchmal mit originellen „Manipulier“-Spielen versah, die der junge Leser durch Falten, Drehen, Auf und Zuklappen usw. bewegen konnte. Tom kam in Wien 1892 als Martha Gertrude Freud

zur Welt. Die Familie zog bald nach ihrer Geburt nach Berlin. Mit 15 Jahren gab sie sich den Vornamen Tom. In diesem Alter begann sie auch zu schreiben und Bücher mit ihren Zeichnungen zu illustrieren (damals noch im Jugendstil). 1918 wurde ihr Werk „Das neue Bilderbuch“ in München als das „schönste in Deutschland“ erschienene Buch ausgezeichnet. Erst 38-jährig starb sie 1930.

Ihre Kinderbücher (z.B. „Das Zauberbuch“ und „Das Wunderhaus“) waren außerordentlich beliebt. Aber sie schuf auch Zeichnungen zu den Geschichten bekannter Erzähler und illustrierte die hebräischen Texte von Chaim Nachman Bialik, die Toms Mann, der Verleger Jankel Seidmann, in Berlin herausgab. Durch das Dritte Reich gerieten Tom Seidmann-Freud und ihre Bücher in Vergessenheit. Deshalb sind sie heute sehr selten.

Das Israel-Museum verdankt diese Ausstellung Toms und Jankels Tochter, die heute in Israel lebt. Aber den gedruckten Büchern und Zeichnungen stellte sie auch unveröffentlichte Zeichnungen und Skizzen sowie zwei Original-Bücher mit Toms Handzeichnungen zur Verfügung. Außerdem wurden Toms pädagogische Spiele ins Großformat übersetzt, damit die Besucher - jung und alt - diese hübschen Ideen ausprobieren können. (Zur Ausstellung gibt das Israel-Museum die „Kleinen Märchen“ von 1922 nach Grimm und Andersen, umgeschrieben und illustriert von Tom, ins Hebräische übersetzt von Ch. N. Bialik, neu heraus. Die Kataloge zu beiden Ausstellungen sind noch in Vorbereitung.)

LANA BRUNELL



Ein Dichter wird nicht wiederentdeckt: Szene aus Max Hermann-Neisses „Laube am Fluß“ mit (v. l.) Christiane Leuchtmann, Hansi Jockmann, Anita Mickl und Helmut Zauber, aus der Berliner Aufführung. FOTO: BINDER/THELE

Berlin: Max Hermann-Neisses „Die Laube der Seligen“ am Schiller-Theater

Verkorkste Liebende und eine Leiche

An dem Hause des unteren Kurfürstendamms, in dem er bis zu seiner Vertreibung aus Deutschland lebte, hängt eine Gedenktafel für Max Hermann-Neisse. Sie hängt so hoch, daß nur wenige sie bemerken könnten. Er starb, 1941, in Londoner Exil. Seine Bücher sind vergessen, nur wenige sind noch greifbar. Er war eine ruhende, immer etwas hüzare Randfigur des Expressionismus.

George Grosz hat ihn gemalt. Dix, Christian Schad und andere Maler der Epoche haben sich an seiner ruhenden, verwachsenen Figur geweidet, in verschlungenen Linien. Er hatte den Ton der Echtheit. Er trat in den literarischen Kabinett der zwanziger Jahre auf, der verblüffte kleine Mann. Alfred Kerr, der ja auch ein schlesischer Patriot und Heimatkinder war, nahm ihn unter seine Berliner Fittiche. Max Hermann durfte im alten „Berliner Tageblatt“ monatlich über seine Streifzüge durch die Kleinkunstbühnen Berlins schreiben. Das war jedesmal entzückend.

Er ist verschollen. Er ist es geblieben. Seine Gedichtbücher, Romane, seine wenigen Bühnenversuche sind heute kaum mehr greifbar. Da war es sicher verdienstvoll, wenn die Werkstatt des Schiller-Theaters seiner gedachten wollte.

Aber man tut es sonderbar hässlich und verzerrt. Dem kurzen Gedenk-

abend wird der Titel „Gedichte, Lieber und eine komische Tragödie“ angeheftet. Johannes Gruetzke, der Meister der Neuen Prachtigkeit, hat ein wirklich schönes, sozusagen immer wehmütig gekipptes Bühnenbild entworfen: Eine ruhende vertrackte Flußlandschaft, die durchaus etwas von der schlesischen Heimat des schließlich Heimatlosen atmet.

Aber dann treten die rezzitierenden Gestalten auf. Sie sind kostümlich verzerrt und veraltet. Matrosenanzüge, Backfisch-Kleider. Eine Geige schmalzt hässlich zu dem, was sie sprechen, so als ob Hermann zu echten Tönen gar nicht fähig gewesen wäre.

Dann spielt man ein kleines, frühes Dramolett aus dem Jahre 1919: „Die Laube der Seligen“. Drei bürgerlich verkorkste Liebespaare nähern sich der Laube am Fluß. Dort hängt schon schauerlich eine Leiche. Sie alle enden gräßlich und in extremer Dramatik.

Das Publikum lacht. Es wohnt einer Parodie an einem frühen Exzeß des Expressionismus bei. Es lacht bei jedem zweiten hochgezogenen, ausdrucksstarken Wort. Es findet, was da ausgegraben wurde, entsetzlich komisch. Fertig ist die Laube! Die irrtige Ehrung für Max Hermann geht entsetzlich in die Binsen.

FRIEDRICH LUFT

Die Höhlen von Dunhuang und Chinas Probleme mit der Kunstgeschichte

Des Affenkönigs Reise nach dem Westen

Unlängst meldete eine französische Nachrichtenagentur aus Peking, der chinesische Archäologe Dun Wenjie habe die Rückgabe von antiken Schriftwerken, die vorwiegend von Franzosen und Engländern Anfang des Jahrhunderts aus dem Buddhisten-Zentrum Dunhuang in Nordwestchina, geraubt worden waren, gefordert. So habe es in der englischsprachigen Zeitung „China Daily“ gestanden. Das las sich, als würden sich die Chinesen dem Chor jener Länder aus der Dritten Welt anschließen, die ihre „von den Kolonialisten geraubten“ Kunstwerke aus den bedeutenden Sammlungen in Europa und Amerika zurückverlangen.

Die Forderung überraschte um so mehr, als gerade die deutsche Ausgabe eines Buches über „Die Höhlen von Dunhuang“, herausgegeben vom Dunhuang Institute of Cultural Relics (Klett-Cotta, Stuttgart, 280 S., 212 Abb., 178 Mark) erschienen ist, das recht genau die Geschichte der Mogao-Höhlen und ihre Wiederentdeckung um die Jahrhundertwende beschreibt, ohne anzudeuten, daß China darauf bestehen würde, alle Kunstschätze und Dokumente, die dort gefunden und in ausländische Museen gebracht wurden, zurückzugeben. Ein Vergleich mit der Originalausgabe von „China Daily“ verrät dann auch, daß sich Dun Wenjie keineswegs so schroff ausgesprochen hat, wie AFP berichtete. Er hatte vielmehr gesagt, daß er hoffe, die im Ausland verstreuten Funde würden „früher oder später nach China zurückkommen“ und daß Dunhuang ein Museum bekäme als Heimstatt der Kunstschatze und der Dunhuang-Forschung.

Dunhuang und seine Kunstschatze haben den Chinesen immer wieder Schwierigkeiten bei der historischen und kunstgeschichtlichen Einordnung bereitet. Das liegt daran, daß es sich um ein buddhistisches Heiligtum handelte, der Buddhismus aber in den offiziellen Annalen nie sonderlich geschätzt wurde, und daß es eine eher volkstümliche denn artistische Kunstform war, die sich nur schwer in die traditionelle Darstellung der schönen Kunst einfügen ließ.

Dunhuang war eine wichtige Etappe an der Seidenstraße. Der Mönch Xuanzhang (Tripitaka) machte auf seiner später von Legenden und Wundergeschichten umrankten „Reise

nach dem Westen“ hier ebenso Station wie Marco Polo bei seiner Heimkehr nach Europa. Unweit der Stadt begann nach einer Überlieferung aus der Tang-Zeit der Mönch Lezun, im Jahr 366 eine Höhle aus dem weichen Gestein am Rande der Wüste Gobi zu graben, um ein buddhistisches Heiligtum zu schaffen. Bis zur Jahrtausendwende entstand daraus ein weitverzweigtes Labyrinth mit Hunderten von Grotten, die alle ausgemalt und mit farbig gefaßten Lehmreliefs und Gemälden geschmückt wurden. Denn im Nordwesten, am Ende der Chinesischen Mauer, wo starke Lokalherrscher die Macht ausübten, waren die Buddhisten vor den Verfolgungen, die 845 zur Schließung von 4600 Klöstern und der Laizierung von 260 000 Mönchen und Nonnen im direkten Machtbereich des Kaisers führten, geschützt.

Heute sind 492 Höhlen mit rund 45 000 qm Wandmalerei und zweitausend Tonfiguren registriert. In ihnen spiegelt sich die Lebensgeschichte Buddhas und der buddhistische Kosmos in höchst realitätsbezogener Weise, so daß für den Historiker Rückschlüsse auf den Alltag der Tang- und Song-Zeit möglich sind. Das wird in dem Band mit ausgewählten Bildbeispielen und ausführlichen Erläuterungen zu den Bildinhalten vorgenommen.

Da das Gebiet von Dunhuang 1227 von den Mongolen noch vor der Errichtung der mongolischen Yuan-Dynastie (1271-1368) erobert und wiederum 1516 vor dem Ende der Ming-Dynastie (1644) in die Hände der Tibetier fiel, gerieten die Heiligtümer in Vergessenheit. 1925 wurde sie zwar zum erstenmal wiederentdeckt, aber das blieb weitgehend ohne Folgen. Und als der taoistische Mönch Wang Yuanlu 1900 durch Zufall auf die Bibliothekshöhle stieß, verkaufte er diese Schätze an den aus Ungarn stammenden britischen Forscher Marc Aurel Stein und später an den französischen Sinologen Paul Pelliot, um Geld für einen taoistischen Tempel zu erhalten. So gelangten 7000 Schriftrollen und Schriftstücke sowie rund 500 Gemälde an das British Museum, etwa 6000 Dokumente und Bilder nach Paris sowie weitere Stücke nach Japan und (durch den Russen Oldenburg) nach Rußland (was die Chinesen erst 1963 durch die politischen Krisen, die seit 1990 China erschütterten - Boxeraufstand, Sturz der Qing-Dynastie 1911, der Kampf der Kommunisten gegen die Republik, der Krieg gegen Japan und schließlich der Sieg der Kommunisten - ließen eine wissenschaftliche Pflege der Dunhuang-Funde nicht zu, obwohl mehrfach der Versuch unternommen wurde. 1962/63 sollte endlich damit begonnen werden, doch die Kulturrevolution - geschichts- und erst recht religionsfeindlich - führte erneut zu einer Unterbrechung. So sind Ansätze für die intensive wissenschaftliche Aufarbeitung Dunhuangs erst seit kurzem zu registrieren. Dabei stehen die Bestandsaufnahme und Restaurierung vor Ort sowie die Publikation jenes Drittels der Schriftfunde, die 1910 nach Peking gebracht wurden, im Vordergrund. Bei alledem rangieren sozialwissenschaftliche Ansatzpunkte vor den religionsgeschichtlichen. Denn der Buddhismus war nicht nur den Herrschern der ausgehenden Tang-Zeit unheimlich, auch die Kommunisten haben noch immer ihre Probleme mit dem „Opium des Volkes“.

PETER DITTMAR

JOURNAL

Venedig bei Nacht zur 41. „Mostra“

AFP, Venedig
Zu ihrer 41. Ausgabe präsentiert sich die „Mostra“ in Venedig in diesem Jahr vom 27. August bis zum 7. September. Die Filmfestspiele umfassen wie im vergangenen Jahr sieben Abteilungen. Die Reihe „Venedig junger Film“ wurde durch den Nachwuchsautorenwettbewerb „Venezia 41“ ersetzt. Außerdem sind im Programm „Venezia Genti“ für Filme der Dritten Welt, „Venedig bei Nacht“ (Mitternachtsvorführungen von Publikumsfilmen), „Venedig gestern“ mit einer Retrospektive von Luis Buñuel sowie der Uraufführung seines bislang nie gespielten Stücks „Hamlet“ aus dem Jahr 1927. Ferner gibt es „Venezia de Sica“, das dem italienischen Film gewidmet ist, „Venedig TV“ für Fernsehfilme und „Venedig für ein Jahr“ über die Aktivitäten der Biennale. Erstmals wird in Venedig diesmal eine internationale Kritikerwoche veranstaltet.

Landesregierung erwirbt Krönungsdokument

AP, Düsseldorf
Für 180 000 Mark hat die nordrhein-westfälische Landesregierung aus Privatbesitz das kurkölnische Exemplar eines sogenannten „Krönungsordo“ aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts angekauft. In dem aus 26 Pergamentblättern bestehenden Dokument sind das Zeremoniell und die Texte für die Krönung der deutschen Könige aufgeführt. Es handelt sich bei der Handschrift um eines von fünf weltweit erhaltenen Stücken gleicher Art. Die anderen befinden sich im Vatikan, in Wien, Paris und Darmstadt. Die Düsseldorfener Neuerwerbung wird im Hauptstaatsarchiv Platz finden.

Ägyptens Schätze nicht mehr ins Ausland

AFP, Kairo
Ägypten schließt große Kunstausstellungen im Ausland, vergleichbar der Wanderausstellung „Tut-en-Amun“, bei der die Grabschätze des Pharos zwischen 1960 und 1979 in Europa, Nordamerika und Japan gezeigt wurden, in Zukunft aus, weil die anfallenden Kosten und Risiken zu hoch sind. Nur kleinere Ausstellungen sollen noch durchgeführt werden. So ist z.B. im März/April dieses Jahres in Japan eine Ausstellung zu dem Thema „Könige und Königinnen Ägyptens“ geplant und 1985, ebenfalls in Japan, eine Ausstellung von Grabschätzen aus den Tempeln von Tanis im Nildelta, die 1986 auch nach Frankreich kommt.

Ältester Vorfahr von Mensch und Affe entdeckt

dpa/UPI, Durham
In einer Wüste südwestlich von Kairo sind die Überreste einer etwa 32 Millionen Jahre alten Tierart gefunden worden, die als frühester gemeinsamer Vorfahr von Mensch und Affe gilt. Es handelt sich im wesentlichen um Schädelreste des Ägyptopithecus zeudis. Die Funde besitzen nach Elwyn Simons, Direktor des Primaten-Zentrums der Duke University in Durham, große Bedeutung, weil an den Knochen deutliche individuelle Merkmale nachweisbar sind. Außerdem zeige auch die Entwicklung des Gehirns, daß es sich um Verwandte des Menschen und der Menschenaffen handle. In ihrer Struktur weisen die Knochen bereits auf eine spätere Affenart (Proconsul) hin, die in 20 Millionen Jahre alten Gesteinen am Victoria-see in Kenia gefunden worden waren.

Jane Wyman 70

dpa, Hollywood
Die Schauspielerin Jane Wyman, von 1940 bis 1948 in zweiter Ehe mit ihrem damaligen Berufskollegen und jetzigen US-Präsidenten Ronald Reagan verheiratet, feiert heute ihren 70. Geburtstag. Jane Wyman versuchte sich zunächst vergeblich als Kinderstar. Den Durchbruch ins Showgeschäft schaffte sie als Sängerin Anfang der dreißiger Jahre. Später ging sie nach Hollywood, wo sie Dutzende von kleineren Rollen als hochnäsige Blondine spielte. 1945 gelang ihr dank ihrer Rolle in Billy Wilders Film über einen Alkoholiker „The Lost Weekend“ („Das verlorene Wochenende“) endlich die Anerkennung als wandlungsfähige Schauspielerin. 1948 erhielt sie für ihre Darstellung einer vergewaltigten Taubstummen in „Johnny Belinda“ einen Oscar.

Eric C. Williams †

dpa/UPI, Athen
Der britische Schriftsteller Eric C. Williams ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am ersten Weihnachtstag in Griechenland im Alter von 72 Jahren verstorben und wurde auf dem Friedhof des Fischerdorfes Porto Heli begraben. Williams wurde einer größeren Leserschaft vor allem durch sein Buch „The Wooden Horse“, das den Ausbruch britischer Offiziere aus einem Gefangenenlager im Deutschland des Zweiten Weltkrieges zum Thema hat, bekannt. Er schrieb auch Science-fiction-Literatur, von der in deutscher Sprache „Zukunft, nein danke“ (Verlag Ullstein) erschien.



Späte Entdeckung in den Höhlen von Dunhuang: „Weibliche Gottheit“, aus der westlichen Xia-Dynastie. FOTO: KLETT-COTTA

Sommerwetter nahm der griechischen Hauptstadt den blauen Himmel

Seit gestern gilt großer Smog-Alarm / Rigorose Maßnahmen für saubere Luft über Athen

E. ANTONAROS, Athen
Seit gestern morgen gilt in Athen der große Smog-Alarm: Zum erstenmal seit gut zwei Jahren hat eine giftige Smog-Wolke, die sich ausgerechnet im Laufe der letzten Feiertage über der Vier-Millionen-Hauptstadt bildete, die griechischen Behörden gezwungen, kurzfristig besonders rigorose Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Luftverschmutzung im Großraum Athen zu ergreifen. Davon erstmalig direkt betroffen sind auch die knapp 18 000 in Athen zugelassenen Taxen.

Die Hauptmaßnahmen richten sich vorwiegend gegen den in der Innenstadt ohnehin stark eingeschränkten Autoverkehr: Für 48 Stunden, also bis morgen früh, darf abwechselnd nur eine Hälfte aller Privatautos in einem großen um Athen gezogenen Ring verkehren. Dieses erweiterte Verbot - bisher galten die Restriktionen nur für einen kleinen Ring in der City - gilt jeweils von 6.30 bis 18 Uhr. Ähnliche Maßnahmen, allerdings nur für den inneren Ring, gelten für die Taxen - je nach gerader oder ungerader Zulassungsnummer. Athens Taxifahrer sind empört und drohen mit einem sofortigen Streik, weil sie überrascht wurden. „Diese Restriktionen kommen für uns einem Arbeitsverbot gleich“, sagte ein Sprecher ihrer Gewerkschaft.

Zu den über das griechische Fernsehen erst am Montagmorgen verkündeten Sondermaßnahmen, die

vor zwei Jahren von Experten des Umweltministeriums ausgearbeitet wurden, gehört auch die Anweisung an 113 im Großbereich Athen angesiedelte Industriebetriebe, den Verbrauch von Öl für die Dauer des Alarms um 30 Prozent zu drosseln. Diese Restriktionen bedeuten für die meisten Firmen eine drastische Senkung ihrer Produktion.

Darüber hinaus wurde mit sofortiger Wirkung beschlossen, daß alle öffentlichen Bauten - Krankenhäuser, Kinder- und Altersheime ausgenommen - nicht geheizt werden dürfen. Die Behörden richteten einen Appell an alle Athener, in den nächsten Tagen „möglichst wenig zu heizen“, um die Auflösung der graugelben Giftwolke zu beschleunigen.

Zu frieren brauchen die hustenden Hauptstädter allerdings nicht: Denn seit gut zwei Wochen scheint in Athen fast ununterbrochen die Sonne. Sommerliche Temperaturen bis zu 20 Grad Celsius, die für diese Jahreszeit selbst im milden Hellas sehr ungewöhnlich sind, und eine Windstille haben maßgeblich dazu beigetragen, daß die neue Smog-Wolke entstanden ist.

Im Laufe der letzten Tage haben die Gifte aller Art nach Angaben der Behörden Spitzenwerte erreicht: Der Rauchgehalt betrug 340 mg pro Kubikmeter, während der zugelassene Grenzwert knapp bei der Hälfte liegt; im Kubikmeter Luft werden zur Zeit 23,9 mg Kohlenmonoxyd gemessen.

Auch die Werte für Schwefeldioxyd und Stickstoffdioxyd sind noch nie so hoch wie in dieser Woche gewesen. Die Wetterforscher sagen ein Andauern der Schönwetterlage voraus. „Was wir jetzt dringend brauchen, ist ein starker Regen. Dann wird die Luft sauber sein“, sagte ein Meteorologe. Aber an Athens gelblich-blauen Himmel war gestern nicht die Spur einer Regenwolke auszumachen.

Athens Luftverschmutzungsproblem gibt es spätestens seit 1978: Durch die Anhäufung von Dutzenden von Großbetrieben am Stadtrand und die Zulassung von immer mehr Autos wurde die griechische Hauptstadt fast über Nacht zur Stadt Europas mit der schmutzigsten Luft. Als die Sozialisten vor 26 Monaten an die Macht kamen, versprachen sie den smoggeplagten Athenern „eine baldmöglichste Bekämpfung“ der Luftverschmutzung. Unter anderem erwogen sie die Entfernung aller luftverschmutzenden Industrien aus der Umgebung der Hauptstadt. Doch viel weiter sind sie mit ihren Plänen bisher nicht gekommen. Inzwischen sind auch sie nüchtern und realitätsbewußter geworden. Umweltminister Antonis Trisis konfrontierte bereits vor einigen Monaten die Athener mit der harten Wirklichkeit: „Wenn alles gut geht und richtig geplant wird, kann mit einer Beseitigung der Luftverschmutzung erst in zehn Jahren gerechnet werden.“

(SAD)



Wenig Freude am Sonnenschein haben die Bewohner der griechischen Hauptstadt. Weiß seit Tagen noch kein Wind weht, lagte sich der Smog über den Kessel von Athen. FOTO: AP

„Waldmenschen“ auf der Flucht vor der Erinnerung

Vietnam-Veteranen helfen alten Kameraden zurück ins Leben

WOLFGANG WILL, New York
Marvin, der seinen Namen nicht nennen will, aber sein Alter mit 33 Jahren angibt, hat die letzten zehn Jahre als „Waldmensch“ gelebt, in den dunklen, unzugänglichen Wäldern um Forks und Tacoma im westlichen US-Bundesstaat Washington. Er hat von Beeren gelebt, die er suchte, von Wild, das er erlegte. Er schlief in Höhlen oder ausgehöhlten Baumstämmen, und er kleidete sich in Felle von Tieren, die er mit Fallen fing. Marvin wollte „der Welt aus dem Wege gehen“, nachdem er 1971 verwundet aus Vietnam zurückgekehrt war. Vier Jahre hatte er bei einer US-Sondereinheit - den „Special Forces“ - in Vietnam gedient. Erst „versteckt“ er sich in den Wäldern und Bergen von Wyoming, Colorado und Montana, um schließlich in Washington südlich der kanadischen Provinz British Columbia, zu „landen“.

Marvin ist oder war kein Einzelfall, sondern Teil eines Phänomens: Viele der Vietnam-Kriegsteilnehmer wurden mit dem Erlebten ebenso wenig fertig wie mit der US-Gegenwart, in die sie zurückkehrten, in ein kriegsmüde gewordenen Land, in dem die Vietnam-Veteranen keineswegs immer so empfangen und aufgenommen wurden wie sie, die für dieses Land in diesen Krieg geschickt worden waren, es sich gewünscht, es sich vorgestellt hatten. „Ich wollte und konnte nicht in einer Welt leben“, sagt einer der „Waldmenschen“, „in der ich angespielt wurde, in der man mir Tomaten ins Gesicht warf.“

Das Thema „Waldmenschen“ wurde jetzt in einer Artikelserie der „Tacoma News Tribune“ aufgenommen. Dabei war das Phänomen keineswegs auf den US-Westen beschränkt: Etwa 1000 der 100 000 Kriegsteilnehmer des Bundesstaates New York bedurften psychiatrischer Hilfe, und eine Anzahl von ihnen führte in den Adirondack-Bergen ein Leben als Trapper - weil sie sich als „Aussatzen“ vorkamen und deshalb der Zivilisation entziehen wollten.

Dieser Männer nehmen sich staatli-

che und private Stellen an. 85 der „Waldmenschen“ konnten im Staate Washington überzeugt werden, in die Zivilisation zurückzukehren: Sie erhalten Beistand jeglicher Art, werden psychiatisch betreut, ihnen werden Arbeitsstellen vermittelt, ihnen wird sogar, wenn gewünscht, „Familienan-schluss“ beschafft. Mediziner und Psychiater diagnostizieren bei diesen „Aussatzen“ „nach-traumatischen Stress“, eine psychische Krankheit, die sich erst Jahre nach einem bestimmten Erlebnis einstellt.

In Vietnam ist vieles passiert, wo von niemand eine Ahnung hat“, sagt Marvin, der Mann ohne Familiennamen, und hinzu kommt: Ich war doch nur noch ein junges, nicht als „Hit-Man“ für die Mafia zu verdingen. ... Etwas anderes hatte ich doch nicht gekriegt.“ Er habe unter Alpträumen gelitten, habe jeglichen „Kontakt zu Menschen“ gemieden - bis vor etwa einem Jahr. Da war auch er von einer der Organisationen, die sich dieser Menschen annehmen, „aufgelesen“ und dem Leben zurückgegeben worden.

Vielfach „dienen“ in solchen staatlichen oder privaten Organisationen und Programmen ehemalige „Waldmenschen“. Zu ihnen gehört Mike McWaters, der sich zwei Jahre lang in den Adirondack-Wäldern von New York herumgetrieben hatte. „Ich kenne einen der Männer“, sagt er, „der ging splinternackt in den Wald - aber später, als er sich wieder sehen ließ, war er völlig in Leder gekleidet, hatte er mehr als 20 Kilogramm zugenommen, war bewaffnet mit Waffen, die er sich selbst gebastelt hatte.“

Einer der „Zurückgekehrten“ oder „Geretteten“ ist der 35-jährige Bill Maier, ein ehemaliger Marineinfanterist. Er suchte in der Wildnis, Vergessenheit, wie er sagt, und er glaubte, vor „den Alpträumen wegzulaufen“ zu müssen. Aber, so gibt er auch zu: Die Isolierung wurde zur Strafe, zur Qual. Ich bekam Angst vor praktisch allem ... Alles stürzte sich über mich ... Ich mußte wieder heraus.“

(SAD)

Die Chancen stehen gut für die „Drombuschs“ im „Dallas“-Format

Robert Stromberger schaffte den Weg vom erfolglosen Mimen zum erfolgreichen Autor

H. KANNENBERG, Darmstadt
Anfang der fünfziger Jahre war er ein Nachwuchsschauspieler ohne Knospe, lebte er in ständiger Existenzangst. „Eine böse Zeit! Nachts schlief ich auf Parkbänken. Mittags ein Teller geschnorrter Suppe bei der Bahnhofskantine. Kein Geld und ewig Hunger! Um mich abzulenken, begann ich zu schreiben.“ Ein Vierteljahrhundert nach seinen Hungerjahren visitiert der Darmstädter Fernsehautor Robert Stromberger (53), verheiratet, Vater von vier Töchtern, Urheber von „Straßenfegen“ wie „Die Unverbesserten“, „PS“, „Fröhliche Weihnachten“ und „Tod eines Schülers“, seine Höhen der schreibenden Tele-Zunft an: Seine Familienserie „Die Drombuschs“, die zu Weihnachten anläuft, will das ZDF zum ersten Mal über Jahre hinweg auf amerikanisches Serienformat ziehen. Aus den zunächst geplanten sechs Folgen waren im Laufe der Dreharbeiten (Frühjahr bis Spätsommer 1983) 18 geworden. Inzwischen erhöhte Heinz Ungurek, Leiter der ZDF-Hauptredaktion Fernsehspiel und Film, die Option auf dreißig Folgen.

Sie werden produziert als Staffeln von je sechs Folgen pro Jahr. Stromberger hatte vor dem weihnachtlichen Bildschirmstart seiner „Drombuschs“ gerade Folge zwei der neuen Staffeln in der Maschine. Die neue Fernsehserie weckt Erinnerungen an die „Unverbesserten“, doch nur auf den ersten Blick. Den Unterschied definiert Stromberger so: „Die Unverbesserten“ waren eine resignierende Familie, die aus ihren

Fehlern nicht lernen konnte oder wollte. Die Drombuschs machen auch ihre Fehler, haben ihre Katastrophen. Aber sie haben auch die Kraft, sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen, es besser zu machen. Eine solche Familie muß zwangsläufig mehr Optimismus vermitteln.“

Das Gefühl für „echte Töne“ in den Dialogen hat Stromberger mit der Mutterlichkeit eingelesen. Er wuchs in der Heimat des „Datterich“ auf, spricht (und schreibt gelegentlich)



Karriere-Start von Robert Stromberger. FOTO: DDF

seine Sprache. Wenn seine Serienfiguren von Schicksalsschlägen getroffen werden, wenn sie aufbrechen, weil es knifflig wird, kommt, dann schreibt Stromberger Sätze, die er ihnen in den Mund legt, erst mal in Darmstädter Mundart nieder.

Sein Lebenslauf hat ihn davor bewahrt, im Fühlen und Denken in den luftleeren Raum intellektueller Arroganz und Blasphemie zu entschweben. Geschrieben hat er schon im-

mer. Als im letzten Kriegsjahr die Darmstädter Gymnasien schlossen, wurde er Lehrling. In der Firma verfasste er Spottdrucke auf „gewisse unlesbare Sekretärinnen“. Später, schon erfolgloser Schauspieler und angelegter Autor, schrieb er ein Festspiel für die Stadt Darmstadt zum Justus-Liebig-Jahr. Danach begann er, ohne Hoffnung, mit einem Theaterstück: „Die Unverbesserten“. Inge Meisel bekam auf einer Tournee durch Zufall das Manuskript in die Hand. Begeistert brachte sie es zum NDR: „Das will ich spielen!“ Strombergers Karriere als Fernsehautor hatte begonnen.

Sein helles Gewissen in Qualitätsfragen hat verhindert, daß ein Stromberger-Strohfeuer über den Bildschirm flackerte. Die Nachfrage war bei den Sendern größer als das Angebot. Der Autor: „Ein Kind braucht neun Monate, um im Mutterleib zu wachsen. Und so lange brauche ich für ein Stück.“ Die Drombuschs mit ihrer angelegten Sechser-Staffel pro Jahr werden Stromberger in den nächsten Jahren in Atem halten. Leitthema der gerade entstehenden zweiten Staffeln: Herr Drombusch bewältigt seine Midlife-Crisis.

Robert Stromberger hat sich für die Folgen 7 bis 12 ein Gutmütigkeits-Schmankerl zugekauft: Er wird sich selbst eine „überausende“ Nebenrolle hineinschreiben und sozusagen zu den Quellen seiner künstlerischen Motivation zurückkehren. Einen möglichen „Durchfall“ als Darsteller kalkuliert der Autor heiteren Sinnes ein.

Der Geburtenkontrolle mit einem Kontrazeptivum namens „Depo-Provera“ gemacht, eine Spritze, die drei Monate empfängnisverhütend wirkt. Vor zwei Jahren allerdings verbot die Regierung Mugabe das Verhütungsprogramm, weil der Wirkstoff angeblich gefährliche Nebenwirkungen gehabt habe. Im Lande selbst aber glaubt man, daß dieses Verbot nicht nur medizinische Gründe hatte. Die Regierung sei vor allem deshalb dagegen gewesen, so heißt es, weil sie in jeder Form der Geburtenkontrolle ein westliches Komplott sehe, um die schwarze Bevölkerung zu verkleinern.

Um dem Kindermord beizukommen, startete die Regierung in Harare im vergangenen Monat eine Aufklärungskampagne. Das Programm nutzte man allerdings nicht nur, um das Leben neugeborener Kinder zu schützen, sondern man steckte gleich auch noch massenhaft Frauen in die Gefängnisse, von denen man glaubte, daß sie Prostituierte seien. Ein Aufschrei ging durch das Land - über-eifrige Polizisten hatten vor allem unbescholtene Frauen eingesperrt.

Um diesen Mißgriff der Exekutive vergessen zu machen, ging die Regierung zu einem Entlastungsangriff über - ein Schnellschuß, der ebenfalls nach hinten losging. So forderte Arbeitsminister Kumbirai Kangai seine Landsleute auf. Wenn ihr eine Schwangeren geht, dann stellt sicher, daß ihr auch erfährt, wie die Schwangerschaft endet.“ Und ein Parlamentsabgeordneter schlug sogar vor, ein Gesetz zu verabschieden, nach dem sich alle Schwangeren registrieren lassen sollen. Damit hätten die Behörden dann die Möglichkeit zu verfolgen, was aus den Babys wird.

ARD-Mann in Rio von Räubern erschossen

AP, München

Der langjährige Hörfunk-Korrespondent der ARD für Südamerika, Karl Brugger, ist nach Angaben des Bayerischen Rundfunks in der Nacht zum Dienstag in Rio de Janeiro von Straßenräubern erschossen worden. Der 41-jährige habe zum Jahreswechsel auf eigenen Wunsch seinen Posten bei der ARD abgegeben, berichtete der Vorgänger Brugger in Rio, Walter Hanf, in München. Brugger sei am Montagabend offenbar mit seinem Nachfolger Ulrich Encke noch einmal ausgegangen. Auf dem Heimweg sei er ermordet worden, während Encke bei dem Überfall unverletzt geblieben sei.

Brugger habe einen längeren Deutschlandurlaub geplant, bevor er nach Rio habe zurückkehren wollen, um sich dem Schreiben von Büchern und dem Drehen von Fernsehfilmen zu widmen. Brugger war neun Jahre lang als Hörfunkreporter in ganz Lateinamerika für die deutschen Rundfunkanstalten tätig. 1971 ließ er sich in Rio de Janeiro nieder. Brugger habe der ARD weiterhin als Stellvertreter Enckes für Berichte aus Lateinamerika zur Verfügung stehen wollen.

Stürme über Deutschland

AP, Frankfurt

Ein starker Südweststurm mit orkanartigen Böen tobte gestern über Norddeutschland. An der Küste wurden Stürmböen mit Geschwindigkeiten bis zu 120 Stundenkilometern gemessen. Wegen des Sturmes hatten die Fähren auf der Unterelbe bereits am Vormittag ihren Betrieb eingestellt. In Hamburg wurde mit einer Sturmflut gerechnet. Schon in der Nacht zum Dienstag waren Stürme mit Geschwindigkeiten um 135 km/h über die Mittelgebirge hinweggeegelt. In England kamen bei dem Orkan mindestens vier Menschen ums Leben.

Führerschein ade

dpa, Münster

Autofahrer, die mehrfach betrunkken am Steuer erwischt werden, können künftig ihre Fahrerlaubnis endgültig „abschreiben“. Der 18. Senat des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts in Münster hat jetzt in einem Grundsatzurteil festgestellt, daß „Trunkenheitsstärken“ nur dann die Fahrerlaubnis wiedererteilt werden darf, wenn Gutachter die „sichere Prognose“ stellen, daß der Verkehrssünder nicht mehr rückfällig wird. (AZ: 19 A 1110/82)

Hase hatte Schuld

dpa, Nürnberg

Weil ein Hase über die Fahrbahn lief, kam es auf der Autobahn bei Nürnberg zu einem Auffahrunfall mit 18 Verletzten. Eine Autofahrerin hatte versucht, dem Tier auszuweichen. Sie schleuderte gegen die Leitplanke und blieb auf der Fahrbahn stehen. Drei andere Wagen prallten auf den stehenden Pkw.

Feuer im Vogelparadies

dpa, Wien

In Niederösterreich und im Schilf des hungenländischen Neusiedler-Sees an der ungarischen Grenze tobten Flächenbrände. Das Feuer am Neusiedler See, ein wichtiges europäisches Vogelparadies, wurde am Montag wahrscheinlich von Brandstiftern gelegt. Es dehnte sich inzwischen über etwa zehn Quadratkilometer aus.

Tiefen-Rekord

AFP, Moskau

Sowjetischen Geologen ist es Ende Dezember gelungen, bei einer Bohrung im europäischen Teil der Sowjetunion auf der Halbinsel Kola bis in eine Tiefe von 12 000 Metern vorzudringen. Nach Angaben des Parteiorgans „Pravda“ handelt es sich um einen „Weltrekord“, den dieselbe Mannschaft bis zum Jahr 1990 auf eine Tiefe von 15 000 Metern verbessern will.

Rauschgift-Coup

AP, Madrid

Bei einem koordinierten Schlag gegen einen internationalen Rauschgift-händler sind nach Angaben der spanischen Polizei in Spanien und Frankreich 32 Kilogramm Kokain im Schwarzmarkt von umgerechnet rund 32 Millionen Mark sichergestellt worden. Drei Kolumbianer, ein Venezolaner und zwei Spanier seien in Madrid festgenommen worden.

Das beste ist: eine gute Versicherung.

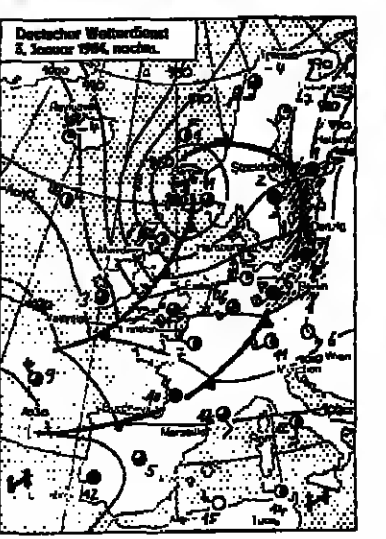
Jederzeit
Sicherheit
SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Ich hoffe auf weniger Steuern, ich fürchte mehr Steuern.“ Der französische Karikaturist Jacques Faizant auf die Frage des „Figaro“ nach seinen Hoffnungen und Befürchtungen für 1984.

WETTER: Vorübergehend kalt

Wetterlage: Auf der Rückseite eines nach Mittelwetter ziehenden Hochs wird heute kalte Meeresluft nach Deutschland gelenkt.



Temperatur am Dienstag, 13. Uhr:
Berlin 9° Kairo 18°
Sonn 7° Kopenh. 4°
Dresden 8° Las Palmas 20°
Essen 6° London 2°
Frankfurt 7° Madrid 5°
Hamburg 5° Mailand 4°
List/Sylt 5° Mallorca 16°
München 11° Moskau -1°
Stuttgart 8° Nizza 11°
Alger 18° Oslo 3°
Amsterdam 6° Paris 7°
Athen 14° Prag 8°
Barcelona 6° Rom 12°
Brüssel 10° Stockholm 2°
Budapest 10° Tel Aviv 19°
Bukarest 10° Tunis 14°
Helsinki 1° Wien 6°

Vorhersage für Mittwoch:
Nordostdeutschland und Raum Berlin: Anhangs bedeckt und Schneeregen, im Tagesverlauf Übergang zu wechselnder Bewölkung mit nur noch einzelnen Schneeschauern.

Weitere Aussichten:
Arztet zunehmende Niederschläge, die im Flachland rasch in Regen übergehen.

Obiges Bundesgebiet: Bei wechselnder Bewölkung besonders am Mittelgebirgsraum und im Alpenvorland Schneeschauer.
Ende November brachte Jane, eine 40-jährige Witwe, ihr neuntes Kind zur Welt. Ihr derzeitiger Liebhaber hatte ihr schon vor der Geburt zu verstehen gegeben, daß er sich um das Kind nicht kümmern werde. Und auch zwei frühere Lebensgefährten hatten jede Verantwortung für die zwei jüngsten Kinder abgelehnt. Jane bekam Angst, endgültig ihre Stellung als Hausmädchen bei einer weißen Familie zu verlieren. Sie entsetzte das Neugeborene mit Strümpfen und verscharrte es im Garten ihrer Herrschaft. Das Verbrechen wurde entdeckt und Jane zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Es ließ einen schaudern, wie Richter John Pittman bei der Urteilsverkündung lakonisch forderte: „Es muß endlich klar werden, daß man Babys nicht einfach töten kann.“